

Beteiligentransparenzdokumentation

Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsfördergesetzes - Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes

Einbringer: **Fraktion DIE LINKE**
 Fraktion der SPD
 Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Drucksache 7/8244)

Inhalt

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten (Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum (Keine Dokumente vorhanden)**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 01. November 2023

1. Drucksache

G e s e t z e n t w u r f

**der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**

Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes - Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Die Aufgabe des Staates, alle Menschen, insbesondere Frauen und Kinder, vor jeder Art von Gewalt zu schützen und sie zugleich zu unterstützen, wenn sie Zuflucht suchen, folgt einerseits aus den Grundrechten, andererseits aus dem Sozialstaatsprinzip. Deutschland hat sich mit der Ratifizierung des Übereinkommens des Europarats gegen Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt (sogenannte Istanbul-Konvention) als geltendes Recht ab dem 1. Februar 2018 dazu verpflichtet, Schutz und Hilfe bei geschlechtsspezifischer Gewalt bereitzustellen. Dies gilt insbesondere dann, wenn jemand aufgrund von Gewalttätigkeiten sein privates Umfeld verlassen muss, um sich zu schützen, und dadurch in einem umfänglichen Sinne hilfebedürftig wird, weil der bisherige Rahmen der privaten Alltagsorganisation verloren geht. Frauenhäuser sowie Schutzwohnungen und ihre Unterstützungsangebote sind daher im wahrsten Wortsinn "Schutzräume", in denen die grundrechtlich garantierte Pflicht zur Gewährung von Schutz und Hilfe umgesetzt wird. Eine rechtliche Grundlage, die Thüringer Landkreise und kreisfreie Städte zur Vorhaltung von Kapazitäten in Frauenhäusern oder Schutzwohnungen verpflichtet, existiert derzeit nicht. Zusätzlich zu Schutzräumen muss auch die Beratung von Menschen sichergestellt werden, die geschlechtsspezifische Gewalt erfahren. Das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt (Istanbul-Konvention) setzt Standards zur umfassenden Bekämpfung jeglicher Form von Gewalt an Frauen und häuslicher Gewalt und ist im Freistaat Thüringen umzusetzen.

B. Lösung

Der Freistaat Thüringen hält in eigener Verantwortung Einrichtungen zu Schutz und Hilfe für von geschlechtsspezifischer, sexualisierter und häuslicher Gewalt betroffene Menschen, insbesondere für Frauen und in deren Obhut befindliche Kinder, vor.

C. Alternative

Im Rahmen der Zielsetzung keine, vor allem unter Berücksichtigung der wirksamen Umsetzung der "Istanbul-Konvention" zum Schutz von Frauen gegen Gewalt und häusliche Gewalt.

D. Kosten

Der Landeshaushalt wird durch die Zuwendungen für Personal- und Sachkosten gemäß diesem Gesetz belastet. Hinzu kommen Personalkosten für die Antragsbearbeitung in der Landesverwaltung. Durch diese ist ein zusätzlicher Verwaltungsaufwand in der Landesverwaltung zu erwarten, der in gleichem Maß auf kommunaler Ebene entfällt.

**Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes -
Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetz vom 16. Dezember 2005 (GVBl. S. 365 -368-), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 28. Dezember 2018 (GVBl. S. 813), wird wie folgt geändert:

1. Die §§ 1 bis 5 erhalten folgende Fassung:

"§ 1

Ziel des Gesetzes

Ziel des Gesetzes ist es, ein tragfähiges Netz der Information, Prävention, Beratung und Hilfe zu fördern, das zur Umsetzung des Verfassungsgebots der Gleichstellung von Frauen und Männern und zu mehr Chancengerechtigkeit beiträgt sowie der Umsetzung von Artikel 22 und 23 des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) dient.

§ 2

**Finanzierung und Förderung der
gesetzlichen Aufgabenerfüllung**

Das Land finanziert und fördert Einrichtungen und Maßnahmen entsprechend der gesetzlichen Bestimmungen. Das Land stellt die zur Aufgabenerfüllung nach diesem Gesetz notwendigen finanziellen, sächlichen und personellen Mittel zur Verfügung.

§ 3

Förderung von Gleichstellungsmaßnahmen

(1) Nach diesem Gesetz können Maßnahmen gefördert werden, die

1. Menschen mit Familienpflichten konkrete lebenspraktische Hilfen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf vermitteln,
2. der Prävention von Gewalt im Sinne von Artikel 3 der Istanbul-Konvention dienen und dazu beitragen, dass von häuslicher Gewalt betroffene Menschen rasche und kompetente Hilfe und Unterstützung erfahren,
3. bei Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts über die Rechte und konkreten Handlungsmöglichkeiten beraten,
4. Bildungsangebote insbesondere für Frauen enthalten, die die berufliche Entwicklung und die berufliche Wiedereingliederung nach einer Familienpause fördern,
5. zur Entwicklung gegenseitiger Unterstützung und zu einem guten Verhältnis zwischen Frauen und Männern in allen Altersgruppen beitragen,
6. der Umsetzung von Gender-Mainstreaming dienen.

(2) Antragsberechtigt sind gemeinnützige rechtsfähige Personenvereinigungen des privaten Rechts und

Körperschaften des öffentlichen Rechts mit Sitz in Thüringen.

(3) Maßnahmen, die dem landesweiten Zusammenschluss und der Zusammenarbeit von Frauenverbänden in Thüringen dienen, sollen vom Land gefördert werden.

(4) Näheres, insbesondere über Art und Umfang der Förderung von Gleichstellungsmaßnahmen sowie das Verfahren, wird durch Rechtsverordnung des für Frauen und Gleichstellung zuständigen Ministeriums geregelt.

§ 4

Schutzeinrichtungen - Anspruchsberechtigte und Einrichtungsstandards

(1) Personen, die von Gewalt betroffen sind, sowie Kinder, die sich in ihrer Obhut befinden, sind in Schutzeinrichtungen gemäß Artikel 23 der Istanbul-Konvention, wie Frauenhäuser und Schutzwohnungen aufzunehmen, sofern sie dies wünschen. Gewalt im Sinne dieses Gesetzes umfasst alle Formen psychischer, physischer, ökonomischer und/oder sexualisierter Gewalt innerhalb (häusliche Gewalt) oder außerhalb von Paar-, Familien- oder vergleichbaren Beziehungen im sozialen Nahraum. Von Gewalt betroffen ist, wer Gewalt erlitten hat, Gewalt aktuell erleidet oder von Gewalt bedroht ist.

(2) Die Schutzeinrichtungen müssen dem Bedürfnis der betroffenen Person nach einem Hilfeangebot entsprechen, das geschlechtsspezifischen Aspekten gerecht wird. Besondere Belange, die sich aus der sexuellen Orientierung und der geschlechtlichen Identität ergeben oder mit Blick auf andere Aspekte, insbesondere Migrationserfahrung oder den Umgang mit den Folgen einer Behinderung oder einer chronischen Erkrankung (auch psychische oder Suchtkrankheit) ergeben, sind ebenso wie multiple Problemlagen zu berücksichtigen. Religiösen, weltanschaulichen und soziokulturellen Bedürfnissen ist ebenso Rechnung zu tragen wie den Unterschieden, die durch das Lebensalter bedingt sind. Dem Diskriminierungsverbot aus Artikel 4 der Istanbul-Konvention ist dabei Rechnung zu tragen. Die besonderen Belange von Kindern bezüglich Betreuungs- und Beratungsangeboten sind zu berücksichtigen. Andere Vorschriften, die dem Schutz vor Gewalt dienen, bleiben unberührt.

(3) Die Schutzeinrichtungen halten Familienplätze vor. Ein Familienplatz entspricht einem Frauenplatz sowie eineinhalb Plätzen für Kinder.

(4) Die Schutzeinrichtungen bieten persönliche, telefonische oder Online-Beratung für von Gewalt betroffene Personen, die nicht in der Schutzeinrichtung wohnen, als ambulante Beratung an. Die Schutzeinrichtungen können externe und aufsuchende Beratung für von Gewalt betroffene Personen, die keinen direkten Zugang zur Einrichtung haben, als mobile Beratung anbieten. Die Barrierefreiheit des Beratungsangebots ist zu gewährleisten.

(5) Die Schutzeinrichtungen sind 24 Stunden täglich erreichbar und stellen die Aufnahmebereitschaft sicher (24-Stunden-Rufbereitschaft).

§ 5

Schutzeinrichtungen - Aufnahmeanspruch, Aufgaben und Personal

(1) Eine Schutzeinrichtung muss Personen, die von Gewalt betroffen sind, sowie Kindern, die sich in ihrer Obhut befinden, Aufnahme bieten. Dazu gehören auch Maßnahmen, die sicherstellen, dass Schutzsuchenden Hilfe geleistet wird, auch wenn in der Schutzeinrichtung eine Aufnahme nicht möglich ist. Schutzsuchenden steht unabhängig von ihrem Wohnort die Aufnahme zu. Gleiches gilt für den Aufenthaltsstatus.

(2) Die Sicherheit der Schutzsuchenden sowie der Beschäftigten muss jederzeit gewährleistet sein. Der zusätzliche Sicherheitsbedarf von Schutzsuchenden, die von einem besonderen Risiko betroffen sind, muss berücksichtigt oder in einer anderen Schutzeinrichtung gewährleistet werden.

(3) Zu den Aufgaben einer Schutzeinrichtung gehören neben der Aufnahme von Schutzsuchenden insbesondere

1. Beratung von Betroffenen,
2. Beratung und Unterstützung der in der Schutzeinrichtung lebenden Personen, auch bei dem Übergang in den regulären Wohnungsmarkt,
3. Hochrisikomanagement,
4. Maßnahmen der Qualitätssicherung,
5. Öffentlichkeitsarbeit,
6. interdisziplinäre Netzwerkarbeit.

(4) Die Schutzeinrichtung muss über qualifiziertes Personal verfügen. Die Teilnahme an Fortbildungsangeboten und Supervision ist verpflichtend. Die Vergütung orientiert sich an dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder. Bestehende Arbeitsverhältnisse bleiben unberührt, werden jedoch hinsichtlich Ausgestaltung und Höhe der Vergütung an die Vorgaben des Satzes 3 angepasst."

2. Folgende §§ 6 bis 10 werden angefügt:

§ 6

Schutzeinrichtungen - Aufgabenfinanzierung und Vorhaltepflcht

(1) Das Land hält in eigener Verantwortung Einrichtungen im Sinne des § 4 vor. Die Fachaufsicht obliegt dem für Frauen und Gleichstellung zuständigen Ministerium. Die Dienstaufsicht obliegt dem Träger der Einrichtung.

(2) Das Land finanziert 100 vom Hundert der Personalkosten. Diese beinhalten

1. einen Sockelbetrag in Höhe von jeweils 0,5 Vollzeit-äquivalenten (VZÄ) für Hauswirtschaft sowie Verwaltungstätigkeit,
2. Platzkostenpauschalen, abhängig von der Anzahl der vorgehaltenen Familienplätze nach einem Personalschlüssel von 1,5 VZÄ bei fünf vorgehaltenen

Familienplätzen für die Beratung und Unterstützung der im Haus lebenden Frauen sowie 1,0 VZÄ für die Beratung und Betreuung der im Haus lebenden Kinder,

3. jeweils 0,5 VZÄ für die Leitung der Schutzeinrichtung sowie für Präventions-, Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit,
4. eine Pauschale von 1,5 VZÄ für mobile Beratung im Sinne des § 4 Abs. 4 und ambulante Beratung im Sinne des § 4 Abs. 5,
5. eine angemessene Pauschale für die 24-Stunden-Rufbereitschaft,
6. zusätzliche Kosten, die durch die Bereitstellung einer qualifizierten 24-Stunden-Betreuung für individuellen Sonderbedarf oder durch die Kooperation mit Einrichtungen wie einem regionalen Pflegedienst, Psychiatrie oder Suchtklinik entstehen.

(3) Das Land finanziert im angemessenen Umfang Sach- und Unterhaltskosten der Einrichtung sowie weitere zur Erfüllung der Aufgaben notwendige Ausgaben.

(4) In allen Thüringer Landkreisen und kreisfreien Städten sind gemäß der Anzahl der Einwohnerinnen und Einwohner und nach den Vorgaben der Istanbul-Konvention Schutzeinrichtungen von jeweils mindestens fünf Familienplätzen in geeigneten Gebäuden vorzuhalten. Die barrierefreie Zugänglichkeit der Einrichtung ist zu gewährleisten. Übergangsregelungen für bestehende Einrichtungen regelt die Verordnung.

(5) Das Land finanziert die Kosten für die Bewirtschaftung und Instandhaltung der Gebäude, die den Trägern der Schutzeinrichtungen obliegen. Schutzeinrichtungen, die eine Anzahl von Plätzen vorhalten, die über die nach Absatz 4 vorzuhaltende Anzahl hinausgeht, genießen Bestandsschutz.

(6) Landesweit ist mindestens eine barrierefreie Schutzwohnung für nicht weibliche Personen vorzuhalten.

§ 7

Förderung von Interventionsstellen

(1) Interventionsstellen und geschlechtsspezifische Beratungsangebote werden vom Land gefördert, wenn diese

1. unabhängig von politischer, weltanschaulicher und religiöser Gesinnung diskriminierungsfrei arbeiten und
2. allen von häuslicher, sexualisierter oder geschlechtsspezifischer Gewalt Betroffenen offenstehen.

(2) Interventionsstellen gewährleisten

1. Erst- und Akutberatung mit Vermittlung von in andere Hilfesysteme,
2. Unterstützungs-, Informations- und Beratungsangebote als Hilfe zur Selbsthilfe und in besonderen Lebenslagen,
3. Leistungen der Prävention, Multiplikation, Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit.

(3) Die Beratungsangebote gemäß Absatz 1 sind für Beratungs- und Schutzsuchende kostenlos.

(4) Das für Frauen und Gleichstellung zuständige Ministerium regelt durch Rechtsverordnung

1. weitere Anforderungen, insbesondere an die personelle und sachliche Ausstattung, Organisation, Lage, Einzugsgebiet, Barrierefreiheit und Erreichbarkeit,
2. das Nähere zum Verfahren, insbesondere über die Art und den Umfang der Förderung und das Verfahren zur Gewährung der Förderung.

§ 8

Anerkennung der Träger

(1) Als Träger von Schutzeinrichtungen oder Interventionsstellen können gemeinnützige rechtsfähige Personenvereinigungen des privaten Rechts und Körperschaften des öffentlichen Rechts auf schriftlichen Antrag des Trägers vom Land anerkannt werden, wenn sie die Anforderungen nach diesem Gesetz erfüllen. Es besteht kein Anspruch auf Anerkennung.

(2) Die Anerkennung begründet keinen Anspruch des Trägers auf eine Landesförderung.

(3) Das für Frauen und Gleichstellung zuständige Ministerium prüft im Abstand von fünf Jahren das Vorliegen der Anerkennungsvoraussetzungen. Der Träger hat vor Ablauf der Frist nach Satz 1 das Vorliegen der Anerkennungsvoraussetzungen durch geeignete Unterlagen nachzuweisen.

(4) Bestehende Rechtsverhältnisse haben Bestandschutz bis zum Ablauf des Rechtsverhältnisses. Bei unbefristet eingegangenen Rechtsverhältnissen besteht innerhalb einer Frist von fünf Jahren das Recht auf Beendigung durch Kündigung.

(5) Das Nähere wird durch Rechtsverordnung des für Frauen und Gleichstellung zuständigen Ministeriums geregelt.

§ 9

Förderung von Frauenzentren

(1) Frauenzentren werden vom Land gefördert, wenn diese parteiunabhängig arbeiten und allen Frauen offenstehen. Sie müssen Unterstützungs-, Informations- und Beratungsangebote für Frauen als Hilfe zur Selbsthilfe und in besonderen Lebenslagen anbieten.

(2) Frauenzentren müssen von der regional zuständigen Gleichstellungsbeauftragten befürwortet und als notwendig anerkannt sein.

(3) Antragsberechtigt sind gemeinnützige rechtsfähige Personenvereinigungen des privaten Rechts und Körperschaften des öffentlichen Rechts mit Sitz in Thüringen.

(4) Die Förderung von Frauenzentren erfolgt auf der Grundlage von § 4 des Thüringer Familienförderungs-

sicherungsgesetzes vom 18. Dezember 2018 (GVBl. S. 813) in der jeweils geltenden Fassung im Rahmen des Landesprogramms "Solidarisches Zusammenleben der Generationen".

§ 10

Verschwiegenheitspflicht

Über sämtliche Tätigkeiten im Sinne dieses Gesetzes ist Verschwiegenheit zu wahren. Die Träger der Einrichtungen haben daher mit sämtlichen Mitarbeitenden schriftlich Verschwiegenheitsverpflichtungen abzuschließen."

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt, soweit in den Sätzen 2 bis 4 nichts Abweichendes geregelt ist, am 1. Januar 2024 in Kraft. Die Nummern 3 und 4 des § 6 Abs. 2 sowie § 6 Abs. 6 aus Artikel 1 treten am 1. Januar 2025 in Kraft. § 6 Abs. 4 aus Artikel 1 tritt am 1. Januar 2026 in Kraft. Die Nummern 5 und 6 des § 6 Abs. 2 aus Artikel 1 treten am 1. Januar 2027 in Kraft. Bis zum Inkrafttreten der Regelungen, die in den Sätzen 2 bis 4 genannt sind, finden die jeweiligen entsprechenden Regelungen des Chancengleichheitsförderungsgesetzes in der bis zum Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung des Chancengleichheitsförderungsgesetzes geltenden Fassung weiterhin Anwendung.

Begründung:**A. Allgemeines**

Gewalt gegen Frauen ist kein individuelles, sondern ein gesellschaftliches Problem. Sie beeinträchtigt die physische und psychische Gesundheit von Frauen und (mit-)betroffenen Kindern, ihre Persönlichkeitsentwicklung, ihre Bildungs- beziehungsweise Erwerbsbiographie, ihre Wohnsituation, ihre materielle Sicherheit und ihre soziale Teilhabe. Sie beeinflusst jedoch nicht nur Frauen und Kinder, sondern die Gesellschaft als Ganzes. Neben den Folgen für die innere Sicherheit manifestiert sie sich in erheblichen Kostenfolgen für die Allgemeinheit, sei es mit Blick auf die Behandlung körperlicher und/oder psychischer Folgen oder auch mit Blick auf integrative (Sozial-)Leistungen am Arbeitsmarkt und ein erhöhtes Armutsrisiko.

Das vorliegende Gesetz setzt insbesondere die aus den Artikeln 8, 22 und 23 des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt (Istanbul-Konvention) - in der Bundesrepublik Deutschland in Kraft getreten am 1. Februar 2018, BGBl. 2017 II S. 1026 ff; BGBl. 2018 II S. 119; 2018 II S. 142 ff - resultierenden Verpflichtungen des Bundes und der Länder im Freistaat Thüringen um.

Artikel 23 der Istanbul-Konvention verlangt, für geeignete, leicht zugängliche Schutzeinrichtungen und sichere Unterkünfte in ausreichend großer Anzahl zu sorgen, die zu jeder Tages- und Nachtzeit die sofortige Unterbringung gewaltbetroffener oder -bedrohter Frauen und Kinder gewährleisten. Solche Einrichtungen sind derzeit im Freistaat Thüringen nicht ausreichend vorhanden. Die vorliegende Änderung des Chancengleichheitsfördergesetzes sieht daher die Übernahme der Verpflichtung zur Einrichtung, Bewirtschaftung und Instandhaltung von Schutzeinrichtungen in sämtlichen Thüringer Landkreisen und kreisfreien Städten durch das Land vor.

Artikel 8 der Istanbul-Konvention verpflichtet dazu, für die Umsetzung aller Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung aller in den Geltungsbereich des Übereinkommens fallenden Formen von Gewalt angemessene Finanz- und Personalressourcen zuzuweisen. Die Neuregelung nimmt daher Abstand von der bisherigen Mischfinanzierung, die weder allen Frauen und Kindern bei Gewaltbetroffenheit Zugang zu den erforderlichen Hilfen gewährt hat, noch die Qualität der Einrichtungen sowie die Belange des dort arbeitenden Personals ausreichend berücksichtigt hat.

Der Freistaat Thüringen übernimmt die Kosten für die Einrichtung und Bewirtschaftung sämtlicher Schutzeinrichtungen im Sinne dieses Gesetzes, womit sowohl Personal- als auch Sachkosten abgedeckt sind. Das Land hält damit in eigener Verantwortung überregionale Angebote vor, deren Finanzierung sich weder zulasten der gewaltbetroffenen Frauen und Kinder noch zu Lasten der Leistungserbringenden auswirkt. Gewaltschutz und Unterstützung gewaltbetroffener Frauen und mitbetroffener Kinder sind staatliche Pflichtaufgaben, deren angemessene und bedarfsdeckende Finanzierung durch die Bereitstellung von Haushaltsmitteln des Landes zu garantieren ist. Dem Freistaat Thüringen ist nicht verwehrt, ein Landesgesetz zu erlassen, das auf der Basis eines eigenen Regelungskonzepts die finanzielle Förderung und Unterhaltung von Unterstützungseinrichtungen für von Gewalt betroffenen Frauen (und ihren Kindern) regelt.

Die bisherige Tagessatzfinanzierung der Schutzeinrichtungen über das Zweite und Zwölfte Buch Sozialgesetzbuch (SGB II und SGB XII) lässt mehrere Gruppen von Betroffenen außen vor: Schülerinnen, Studentinnen, Auszubildende, Asylsuchende und Migrantinnen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus. Frauen mit eigenem Einkommen sind häufig gezwungen sich zu verschulden, da die Tagessätze ein durchschnittliches Einkommen übersteigen. Ebenso wird die Aufnahme von Frauen aus anderen Kommunen oder Bundesländern erschwert. Die vorliegende Änderung des Gesetzes legt einen kostenfreien Zugang zu den Schutzeinrichtungen im Freistaat Thüringen fest, wobei die Voraussetzung für den Zugang auf Hilfe und Unterstützung allein die Betroffenheit von Gewalt oder drohender Gewalt darstellt. Für Betroffene, die bereits im Leistungsbezug aus dem SGB II oder SGB XII sowie dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) stehen, wird der Aufenthalt in der Schutz Einrichtung wie bisher finanziert, da die Regelungen nach dem SGB II und dem SGB XII den Regelungen nach dem Chancengleichheitsförderungsgesetz in diesem Fall und insoweit als speziellere Regelungen den Vorschriften des Chancengleichheitsförderungsgesetzes vorgehen. Der Aufenthalt für nicht nach den beiden oben genannten Sozialgesetzbüchern oder dem Asylbewerberleistungsgesetz Leistungsberechtigte richtet sich ausschließlich nach dem Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetz und wird aus Haushaltsmitteln finanziert.

B. Zu den einzelnen Bestimmungen

Zu Artikel 1

Zu § 1 (Ziel des Gesetzes)

Die Gleichstellung von Frauen und Männern sowie die Chancengerechtigkeit zwischen den Geschlechtern ist Voraussetzung für ein gedeihliches menschliches Zusammenleben und konkretisiert sich im Verfassungsauftrag aus Artikel 3 Abs. 2 Grundgesetz (GG), Artikel 2 Abs. 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen. Artikel 2 Abs. 2 GG, Artikel 3 Abs. 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen schreibt die Pflicht des Staates fest, jede Person vor Gewalt zu schützen. Diese Verpflichtung des Staates bezieht sich nicht nur auf die effektive Abwehr akuter Gewalttätigkeit und auf Gewaltprävention, sondern erstreckt sich auch auf die Folgen, zu denen die erfahrene (häusliche) Gewalt im Leben insbesondere der gewaltbetroffenen Frau geführt hat. Daraus leitet sich der grundrechtliche Anspruch auf Hilfe und Unterstützung in der Lage ab, die als Folge der Gewalterfahrung entstanden ist. Von Gewalt (mit-)betroffene Kinder haben einen eigenen grundrechtlichen Anspruch auf Hilfe und Unterstützung, der aus Artikel 6 Abs. 2 GG, Artikel 19 Abs. 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen folgt und die Persönlichkeit der Kinder sowie die Unversehrtheit an Leib und Leben sicherstellen soll.

Artikel 22 der Istanbul-Konvention verlangt die erforderlichen gesetzgeberischen Maßnahmen, um in angemessener geographischer Verteilung spezialisierte Hilfsdienste für sofortige sowie kurz- und langfristige Hilfe für alle Betroffenen von in den Geltungsbereich der Istanbul Konvention fallenden Gewalttaten bereitzustellen. Artikel 23 der Istanbul-Konvention normiert die erforderlichen gesetzgeberischen Maßnahmen, um die Einrichtung von geeigneten, leicht zugänglichen Schutzunterkünften in ausreichender Zahl zu ermöglichen, um Betroffenen, insbesondere Frauen und ihren Kindern, eine sichere Unterkunft zur Verfügung zu stellen und aktiv auf Betroffene zuzugehen.

Zu § 2 (Finanzierung und Förderung der gesetzlichen Aufgabenerfüllung)

Mit der vorliegenden Regelung werden bisher bestehende Zugangshürden zu Schutzeinrichtungen abgebaut, Planungssicherheit für die Einrichtungsträger hergestellt und die Arbeitsbedingungen für das Personal verbessert. Der Freistaat Thüringen gewährt von Gewalt betroffenen oder Gewalt bedrohten Frauen und ihren (mit-)betroffenen Kindern kostenfreien Zugang ohne bürokratische Hürden zu Frauenhäusern und Schutzwohnungen. Die Finanzierung der Personal- und Sachkosten sowie der Kosten für erforderlichen Neuerwerb von Gebäuden und die Gebäudeunterhaltung erfolgt aus dem Landeshaushalt.

Der Aufenthalt in einer Schutzeinrichtung wird für alle Frauen, die keine Leistungen für Unterkunft und Heizung nach SGB II oder SGB XII oder nach Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, über die Kostenregelung des Thüringer Chancengleichheitsfördergesetzes und damit aus dem Landeshaushalt finanziert. Eventuelle laufende Mietkosten der eigenen Wohnung parallel zum Aufenthalt in der Schutzeinrichtung müssen jedoch durch die Betroffenen selbst finanziert werden beziehungsweise werden im Falle von Leistungsbezug nach einem Sozialgesetzbuch oder dem Asylbewerberleistungsgesetz im Rahmen des Leistungsbezugs gedeckt.

Leistungen zur materiellen Existenzsicherung der Betroffenen sind auch zukünftig nicht Bestandteil der vorliegenden gesetzlichen Regelung. Das heißt, Leistungsberechtigte nach SGB II, SGB XII oder Asylbewerberleistungsgesetz erhalten Leistungen für Lebensmittel, Kleidung, Körperpflege, Krankenversicherung weiter nach diesen Regelungen beziehungsweise Anspruchsgrundlagen. Nicht-Leistungsberechtigte haben für die Deckung der oben genannten Bedarfe selbst Sorge zu tragen.

Zu § 3 (Förderung von Gleichstellungsmaßnahmen)

Diese Vorschrift ist inhaltsgleich mit der bisherigen Regelung mit Ausnahme der Bezugnahme auf die Istanbul-Konvention.

Zu Absatz 1

Zu Nummer 1

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellt nicht nur für Alleinerziehende eine Herausforderung dar, sondern auch für Partnerschaften, in denen Beide sowohl nach beruflichem Erfolg streben, als auch ihrer Verantwortung als Eltern nachzukommen wünschen. Insbesondere der Fachkräftemangel macht deutlich, wie wichtig die Schaffung gesellschaftlicher Strukturen ist, in denen die Entscheidung für Kinder nicht faktisch mit dem Verzicht auf Beruf, Karriere und Einkommen verbunden ist.

Zu Nummer 2

Artikel 3 der Istanbul-Konvention versteht den Begriff "Gewalt gegen Frauen" als eine Menschenrechtsverletzung und bezeichnet damit alle Handlungen geschlechtsspezifischer Gewalt, die zu körperlichen oder psychischen Schäden bei Frauen führen, einschließlich der Androhung solcher Handlungen, der Nötigung oder der willkürlichen Freiheitsentziehung.

Zu Nummer 3

Unter den vielfältigen Möglichkeiten von Benachteiligung wegen des Geschlechts, ist das Erwerbsleben am häufigsten betroffen. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) schützt vor Diskriminierung wegen des Geschlechts im Arbeitsleben. Hilfestellung, auch jenseits von konkreter Rechtsberatung, erleichtert den Umgang mit Diskriminierungserfahrung.

Zu Nummer 4

Bildungsangebote für Frauen beinhalten insbesondere Möglichkeiten zum Entdecken von Perspektiven, zur Entwicklung der Persönlichkeit, zum Erkennen eigener Bedürfnisse und Ressourcen, zur Stärkung von Kommunikation und der Definition von Zielen.

Zu Nummer 5

Die Lebenszufriedenheit verläuft bei Frauen und Männern zumeist unterschiedlich und nimmt mit fortschreitendem Alter häufig ab. Angebote zur Vermeidung von sozialer Isolation, welche mit einem erheblichen Gesundheitsrisiko verbunden ist, sind daher insbesondere zu unterstützen.

Zu Nummer 6

Die Forderung nach Umsetzung von "Gender-Mainstreaming" setzt damit Geschlechtergerechtigkeit als Leitbild über die gesamte Vorschrift. Die Verpflichtung, bei allen Entscheidungen die möglicherweise unterschiedlichen Auswirkungen auf Frauen und Männer zu beachten, dient der Zielgenauigkeit und Wirksamkeit von Vorhaben.

Zu Absatz 2

Rechtsfähige privatrechtliche Organisationen, die den steuerlichen Status der Gemeinnützigkeit besitzen, können ebenso wie Körperschaften des öffentlichen Rechts Anträge auf finanzielle Förderung stellen. Voraussetzung ist in jedem Fall, dass sich der Verwaltungssitz in Thüringen befindet.

Zu Absatz 3

Zur besseren Zielgenauigkeit der Arbeit von Frauenverbänden unterstützt das Land deren landesweite Zusammenarbeit oder Zusammenschlüsse.

Zu Absatz 4

Die Landesregierung, hier das für Frauen und Gleichstellung zuständige Ministerium, regelt den Gang des Verfahrens sowie Art und Umfang der Förderung durch Verordnung.

Zu § 4 (Schutzeinrichtungen - Anspruchsberechtigte und Einrichtungsstandards)

Zu Absatz 1

Die Regelung in § 4 Abs. 1 Satz 1 stellt fest, dass Betroffene als Rechtssubjekt wahrgenommen werden und ihnen aufgrund verlässlicher Standards und finanzieller Ausstattung der Einrichtungen die Achtung und Unterstützung zukommt, die sie erwarten können. Die Regelung ist geschlechterinklusiv angelegt. Damit ist klargestellt, dass auch Menschen

mit Personenstand "divers" in den Anwendungsbereich der Regelung fallen.

Mit "Kinder, die sich in ihrer Obhut befinden" wird zum Ausdruck gebracht, dass für den Anspruch auf Schutz keine familiengerichtliche Klärung der kindschaftsrechtlichen Lage erforderlich ist. Der Begriff ist § 42 Abs. 1 SGB VII entlehnt und stellt auf die tatsächlichen Betreuungsverhältnisse ab.

Der Begriff "sozialer Nahraum" verdeutlicht, dass es um eine spezifisch räumlich-lokale Nähe geht, die in einer Beziehung wurzelt, die zwar nicht typischen Beziehungen auf der Paar- oder Familienebene entsprechen muss, diesen aber insoweit ähnelt, als Menschen sich nahe stehen (oder standen) oder zumindest aus Sicht eines der Beteiligten nahe zu stehen glauben.

Zu Absatz 2

Durch die Forderung nach Schutzeinrichtungen, die geschlechtsspezifischen Aspekten entsprechen, wird der inklusive Anspruch des Gesetzes unterstrichen. Die Schutzeinrichtungen haben besondere Belange und diverse Befindlichkeiten zu berücksichtigen. Hierbei ist auch an das Lebensalter zu denken, wobei Menschen, die erst im (hohen) Alter von Gewalt betroffen werden, gemeint sind. Artikel 4 Nr. 3 der Istanbul-Konvention bestimmt, dass Maßnahmen zum Schutz der Rechte von Gewalt Betroffener ohne Diskriminierung sicherzustellen sind.

Der Anspruch von Kindern aus Artikel 6 Abs. 2 GG in Verbindung mit Artikel 19. Abs. 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen beinhaltet ein Wächteramt des Staates hinsichtlich der Ausübung des elterlichen Erziehungsrechts. Soweit der Vater/(Ehe-)Partner (häusliche) Gewalt ausübt und dadurch auch die Kinder betroffen werden, trifft den Staat eine in Hilfe und Unterstützung sich zeigende Folgenverantwortung für das Versagen des gewalttätigen (Eltern-)teils. Dies bedeutet, dass mitbetroffene Kinder nicht nur zu betreuen sind, sondern auch eigene Beratungs- und Hilfeangebote erhalten müssen.

Andere Vorschriften des Gewaltschutzes, insbesondere des Gewaltschutzgesetzes mit der Möglichkeit der Wohnungsverweisung, haben vor beziehungsweise neben den Vorschriften des vorliegenden Gesetzes uneingeschränkt Geltung. Das wird mit der Formulierung "unberührt" im letzten Satz des Absatzes 2 klargestellt.

Zu Absatz 3

Die Istanbul-Konvention hält einen Familienplatz pro 10.000 Einwohnenden (Gesamtbevölkerung) für angemessen beziehungsweise notwendig. Ein Familienplatz ist nicht mit einem Bett gleichzusetzen, sondern entspricht mindestens einem Frauenplatz sowie mindestens eineinhalb Plätzen für Kinder.

Zu Absatz 4

Von Gewalt betroffene Personen können sich an die Schutzeinrichtung wenden und um Beratung bitten, ohne in der Einrichtung wohnen zu müssen (ambulante Beratung). Ambulante Beratung kann speziell im ländlichen Raum in der Weise angeboten werden, dass Mitarbeitende der Schutzeinrichtung die Beratung vor Ort durchführen (mobile Bera-

tung). Hierbei sind die Vertraulichkeit und die Sicherheit für die Ratsuchenden ebenso wie Barrierefreiheit zu gewährleisten.

Zu Absatz 5

Die 24-stündige Anwesenheit von Mitarbeitenden in der Schutzeinrichtung ist in der Regel nicht erforderlich. Notwendig ist hingegen eine qualifizierte 24-Stunden-Rufbereitschaft.

Zu § 5 (Schutzeinrichtungen - Aufnahmeanspruch, Aufgaben und Personal)

Zu Absatz 1

Hinsichtlich der Auslegung der Begriffe in Satz 1 wird auf die Ausführungen zu § 4 Abs. 1 verwiesen. Die Schutzeinrichtungen müssen organisatorische Regelungen für den Fall treffen, dass in der eigenen Einrichtung keine freien Kapazitäten sind und Hilfesuchende sicher in eine andere Einrichtung gelangen können. Aufgrund der Gefährdungslage muss für gewaltbetroffene Frauen Wahlfreiheit gewährleistet sein, die auch die Wahl des Orts umfasst.

Bisher hatten Frauen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus wegen der damit verbundenen mangelnden Finanzierbarkeit eines Frauenhausplatzes keine Möglichkeit der Aufnahme in einer Schutzeinrichtung. Durch die grundsätzliche Neuausrichtung der Finanzierung der Schutzeinrichtungen im Freistaat Thüringen entfällt dieses Hindernis, so dass Schutzsuchenden unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus die Aufnahme in einer Schutzeinrichtung zusteht.

Zu Absatz 2

Die Sicherheitsbedürfnisse der Schutzsuchenden sowie der Beschäftigten sind anhand der typischen Gefährdungslagen unter Beachtung der bisherigen konkreten Erfahrungen zu ermitteln. Hierbei ist auch der spezielle Sicherheitsbedarf von Schutzsuchenden, die mit dem Tode bedroht oder von einer Zwangsheirat bedroht werden, zu berücksichtigen. Nicht jede Schutzeinrichtung muss über Vorkehrungen für Hochrisikobetroffene verfügen, allerdings muss jede Schutzeinrichtung gewährleisten, dass Betroffene sicher in eine Schutzeinrichtung gelangen können, die auch für Hochrisikobetroffene geeignet ist.

Zu Absatz 3

Das Leben im Frauenhaus wirft zahlreiche Fragen der Alltagsbewältigung in rechtlicher und lebenspraktischer Hinsicht auf.

Zu Nummer 1

Zur Vorbereitung und Begleitung konkreter Lösungsschritte ist daher Beratung, mitunter auch Begleitung zu Behörden und ähnliches notwendig.

Zu Nummer 2

Der Übergang aus der Schutzeinrichtung in den regulären Wohnungsmarkt birgt Schwierigkeiten. Nicht nur die Suche nach geeignetem und sicherem Wohnraum ist zu bewältigen, sondern auch die Finanzierung der Mietkosten, gegebenenfalls durch Antragstellung bei den entspre-

chenden Leistungsträgern, ist sicherzustellen. Darüber hinaus kommt Hilfe bei der Beschaffung des Mobiliars in Betracht.

Zu Nummer 3

Zu Hochrisikomanagement wird auf die Ausführungen zu Absatz 2 verwiesen.

Zu Nummer 4

Maßnahmen der Qualitätssicherung beinhalten zum einen interne Qualitätssicherung, das heißt, dass die Einrichtung selbst über strukturierte Qualitätssicherungsvorgaben verfügt, zum anderen, dass sich die Einrichtung auch extern an Qualitätssicherungsmaßnahmen beteiligt.

Zu Nummer 5

Öffentlichkeitsarbeit über sämtliche Medien informiert die Öffentlichkeit über die Aufgaben der Schutzeinrichtung, was dazu beiträgt, dass von Gewalt betroffene Personen von Schutz- und Unterstützungsmöglichkeiten erfahren.

Zu Nummer 6

Netzwerkarbeit, wie die Teilnahme an Arbeitskreisen und "Runden Tischen" ist insbesondere im Hinblick auf interdisziplinäre Zusammenarbeit von Bedeutung. Die Einbindung von unter anderem medizinischen Personal, Polizei und Amtsgerichten in den Austausch erleichtert die Durchführung von strukturellen Maßnahmen gegen Gewalt ebenso wie sachgerechte Hilfe im Einzelfall.

Zu Absatz 4

Qualifiziertes Personal, welches durch regelmäßige Fortbildung auf dem jeweiligen neuesten Wissensstand ist, stellt sicher, dass die Arbeit verlässlich und fachlichen Standards entsprechend erbracht werden kann. Durch die Umstellung auf eine Finanzierung, die nun ausschließlich aus Landesmitteln erfolgt, ergibt sich auch als Konsequenz, dass die Vergütung für die Arbeitsverhältnisse sich zukünftig nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) zu richten hat. Arbeitsverhältnisse, die vor Inkrafttreten des Gesetzes bereits bestanden, behalten Gültigkeit, deren Vergütung ist mit Inkrafttreten der Neuregelung anzupassen. Das bestimmt der letzte Satz des Absatzes 4.

Zu § 6 (Schutzeinrichtungen - Aufgabenfinanzierung und Vorhaltepflcht)

Zu Absatz 1

Schutzeinrichtungen im Sinne des § 4 für von Gewalt betroffene Personen mit Kindern, die sich in ihrer Obhut befinden werden als Einrichtungen des Landes vorgehalten. Die Aufsicht über die rechtmäßige und zweckmäßige Wahrnehmung der Tätigkeit der Einrichtungen (Fachaufsicht) übt das für Frauen und Gleichstellung zuständige Landesministerium aus. Die Aufsicht über die innere Ordnung und Personalangelegenheiten in der Einrichtung (Dienstaufsicht) obliegt den Trägern.

Zu Absatz 2

Der Freistaat Thüringen übernimmt die einzelfallunabhängige und bedarfsgerechte Frauenhausfinanzierung. Diese gliedert sich in einen Sockelbetrag, Platzkostenpauschalen und Gebäudekosten.

Zu Nummer 1

Der Sockelbetrag ist für alle Schutzeinrichtungen gleich und deckt Kosten, die in jeder Einrichtung anfallen - unabhängig von ihrer Größe und der vorgehaltenen Platzzahl. Ein Sockelbetrag wird für hauswirtschaftliche Tätigkeiten insbesondere im ökonomischen, technischen oder ökologischen Bereich der Einrichtung sowie für die Durchführung der anfallenden Verwaltungstätigkeit gezahlt.

Zu Nummer 2

Die Höhe der Platzkostenpauschalen (einschließlich Personalnebenkosten) berechnet sich aus den Kosten für die konkrete Arbeit mit Betroffenen und (mit-)betroffenen Kindern. Die Anzahl der für eine Schutzeinrichtung zu zahlenden Platzpauschalen richtet sich nach den dort vorgehaltenen Plätzen. Die Beratung und Unterstützung der im Haus lebenden Betroffenen umfasst insbesondere, Krisenintervention und Stabilisierung, Traumasensible Beratung und Begleitung sowie Unterstützung bei der Bewältigung von Gewalt- und Trennungserfahrung, bei Bedarf Begleitung der Betroffenen zu Ämtern und Gerichten, Unterstützung bei der Entwicklung tragfähiger Perspektiven und ihrer Umsetzung, Unterstützung bei der Gestaltung des Zusammenlebens in der Schutzeinrichtung, Organisation und Durchführung gemeinsamer Freizeitangebote, Unterstützung bei der Wohnungs- und Arbeitssuche. Die Beratung und Betreuung der im Haus lebenden Kinder umfasst insbesondere Krisenintervention und Stabilisierung, Einzel-/Gruppenangebote für Kinder und Jugendliche, geschlechtsspezifische und altersspezifische Angebote, Angebote zur Stärkung des Sicherheits- und Selbstwertgefühls, bei Bedarf Hausaufgabenbetreuung, gemeinsame Gespräche in Schulen oder Kitas, gemeinsame Freizeitaktivitäten.

Zu Nummer 3

Arbeiten zur Leitung der Schutzeinrichtung sind nicht neben Beratungstätigkeiten zu leisten und müssen daher gesondert vergütet werden. Die Teilnahme an Netzwerkarbeit ist in der Regel zeitaufwändig und darf nicht von der Arbeitszeit für Beratungstätigkeit abgezogen werden, sie muss daher ebenso gesondert vergütet werden wie Präventions- und Öffentlichkeitsarbeit.

Zu Nummer 4

Aufsuchende Beratung (mobile Beratung) und ambulante Beratung in der Schutzeinrichtung leisten Betroffenen Hilfe insbesondere durch Klärung der Gefährdungssituation und des angemessenen Sicherheitsbedarfs, Aufklärung über Dynamik in von Gewalt geprägten Beziehungen, Information über Folgen (mit)erlebter Gewalt für Kinder, Information über rechtliche Bestimmungen und Existenzsicherung, Information über weitere Hilfe- und Beratungsangebote.

Zu Nummer 5

Tarifgemäß erfolgt die Vergütung für die Rufbereitschaft von mindestens zwölf Stunden in Form von Entgeltpauschalen. Daraus ergibt sich ein Bedarf von durchschnittlich 0,73 VZÄ für die Sicherstellung einer qualifizierten Rufbereitschaft.

Zu Nummer 6

Kosten für zusätzliche Betreuung von Betroffenen in der Schutzeinrichtung, die durch körperliche oder psychische Befindlichkeiten von Betroffenen entstehen können, werden nach den konkreten Bedarfen und den Aufwendungen in ihrer konkreten Höhe - also nicht pauschaliert - abgerechnet. Ebenso werden Kooperationsaktivitäten mit anderen Diensten oder Einrichtungen entsprechend der tatsächlich angefallenen Kosten vergütet.

Zu Absatz 3

Zu den Sach- und Unterhaltungskosten der Einrichtung gehören insbesondere: Haushaltsbedarf und Ersatzbeschaffungen, Telefonkosten, Büromaterial und Portokosten, Arbeitsmaterialien und technische Ausstattung, Reparaturkosten, Reinigungskosten.

Zu Absatz 4

Um jederzeit von Gewalt betroffene Personen aufnehmen zu können, müssen in sämtlichen Thüringer Landkreisen und kreisfreien Städten Schutzeinrichtungen (Frauenhäuser oder Schutzwohnungen) von jeweils mindestens fünf Familienplätzen (Definition in § 4 Abs. 3) vorgehalten werden. Es sind individuelle Wohn-Schlafräume zur Verfügung zu stellen sowie in der Regel ein individueller Sanitärbereich. Hinzu kommen ein gemeinschaftlich oder individuell zu nutzender Küchenbereich sowie Gemeinschaftsräume wie Spielbereich für Kinder, Gemeinschafts-, Beratungs- und Büroräume, Technik- und/oder Lagerräume. Es muss gewährleistet sein, Betroffene mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen aufzunehmen und ihnen die Teilhabe am täglichen Leben mittels spezieller Unterstützung (Assistenz) und/oder passender Infrastruktur zu ermöglichen. Es sind insbesondere Schwellen und Stufen beim Zugang zu der Einrichtung und in ihr zu vermeiden oder Aufzüge einzurichten. Außerdem sind notwendige Türbreiten und -höhen zu beachten. Die Landesregierung regelt durch Rechtsverordnung wie mit bestehenden, bisher nicht barrierefreien Einrichtungen zu verfahren ist und legt entsprechende Übergangsfristen fest.

Zu Absatz 5

Da der Freistaat Thüringen in eigener Verantwortung Schutzeinrichtungen für von Gewalt betroffene Personen vorhält, obliegt ihm die Bewirtschaftung und Instandhaltung der Gebäude. Bei Neueinrichtung in einer bisher nicht versorgten Kommune übernimmt das Land die Anschaffungskosten beziehungsweise stellt die Zahlung der Mietkosten sicher. Durch das Land zu zahlen sind Kosten in tatsächlicher Höhe in den Bereichen: Miet- und Nebenkosten, Innenausbau und technische Sicherheitseinrichtungen, Strom, Wasser, Heizung, gebäudebezogene Versicherungen, Sanierungs-, Renovierungs- und Investitionskosten. Schutzeinrichtungen mit mehr als fünf Familienplätzen sind zulässig.

Zu Absatz 6

Eine Schutzwohnung ist für sich nicht als weiblich definierende Personen vorzuhalten. Der Anwendungsbereich der Regelung erfasst auch nichtbinäre Betroffene, die nach eigener Einschätzung kein Angebot in einem Frauenhaus wahrnehmen können oder wollen.

Zu § 7 (Förderung von Interventionsstellen)**Zu Absatz 1**

Interventionsstellen und geschlechtsspezifische Beratungsangebote unterstützen Personen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind. Betroffene und ihre Kinder finden hier kurzfristige Hilfe zur Umsetzung der Rechte aus dem Gewaltschutzgesetz. Interventionsstellen arbeiten eng mit Polizei und Gerichten zusammen und können Betroffenen vor allem im Hinblick auf zivilrechtliche Schutzanordnungen beraten. Der Freistaat Thüringen unterstützt und fördert diese Einrichtungen, sofern sie unabhängig von der Grundhaltung des Trägers, politisch, weltanschaulich und religiös neutral arbeiten und keine von häuslicher, sexualisierter oder geschlechtsspezifischer Gewalt betroffene Person von dem Hilfeangebot ausschließt. Häusliche Gewalt schließt auch psychische Gewalt, zum Beispiel Beschimpfen, Demütigen, Bedrohen und soziale Gewalt, zum Beispiel Schlechtmachen bei Freunden, Familie oder Behörden sowie ökonomische Gewalt, zum Beispiel Ausnutzen von wirtschaftlicher Abhängigkeit, keinen Zugang zu Geldmitteln ermöglichen, ein.

Zu Absatz 2

Die Interventionsstellen ermöglichen der von Gewalt betroffenen Person durch entsprechende persönliche oder telefonische Beratung eine selbstbestimmte Entscheidung hinsichtlich der weiteren Vorgehensweise zu treffen und vermitteln bei Bedarf in andere Hilfesysteme oder in eine Schutzeinrichtung. Sie unterstützen und beraten bei der individuellen Sicherheitsplanung. Interventionsstellen sind berechtigt, "pro-aktiv" zu arbeiten, das heißt sie nehmen nach einem Polizeieinsatz wegen häuslicher Gewalt die von der Polizei mit dem Einverständnis der Betroffenen übersandten Daten auf und treten von sich aus mit der betroffenen Person in Kontakt. Gewaltprävention und Sensibilisierung der Öffentlichkeit für das Thema werden durch die Interventionsstellen ebenso geleistet wie die Teilnahme an überdisziplinärer Netzwerkarbeit in der Kommune oder Region.

Zu Absatz 3

Beratungs- und Schutzsuchende haben keinen Einkommensnachweis zu erbringen. Die Leistung wird kostenlos erbracht.

Zu Absatz 4

Die Landesregierung, hier das für Frauen und Gleichstellung zuständige Ministerium, regelt durch Rechtsverordnung die weiteren Anforderungen sowie das Verfahren.

Zu § 8 (Anerkennung der Träger)**Zu Absatz 1**

Der Freistaat Thüringen hält in eigener Verantwortung und mit Finanzierung durch Mittel aus dem Landeshaushalt Schutzeinrichtungen für von

Gewalt betroffene Personen vor. Die Arbeit vor Ort wird von den Trägern geleistet, die der Anerkennung durch das Land bedürfen. Interventionsstellen stehen in der Verantwortung ihrer Träger und können unter Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen anerkannt werden und Landesförderungen erhalten.

Zu Absatz 2

Ein Rechtsanspruch auf Anerkennung durch das Land besteht nicht.

Zu Absatz 3

Das ständige Vorliegen der Anerkennungsvoraussetzungen wird regelmäßig durch das für Frauen und Gleichstellung zuständige Ministerium des Landes geprüft.

Zu Absatz 4

Zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Neuregelung bestehende Rechtsverhältnisse der Träger, insbesondere Arbeits- und Mietverhältnisse, haben Bestandsschutz bis zu deren regulären Ablauf beziehungsweise Beendigung, sei es durch den vorgesehenen Zeitablauf oder die dafür vorgesehene Rechtshandlung. Dies schließt auch das Recht auf außerordentliche Kündigung ein. Bei auf unbestimmte Zeit eingegangenen Rechtsverhältnissen besteht innerhalb von fünf Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes das Recht auf Kündigung, wobei die gesetzlichen Kündigungsfristen zu beachten sind.

Zu Absatz 5

Die Landesregierung, hier das für Frauen und Gleichstellung zuständige Ministerium regelt durch Rechtsverordnung die Voraussetzungen für die Durchführung dieser Vorschrift.

Zu § 9 (Förderung von Frauenzentren)

Zu Absatz 1

Frauenzentren in Thüringen sind nach ihrem Selbstverständnis Orte der Begegnung, Kommunikation, Bildung und Kultur. Sie sind Teile des sozialen Hilfeangebotssystems für Frauen und stehen für ein selbstbestimmtes und gewaltfreies Leben von Frauen ein. Unabhängig von der Grundhaltung des Trägers müssen Frauenzentren politisch, religiös und weltanschaulich neutral arbeiten und für alle Frauen zur Verfügung stehen, um durch das Land gefördert zu werden.

Zu Absatz 2

Die Gleichstellungsbeauftragten vor Ort können am ehesten beurteilen, ob die Voraussetzungen im Sinne des Absatzes 1 vorliegen. Daher müssen Frauenzentren durch die regional zuständigen Gleichstellungsbeauftragten mittels einer schriftlichen Stellungnahme befürwortet und anerkannt werden, um einen Antrag auf Förderung durch das Land stellen zu können.

Zu Absatz 3

Für die Antragsberechtigung wird auf § 3 Abs. 2 verwiesen.

Zu Absatz 4

Hinsichtlich der Rechtsgrundlage zur Förderung von Frauenzentren treten durch dieses Gesetz keine Änderungen ein.

Zu § 10 (Verschwiegenheitspflicht)

Die gesetzlichen Regelungen hinsichtlich der Schweigepflicht der Mitarbeitenden in Schutzeinrichtungen sind je nach beruflicher Ausbildung unterschiedlich. Zur Vereinheitlichung sind die Schutzeinrichtungen daher gehalten, arbeitsvertragliche Regelungen zur Verschwiegenheit mit den Mitarbeitenden zu schließen. Die entsprechenden arbeitsvertraglichen Regelungen müssen aber etwaig geltende gesetzliche beziehungsweise berufsrechtliche Verschwiegenheitspflichten zumindest als Mindeststandard gewährleisten und dürfen dieses Schutzniveau nicht unterschreiten, dürfen aber darüber hinausgehen.

Zu Artikel 2

Mit Artikel 2 wird das Inkrafttreten des Gesetzes geregelt. Aus fachlichen Gründen ist ein differenziertes zeitliches "Stufenverfahren" gewählt worden. Um durch die Anwendung dieses "Stufenmodells" keine Regelungslücken entstehen zu lassen, bestimmt Satz 5 des Artikels 2, dass in den in den Sätzen 2 bis 4 genannten Fällen die bisherigen Regelungen des Chancengleichheitsförderungsgesetzes solange Anwendung finden, bis nach der oben genannten Stufenvorschrift die jeweilige Neuregelung aus dem Änderungsgesetz in Kraft tritt.

Für die Fraktion
DIE LINKE:

Für die Fraktion
der SPD:

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN:

Blechtschmidt

Lehmann

Henfling

2. Vom Einbringer übersandte Daten

(Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)

3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.

Thüringer Rechnungshof

Evangelische Stadtmission und Gemeindedienst Erfurt

Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten

Projekt A4

Landesarbeitsgemeinschaft Jungen- und Männerarbeit Thüringen e.V.

SISTERS e.V.

LAG Thüringer Frauenhäuser & Frauenschutzwohnungen, Frauenhaus Meiningen

Liberale Frauen Thüringen e.V.

Katholisches Büro Erfurt

Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie - Die Beauftragte für die Gleichstellung von Frau und Mann

LIGA Selbstvertretung Thüringen e.V.

Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe, Frauen gegen Gewalt e.V.

Landesarbeitsgemeinschaft der Thüringer Interventionsstellen gegen häusliche Gewalt

Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.

LAG Thüringer Frauenzentren

Landesfrauenrat Thüringen e.V.

Thüringischer Landkreistag e.V.

Landeshauptstadt Wiesbaden, Magistrat Kommunales Frauenreferat

Der Paritätische Wohlfahrtsverband, Landesverband Thüringen e.V.

LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligientransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
„Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes - Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes“ Gesetzesentwurf der Fraktion DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 7/8244											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thüringer Rechnungshof</td> <td>Oberste Landesbehörde</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Burgstraße 1</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>07407 Rudolstadt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer Rechnungshof	Oberste Landesbehörde	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Burgstraße 1	Postleitzahl, Ort	07407 Rudolstadt
	Name	Organisationsform									
	Thüringer Rechnungshof	Oberste Landesbehörde									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Burgstraße 1									
Postleitzahl, Ort	07407 Rudolstadt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort			
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
	Postleitzahl, Ort										

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Finanzkontrolle	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Der Thüringer Rechnungshof regt an, die Gesetzesinitiative des Bundes abzuwarten, um darin zu erwartende Standards übernehmen zu können.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail vorab <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Rudolstadt, 8. August 2023	



Die Präsidentin

Thüringer Rechnungshof • Postfach 10 01 37 • 07391 Rudolstadt

Thüringer Landtag
Mitglieder des Ausschusses
für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

**„Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer
Chancengleichheitsfördergesetzes - Ausbau und Förderung von
Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes“**
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN - Drucksache 7/8244
Äußerung nach § 111 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Rudolstadt,
8. August 2023

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

mit o. g. Schreiben bat der Thüringer Landtag den Rechnungshof um Stellungnahme. Der Rechnungshof dankt für die Beteiligung zum Beratungsgegenstand. Ungeachtet fehlender Prüfungserkenntnisse nimmt er aus Sicht der Finanzkontrolle auf der Grundlage allgemein verfügbarer Daten Stellung. Eine Bedarfsanalyse sowie eine Gesetzesfolgenabschätzung lagen dem Rechnungshof nicht vor.

Der Rechnungshof weist darauf hin, dass vor jedem Gesetzesvorhaben unter anderem die Ausgangslage zu bestimmen, eine Bedarfsanalyse durchzuführen und eine Gesetzesfolgenabschätzung vorzunehmen sind. Die bundesweite Frauenhaus-Statistik für das Jahr 2021 der Frauenhaus-Koordinierung e. V. (FHK) stellt bislang die einzige Datengrundlage dar, die bundesweite Rückschlüsse auf die Bewohnerinnen und die Frauenhausarbeit zulassen. Allerdings beteiligten sich nur knapp die Hälfte der bestehenden Frauenhäuser an den anonymen Datenerhebungen. Insgesamt liegen damit keine belastbaren Informationen zur Inanspruchnahme von Frauenhäusern vor. Die statistische Datenlage ist unzureichend.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) weist zudem darauf hin, dass derzeit keine empirischen Daten über die konkrete Finanzausstattung der einzelnen Länder zur Finanzierung von Frauenhäusern vorliegen.¹ Im Übrigen bestehen in Ermangelung

¹ Vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags: Informationen zur Finanzierung von Frauenhäusern in Deutschland vom 8. Mai 2023.

belastbarer statistischer Daten widersprüchliche Anhaltspunkte für deren Auslastung. In der Presse wurde während der Corona-Zeit die Überlastung von Frauenhäusern thematisiert. Dennoch berichtete die Landesregierung dem Landtag in ihrem Zweiten Bericht zur Umsetzung der Istanbul-Konvention über die „Frauenhäuser“ wie folgt:

„Hinsichtlich der Anzahl der Schutzunterkünfte wurden trägerseitig keine Anträge für einen Ausbau gestellt. Dies ist umso bedauerlicher, als sowohl im Landeshaushalt, als auch im Bundesinvestitionsprogramm auskömmlich investive Mittel bereitstehen, um Immobilien zu erwerben, zu sanieren oder auszubauen. Zusätzlich standen im Landeshaushalt weitere Mittel zur Förderung nach der Thüringer Frauenhausförderverordnung bereit. Trotz intensiver Werbung seitens der Landesregierung bei den Gebietsträgerschaften, potenziellen Trägern und der LIGA der freien Wohlfahrtspflege wurde hiervon kein Gebrauch gemacht.“²

Der Rechnungshof regt an, diese widersprüchlichen Informationen durch eine aussagefähige Bedarfsanalyse auszuräumen und die erforderliche Datenbasis zu schaffen. Schließlich soll sich die Anzahl der Schutzunterkünfte nach dem tatsächlichen Bedarf richten. Bei dem in der Istanbul-Konvention genannten Wert von einem Familienplatz je 10.000 Einwohner handelt es sich jedoch lediglich um einen Richtwert.

In Bezug auf einzelne Aspekte zum Gesetzesvorhaben sind aus Sicht des Rechnungshofs u. a. erforderlich:

- Bestands- und Bedarfsanalysen für Maßnahmen und Einrichtungen zur Ableitung der Kapazitätserfordernisse und zur Vermeidung von Überkapazitäten sowie die regelmäßige Überprüfung ihrer Ergebnisse,
- Prüfung der Wirtschaftlichkeit verschiedener Handlungsoptionen bei Schaffung und Betrieb der Unterkunftskapazitäten sowie der Beratungs-Infrastruktur (z. B. Rückgriff auf bereits bestehende Infrastruktur bei Beratungsaktivitäten und ggf. deren Ausbau),³
- Prüfung einer zentralen Koordination/Steuerung der Platzvergabe bzw. der Auslastung von Schutzkapazitäten,⁴
- eine Dokumentation und Auswertung (Berichtswesen) zu Fallzahlen und Auslastung der Einrichtungen,
- Vermeidung von Doppelstrukturen/Mehrfachförderung bei Aufbau/Nutzung von Beratungsmöglichkeiten,
- transparente und bedarfsgerechte Veranschlagung der Ausgaben im Haushalt,

² Vgl. TLT, Drs. 7/7649 Unterrichtung durch die Landesregierung: Zweiter Bericht der Landesregierung zum Umsetzungsstand der Istanbul-Konvention in Thüringen vom 30. März 2023, S. 9 f.

³ Bspw. wird durch das Landesprogramm für das solidarische Zusammenleben der Generationen nach dem Thüringer Familienförderungsgesetz Erziehungs-, Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen gefördert. Denkbar wäre auch eine Kooperation mit anderen Stellen, die bereits Opfer von Gewalt professionell beraten und betreuen. (Hier wären durch das TMIK/die Polizei sicher Hinweise möglich.)

⁴ Nicht immer ist es geboten, Betroffene wohnortnah unterzubringen. Die Unterbringung ist u. a. von der Gefährdungslage und von den Schutzeinrichtungen der Unterkunft abhängig.

- Prüfung der Kooperation mit anderen Ländern,
- bei Umsetzung des Gesetzes eine Prüfung von Maßnahmen zur Kostenkontrolle, z. B. bei Telefon-, Beratungs- und Steuerungsaktivitäten sowie bei der Öffentlichkeitsarbeit sowie
- Evaluierung der gesetzlich getroffenen Maßnahmen zur Umsetzung der Istanbul-Konvention nach einem angemessenen Zeitraum.

Des Weiteren beantwortet der Rechnungshof die dem Gesetzentwurf in Anlage 2 beigefügten Fragen der Fraktion der CDU wie folgt:

zu Frage 1:

Der Rechnungshof hält einige Regelungen für zu unbestimmt. Dazu gehören u. a. der Umfang der geplanten Maßnahmen, ihre fiskalischen Auswirkungen sowie die verwendeten Definitionen und Begriffsabgrenzungen.

zu Frage 2:

Alternativ wäre eine Trägerschaft der Frauenhäuser durch die Kommunen möglich. Daher sollte der Gesetzentwurf begründen, dass die Aufgabenerledigung durch das Land wirksamer und wirtschaftlicher sein soll, als durch die Kommunen. Dem Rechnungshof fehlt dieser Nachweis.

Auf die fehlende Gesetzesfolgenabschätzung hat der Rechnungshof hingewiesen. Dies gilt auch für eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung unter Berücksichtigung von Alternativen. Eine abschließende Einschätzung ist daher nicht möglich.

zu Frage 3:

Der Rechnungshof verfügt über keine Prüfungserkenntnisse. Auf das eingangs Dargestellte wird verwiesen.

zu Frage 4:

Der Rechnungshof hat dazu keine Erkenntnisse oder Anmerkungen.

zu Frage 5:

Der Rechnungshof hat dazu keine Erkenntnisse oder Anmerkungen.

zu Frage 6:

Siehe Antwort zu Frage 7.

zu Frage 7:

Der Rechnungshof teilt die Sorge einer Überforderung des existierenden Hilfesystems aufgrund der im Gesetzentwurf verwendeten unbestimmten Definition von Begriffen, wie z. B. „sozialer Nahraum“.

zu Frage 8:

Unklarheiten über die Angemessenheit von Kosten sind zu vermeiden. Aufgaben und Ausgaben sind deshalb möglichst abschließend zu ermitteln. Dies wäre Voraussetzung für eine angemessene Pauschalfinanzierung.

zu Frage 9:

Bei der Entscheidung für den Anerkennungszeitraum von Trägern sollte zwischen den Interessen der betroffenen Personen (ausreichende Sicherheit) und denen der Träger (Planungssicherheit) abgewogen werden. Aus Sicht des Rechnungshofs sind fünf Jahre ein langer Zeitraum, der bei erstmaliger Genehmigung/Anerkennung von Einrichtungsträgern in diesem

sensiblen Bereich als relativ lang erscheint. Es sollte daher geprüft werden, ob für die Anerkennung neuer Träger ggf. ein kürzerer Anerkennungszeitraum sachgerecht wäre.

zu Frage 10:

Der Rechnungshof hat hierzu keine Erkenntnisse oder Anmerkungen.

Abschließend weist der Rechnungshof auf den einstimmigen Beschluss der 33. Gleichstellungs- und Frauenministerinnen-Konferenz sowie auf die Absicht der Bundesfrauenministerin Paus (Bündnis 90/Die Grünen) hin, noch in dieser Legislaturperiode ein Bundesgesetz einzubringen, welches das Recht auf Schutz und Beratung in Umsetzung der Istanbul-Konvention regelt. Weiterhin soll eine bundesgesetzliche Beschreibung eines bedarfsgerechten Hilfesystems erfolgen, deren Ausgestaltung in der Verantwortung der Länder liegt.

Der Rechnungshof regt an, diese Gesetzesinitiative abzuwarten, um sich an den darin zu erwartenden Standards orientieren zu können. Außerdem können so rechtliche und haushaltswirtschaftliche Risiken minimiert werden und die haushaltspolitischen Herausforderungen angesichts der eigenen Leistungsfähigkeit Thüringens stärker Beachtung finden.

Der Rechnungshof erklärt seine Zustimmung zur Bereitstellung seiner Äußerung an Dritte.

Mit freundlichen Grüßen

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem <u>Gesetzentwurf</u> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes - Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes, Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, Drs. 7/8244											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
1.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Evangelische Stadtmission und Gemeindedienst Erfurt</td> <td>gGmbH</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Allerheiligenstr. 9</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Evangelische Stadtmission und Gemeindedienst Erfurt	gGmbH	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Allerheiligenstr. 9	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Evangelische Stadtmission und Gemeindedienst Erfurt	gGmbH									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Allerheiligenstr. 9									
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
2. Haben Sie sich als <u>natürliche Person</u> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>											
2.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="height: 30px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="height: 40px; vertical-align: bottom;">Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="height: 40px; vertical-align: bottom;">Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes - Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes, Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, Drs. 7/8244		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>	
	<div style="flex: 1;">Name</div> <div style="flex: 1;">Organisationsform</div>	
	<div style="flex: 1;">LandesArbeitsgemeinschaft der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten Thüringen</div> <div style="flex: 1;"></div>	
	<div style="flex: 1;">Geschäfts- oder Dienstadresse</div> <div style="flex: 1;">c/o Stadtverwaltung Jena</div>	
	<div style="flex: 1;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</div> <div style="flex: 1;">Löbdergraben 12</div>	
	<div style="flex: 1;">Postleitzahl, Ort</div> <div style="flex: 1;">07743 Jena</div>	
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>	
	<div style="flex: 1;">Name</div> <div style="flex: 1;">Vorname</div>	
	<div style="flex: 1;"></div> <div style="flex: 1;"></div>	
	<div style="flex: 1;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse </div> <div style="flex: 1;"> <input type="checkbox"/> Wohnadresse </div>	
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	<div style="flex: 1;">Straße, Hausnummer</div> <div style="flex: 1;"></div>	
<div style="flex: 1;">Postleitzahl, Ort</div> <div style="flex: 1;"></div>		

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsfördergesetzes - Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/8244 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>PROJEKT A4 - Männerberatung in Thüringen</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>August-Bebel-Str. 10 07743 Jena</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>07743 Jena</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		PROJEKT A4 - Männerberatung in Thüringen	Geschäfts- oder Dienstadresse	August-Bebel-Str. 10 07743 Jena	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	07743 Jena
Name	Organisationsform										
	PROJEKT A4 - Männerberatung in Thüringen										
Geschäfts- oder Dienstadresse	August-Bebel-Str. 10 07743 Jena										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort	07743 Jena										

Projekt A4

Beratung | Sensibilisierung | Information
 August-Bebel-Str. 10 | 07743 Jena
 Tel.: 0151 | 288 156 18
beratung@maennerberatung-thueringen.de

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG) <i>nein</i>	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	<i>Fachberatungsstelle für männliche Betroffene von häuslicher Gewalt und Stalking in Thüringen</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	<i>- Anmerkungen und facultative Empfehlungen aus Sicht des Männergewaltschutzes</i> <i>- insbesondere Einbezug weiterer Zielgruppen von Bedeutung</i> <i>- Alternativvorschlag zu Gesetzformulierung "Schutzwohnung für nicht weibliche Personen"</i> <i>- Auseinandersetzung mit den praktischen Folgen dieser Formulierung</i>	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiliguentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Jena, 14.08.2023	

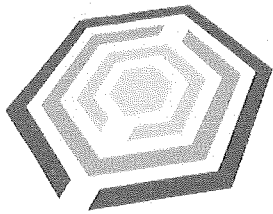
Projekt A4

Beratung | Sensibilisierung | Information

August-Bebel-Str. 10 | 07743 Jena

Tel.: 0151 | 288 156 18

beratung@maennerberatung-thueringen.de



VEREINT gegen Gewalt e.V.

PROJEKT A4

August-Bebel-Str. 10 • 07743 Jena

Tel. 0151 288 156 18

Mail projektA4@vereint-gegen-gewalt.de

www. maennerberatung-thueringen.de

gefördert durch:

Freistaat
Thüringen

Ministerium
für Arbeit, Soziales,
Gesundheit, Frauen und Familie

Thüringer Landtag | Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung | Jürgen Fuchs Str. 1 | 99096 Erfurt

Stellungnahme/Anhörung „Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes – Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes“

Jena, den 14.08.2023

THÜR. LANDTAG POST
16.08.2023 10:36

21.08.2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Vertretende des Gewaltschutzes für männliche Betroffene von häuslicher Gewalt und Stalking in Thüringen legen wir gern unsere Perspektive zum aktuellen Gesetzentwurf dar. In unserer Funktion als Fachberatungsstelle im Thüringer Gewaltschutz begrüßen wir die Möglichkeit, unsere Perspektive zu diesem wichtigen Thema einzubringen.

Der vorliegende Gesetzentwurf zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes, der den Ausbau und die Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes zum Ziel hat, betrifft unseren Arbeitsbereich unmittelbar. Wir möchten uns daher insbesondere auf die Aspekte des Gesetzentwurfs konzentrieren, die den Schutz und die Unterstützung von männlichen Betroffenen häuslicher Gewalt direkt oder indirekt betreffen.

Unser Anliegen ist es, eine umfassende Herangehensweise an den Gewaltschutz zu fördern, die allen Opfern häuslicher Gewalt gleichermaßen gerecht wird und jegliche Form häuslicher Gewalt effektiv bekämpft. In dieser Stellungnahme möchten wir konstruktive Vorschläge einbringen, die dazu beitragen, dass der Gewaltschutz für männliche Opfer von häuslicher Gewalt in der Gesetzgebung gestärkt und verbessert wird.

An dieser Stelle möchten die Gelegenheit nutzen und auf unseren Abschlussbericht hinweisen, der sich mit der Frage befasst, wie es gelingen kann, Mönnerschutzwohnungen in Thüringen zu etablieren. In diesem Bericht haben wir relevante Erkenntnisse und Empfehlungen zusammengetragen, um einerseits die Bedürfnisse und Herausforderungen männlicher Betroffener von häuslicher Gewalt besser zu verstehen und Lösungsansätze vorgestellt, wie Mönnerschutzwohnungen in Thüringen aufgebaut werden können. Den Bericht finden Sie auch auf unserer Homepage https://maennerberatung-thueringen.de/wp/wp-content/uploads/2023/06/PROJEKT-A4_Abschlussbericht_Ansaetze-zur-Etablierung-von-Gewaltschutzwohnungen-fuer-maennliche-Betroffene-von-haeuslicher-Gewalt-in-Thueringen-1.pdf

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, unsere Perspektive in den Gesetzgebungsprozess einzubringen, und hoffen, dass unsere Anregungen und Empfehlungen zur weiteren Verbesserung des Gesetzentwurfs beitragen können.

Für Rückfragen stehen wir jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,

Das Team des PROJEKT A4 - Männerberatung in Thüringen

Projekt A4

Beratung | Sensibilisierung | Information

August-Bebel-Str. 10 | 07743 Jena

Tel.: 0151 288 156 18

beratung@maennerberatung-thueringen.de

Inhaltsverzeichnis

Anlage 1:

Stellungnahme/Anhörung zum Gesetzentwurf „Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer
Chancengleichheitsförderungsgesetzes – Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes“

Anlage 2:

Fragen der Fraktion CDU

Anlage 1: Stellungnahme/Anhörung PROJEKT A4 – Männerberatung in Thüringen

Gesetzentwurf „Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes – Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes“

Gesetzestext	Stellungnahme PROJEKT A4 – Männerberatung in Thüringen
<p>§ 1 <u>Ziel des Gesetzes</u></p> <p><i>Ziel des Gesetzes ist es, ein tragfähiges Netz der Information, Prävention, Beratung und Hilfe zu fördern, das zur Umsetzung des Verfassungsgebotes der Gleichstellung von Frauen und Männern und zu mehr Chancengerechtigkeit beiträgt sowie der Umsetzung von Artikel 22 und 23 des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt dient (Istanbul-Konvention) dient.</i></p>	<p>Wir begrüßen ausdrücklich, dass der Gesetzentwurf explizit die Bedeutung der Prävention von Gewalt und die Förderung von Bildungsangeboten zur Sensibilisierung für häusliche Gewalt beinhaltet. Dies sollte sowohl für männliche als auch weibliche Zielgruppen gelten und dazu beitragen, die Gesellschaft insgesamt für dieses Problem zu sensibilisieren und Gewalt vorzubeugen.</p> <p>Der Schutz von Männern vor häuslicher Gewalt ist im Sinne der Zielsetzung des Gesetzes aus mehreren Gründen geboten und gerechtfertigt:</p> <p>Gleichstellung und Chancengleichheit: Das Gesetz zielt darauf ab, das Verfassungsgebot der Gleichstellung von Frauen und Männern zu verwirklichen. Die Gleichstellung kann jedoch nur erreicht werden, wenn auch Männer vor häuslicher Gewalt geschützt werden. Indem das Gesetz den Schutz männlicher Betroffener stärkt, trägt es dazu bei, Chancengerechtigkeit zu fördern und sicherzustellen, dass Männer nicht aufgrund ihres Geschlechts benachteiligt werden.</p> <p>Umsetzung der Istanbul-Konvention: Die Istanbul-Konvention, das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, legt fest, dass alle Formen von geschlechtsspezifischer Gewalt bekämpft werden müssen. Indem das Gesetz den Schutz männlicher Betroffener von häuslicher Gewalt einschließt, trägt es zur umfassenden Umsetzung der Istanbul-Konvention bei. Es betont die Bedeutung, dass alle Opfer von häuslicher Gewalt geschützt werden müssen, unabhängig von ihrem Geschlecht.</p>

<p>§ 3 <u>Förderung von Gleichstellungsmaßnahmen</u> Absatz 3: Maßnahmen, die dem landesweiten Zusammenschluss und der Zusammenarbeit von Frauenverbänden in Thüringen dienen, sollen vom Land gefördert werden.</p>	<p>Der Fokus dieser Maßnahme liegt eindeutig auf der Förderung von Frauenverbänden, was legitim und sinnvoll ist, um die Gleichstellung von Frauen und die Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt zu unterstützen. Es ist jedoch wichtig, sicherzustellen, dass jegliche Förderung und Zusammenarbeit auch die Bedürfnisse männlicher Betroffener von häuslicher Gewalt und weiterer Zielgruppen (z.B. queere Menschen) angemessen berücksichtigt. Zur Ermöglichung einer fachinhaltlichen und gesellschaftspolitischen Vertretung von Männern in Thüringen empfehlen wir die Einrichtung einer Landesfachstelle Jungen- und Männerarbeit in Thüringen, welche auf Basis einer differenzierten Auseinandersetzung mit Männerbildern die Entwicklung und Erweiterung von positiven, emanzipatorischen Männlichkeiten fördert, Präventionsarbeit leistet und die Sensibilität für die Bedarfe von Jungen und Männern in Thüringen stärkt.</p>
<p>§ 4 <u>Schutzeinrichtungen-Anspruchsberechtigte und Einrichtungsstandards</u> Absatz 2: „Die Schutzeinrichtungen müssen dem Bedürfnis der betroffenen Person nach einem Hilfeangebot entsprechen, das geschlechtsspezifischen Aspekten gerecht wird. Besondere Belange, die sich aus der sexuellen Orientierung und der geschlechtlichen Identität ergeben [...] sind ebenso wie multiple Problemlagen zu berücksichtigen.“</p>	<p>Die Einbindung dieser Aspekte im Gesetzentwurf unterstreicht das Bestreben, auch den Schutz männlicher Betroffener vor häuslicher Gewalt umfassend zu gestalten, was wir positiv bewerten. Es gewährleistet, dass ihre spezifischen Bedürfnisse und Herausforderungen bei der Unterstützung und Betreuung angemessen berücksichtigt werden. Indem die Vielfalt, der von häuslicher Gewalt betroffenen Personen und ihre individuellen Situationen berücksichtigt werden, wird das Ziel einer effektiven und gerechten Unterstützung erreicht. Das begrüßen wir.</p>
<p>§ 6 <u>Schutzeinrichtungen – Aufgabenfinanzierung und Vorhaltepflcht</u> (6) Landesweit ist mindestens eine barrierefreie Schutzwohnung für nicht weibliche Personen vorzuhalten.</p>	<p>Indem mindestens eine barrierefreie Schutzwohnung für „nicht weibliche“ Personen landesweit vorgehalten wird, wird zwar anerkannt, dass im aktuellen Hilfesystem bestimmte Betroffenenengruppen (beispielsweise Männer) auf der Suche nach einem Schutzplatz systematisch ausgeschlossen werden. Eine Schutzwohnung für „nicht weibliche“ ist aber aus den folgenden Gründen kritisch zu betrachten:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Fehlende Gleichstellung: Die Formulierung legt nahe, dass männliche Opfer von häuslicher Gewalt als separate Kategorie behandelt werden müssen und nicht denselben Schutz wie weibliche Opfer erhalten können. Dies könnte zu einer Ungleichbehandlung führen und gegen das Prinzip des Chancengleichheitsförderungsgesetz verstoßen. Es ist wichtig sicherzustellen, dass alle Opfer von

häuslicher Gewalt gleichermaßen Zugang zu Schutzwohnungen und Unterstützung haben, unabhängig von ihrem Geschlecht.

2. **Ausschluss bestimmter Gruppen:** Die Formulierung lässt offen, welche Gruppen von nicht weiblichen Personen genau eingeschlossen werden. Es ist wichtig sicherzustellen, dass auch andere geschlechtliche Identitäten wie Männer, Menschen mit non-binärer Geschlechtsidentität und transgender Personen, die Gewalt erfahren haben, angemessenen Zugang zu Schutzwohnungen haben. Eine differenziertere Sprache und klare Definition der Zielgruppe ist an dieser Stelle unabdingbar. Hier sollte nachgearbeitet werden.
3. **Mangelnde Berücksichtigung unterschiedlicher Bedürfnisse:** Es sollte vermieden werden, mehrere Schutzbedürftige gleichzeitig in einer Schutzwohnung für "Nicht weibliche Personen" unterzubringen. Wenn beispielsweise heterosexuelle Menschen in eine Wohnung für queere Menschen einquartiert werden, die möglicherweise Opfer von Homofeindlichkeit geworden sind, wird die Wohnung faktisch kein sicherer Raum mehr für queere Menschen.
Es ist wichtig, dass Schutzwohnungen entsprechend den spezifischen Bedürfnissen und Erfahrungen der Betroffenen eingerichtet werden. Eine sichere Umgebung kann nicht gewährleistet werden, wenn Personen mit unterschiedlichen Hintergründen, Erfahrungen und Schutzbedürfnissen in derselben Wohnsituation zusammengebracht werden.
Es ist daher ratsam, bei der praktischen Umsetzung des Schutzes von "Nicht weiblichen Personen" in Schutzwohnungen eine differenzierte Herangehensweise zu wählen, um die Bedürfnisse und Sicherheit aller Betroffenen zu gewährleisten. Eine sichere Umgebung kann nicht gewährleistet werden, wenn Personen mit unterschiedlichen Hintergründen, Erfahrungen und Schutzbedürfnissen in derselben Wohnsituation zusammengebracht werden.
4. **Begrenzte Verfügbarkeit:** Die Aussage legt nahe, dass nur eine Schutzwohnung landesweit für nicht weibliche Personen vorgehalten werden soll. Aus Sicht der Praxis erscheint es nicht praktikabel für einen von häuslicher Gewalt betroffenen Mann, durch das halbe Bundesland zu fahren, gegebenenfalls mit Kind(ern), um in der einzigen Schutzwohnung unterzukommen, die dann möglicherweise gerade belegt ist. Es besteht das Risiko, dass aufgrund der begrenzten Verfügbarkeit nicht alle männlichen Opfer angemessenen Schutz und Unterkunft finden können. Die Bundesfach- und Koordinierungsstelle Männergewaltschutz (BFKM) empfiehlt 3- 5 Schutzwohnungen pro

	<p>Bundesland für männliche Betroffene von häuslicher Gewalt, je nach Fläche und Einwohnerzahl. Angemessener wäre mindestens eine Schutzwohnung pro Interventionsstelle. In Thüringen gibt es 4 Interventionsstellen in Meiningen, Erfurt, Gera und Nordhausen.</p> <p>Alternative Formulierung für §6 (6):</p> <p><i>„Landesweit sollen angemessene barrierefreie Schutzwohnungen für Betroffene bereitgestellt werden, die aufgrund von Geschlecht oder geschlechtlicher Identität nicht in einer spezifischen Einrichtung für Frauen, wie einem Frauenhaus oder Frauenschutzeinrichtung, untergebracht werden können.“</i></p> <p>Der Gesetzentwurf sollte eine ganzheitliche Perspektive einnehmen und die Bedürfnisse aller Betroffenen angemessen berücksichtigen, unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Identität oder anderen Merkmalen.</p> <p>Eine geschlechtsneutrale Herangehensweise sollte zwar im Hinblick auf die Betroffenheit von häuslicher Gewalt angestrebt werden, um sicherzustellen, dass alle Betroffenen von häuslicher Gewalt Zugang zu geeigneten Schutzeinrichtungen haben. Die Bedürfnisse aller „nicht weiblichen“ Opfer sind jedoch sehr unterschiedlich und sollten gleichermaßen berücksichtigt werden.</p> <p>Für eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der Einrichtung von Mönnerschutzwohnungen in Thüringen empfehlen wir unseren Abschlussbericht „Wege, Perspektiven und Ansätze zur Etablierung von Schutzräumen für männliche Betroffene von häuslicher Gewalt in Thüringen.“ Der Bericht ist auf der Homepage des PROJEKT A4 – Männerberatung unter folgendem Link abrufbar: https://maennerberatung-thueringen.de/wp/wp-content/uploads/2023/06/PROJEKT-A4_Abschlussbericht_Ansaetze-zur-Etablierung-von-Gewaltschutzwohnungen-fuer-maennliche-Betroffene-von-haeuslicher-Gewalt-in-Thueringen-1.pdf</p>
<p><u>Weiter Vorschläge und Empfehlungen zum Gesetzentwurf aus Sicht des PROJEKT A4 – Männerberatung in Thüringen</u></p>	<p>1. Entbürokratisierung der Projektförderung im Gewaltschutz:</p> <p>Bei vielen Einrichtungen im Gewaltschutz erfolgt die Finanzierung im Rahmen einer Projektfinanzierung. Das bedeutet, dass jedes Jahr ein neuer Antrag auf Zuwendung von Projektfördermitteln gestellt werden muss, obwohl die Förderung wiederkehrend ist. Bewilligungs- und Prüfungsverfahren gehen mit einem hohen bürokratischen Aufwand für die Träger und Einrichtungen einher und binden personelle Ressourcen.</p>

Die Verlängerung auf einen Förderzeitraum von drei Jahren wäre begrüßenswert und brächte eine erhebliche Entlastung für die oft kleinen Träger und die konkrete Arbeit in den Gewaltschutzeinrichtungen mit sich:

- **Kontinuität und Planungssicherheit für Träger:** Durch die Verlängerung auf drei Jahre wird den Trägern von Gewaltschutzeinrichtungen eine größere Kontinuität und Planungssicherheit geboten. Sie können langfristige strategische Entscheidungen treffen und ihre Ressourcen effektiver einsetzen, da sie nicht jedes Jahr erneut das Zuwendungsverfahren durchlaufen müssen. Dies ermöglicht eine stabile und nachhaltige Arbeit.
- **Effizienzsteigerung:** Die Verlängerung auf drei Jahre reduziert den bürokratischen Aufwand sowohl für die Träger als auch für das zuständige Ministerium. Die längere Gültigkeitsdauer ermöglicht es den Trägern und den Einrichtungen, sich stärker auf ihre eigentliche Arbeit, nämlich den Gewaltschutz, zu konzentrieren.

Insgesamt bietet die Verlängerung auf drei Jahre eine langfristige und stabilere Grundlage für die wichtige Arbeit, die im Gewaltschutz geleistet wird.

2. Rechtsanspruch für Betroffene häuslicher Gewalt:

Jede Person, unabhängig von Geschlecht, Geschlechtsidentität, Alter oder Herkunft, die von häuslicher Gewalt betroffen ist und Schutz sucht sollte das Recht auf einen angemessenen und sicheren Schutzplatz in einer Schutzeinrichtung haben. Der Rechtsanspruch auf einen Schutzplatz soll ohne jegliche Diskriminierung gewährt werden und das Ziel verfolgen, alle Opfer häuslicher Gewalt gleichermaßen zu schützen und zu unterstützen.

3. Progressive Männerarbeit fördern:

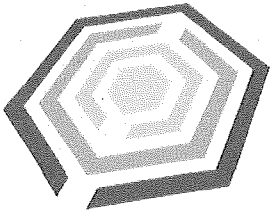
Eine progressive Männerarbeit setzt auch auf Gewaltprävention, indem sie sich mit tradierten Männlichkeitsnormen auseinandersetzt, die zu Gewalt führen können. Durch die Förderung von gesunden und neuen Männlichkeitsbildern kann die Wahrscheinlichkeit von Gewalttaten langfristig reduziert werden. Außerdem hätte eine progressive Männerarbeit eine Signalwirkung für die Gesellschaft, in dem sie zeigt,

	<p>dass Gewaltschutz nicht nur ein Thema ist, welches Frauen betrifft und angeht. Männer üben Gewalt aus, sind aber gleichermaßen auch oft von Gewalt betroffen. Die Integration progressiver Männerarbeit in den Gesetzentwurf ist ein wichtiger Schritt in Richtung eines ganzheitlichen Gewaltschutzes, der alle Betroffenen gleichermaßen unterstützt und das Bestreben zur Bekämpfung häuslicher Gewalt effektiver gestaltet. Für die Umsetzung dieser Belange könnte eine Thüringer Landesfachstelle Männer- und Jungenarbeit einen wichtigen Beitrag leisten.</p>
--	--

Abschließend möchten wir betonen, dass der Schutz vor häuslicher Gewalt eine Angelegenheit ist, die alle Geschlechter betrifft. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass Gesetze und Maßnahmen geschaffen werden, die alle Opfer häuslicher Gewalt gleichermaßen schützen und unterstützen, unabhängig von ihrem Geschlecht.

Wir sind zuversichtlich, dass die Berücksichtigung unserer Vorschläge im Gesetzentwurf einen bedeutenden Fortschritt für die Gewaltschutzlandschaft in Thüringen darstellen wird.

Wir möchten außerdem an dieser Stelle für Berücksichtigung der schriftlichen Stellungnahme der Bundesfach- und Koordinierungsstelle Männergewaltschutz (BFKM) werben. Die BFKM wird vom BMFSFJ finanziert und entwickelt u.A. Qualitätsstandards für Männerschutzeinrichtungen und berät fachlich beim Aufbau von Männerschutzprojekten.



Anlage 2: Fragen der Fraktion CDU

Gern nutzen wir die Möglichkeit, Ihre Fragen zu beantworten und damit unsere Perspektive in den Aushandlungsprozess einzubringen. In unseren Antworten konzentrieren wir uns vorrangig auf die Fragen, zu denen wir relevante Beiträge leisten können.

Frage 1

Welche weitergehenden und inhaltlichen Änderungen der Regelungen vermissen Sie am vorgelegten Gesetzentwurf?

Grundsätzlich begrüßen wir die Maßnahmen der Thüringer Landesregierung, die Vorgaben der Istanbul-Konvention durch die Vorlage des „Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes – Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes“ weiter umzusetzen. Die vorliegende Neufassung des Chancenförderungsgleichheitsgesetzes sieht nun die Übernahme der Verpflichtung zur Einrichtung, Bewirtschaftung und Instandhaltung von Schutzeinrichtungen in sämtlichen Thüringer Landkreisen und kreisfreien Städten durch das Land vor. Diese Entscheidung begrüßen wir sehr.

In der Einführung zum Gesetz unter „A. Probleme und Regelungsbedürfnis“ wird im ersten Satz von „allen Menschen“ geschrieben. Wir gehen davon aus, dass damit auch männliche Menschen und LSBTIQ-Menschen mitgemeint sind, welche auch von häuslicher- und Beziehungsgewalt betroffen sind. Explizit werden in „§ 1 Ziel des Gesetzes“ Frauen und Männer“ als Adressaten zur Umsetzung der Chancengleichheit genannt. Wir gehen davon aus, dass mit dem Bezug auf die Umsetzung der Istanbul-Konvention gemäß Artikel 22 und 23 damit auch männliche Menschen und LSBTIQ-Menschen mitgemeint sind, welche auch von häuslicher- und Beziehungsgewalt betroffen sind. In den Erläuterungen zum Gesetzentwurf zu §4 findet sich der Passus, „Die Regelung ist geschlechterinklusive angelegt. Damit ist klargestellt, dass auch Menschen mit Personenstand „divers“ in den Anwendungsbereich der Regelung fallen.“

Frage 2 und 3

Welche Alternativen zur hier vorgeschlagenen Lösung, die Frauenschutzhäuser in die Zuständigkeit des Landes zu übertragen, sehen Sie? Welche Vor- und Nachteile hat aus Ihrer Sicht die vorgeschlagene Lösung?

Welche finanzielle Absicherung ist nötig, um die Arbeit der Frauenschutzhäuser sicherzustellen?

Grundsätzlich sehen wir zur vorgeschlagenen Lösung, die Frauenschutzhäuser in die Zuständigkeit des Landes zu übertragen keine Alternative. Wichtig wäre aus unserer Perspektive, dass die Übertragung der Finanzierung der Frauenschutzunterkünfte und Frauenzentren in den Landeshaushalt verbunden ist mit der eindeutigen und transparenten Haushaltsbestimmung durch eigene Haushaltstitel, angemessener Finanzierung aller im Haushalt geförderten Einrichtungen und einer entsprechenden Einsicht in die unterschiedlichen inhaltlichen Ziele, fachinhaltlichen Bedürfnisse und projektspezifischen Entwicklungsbedingungen. Damit sind auch die schon im Haushalt bestehenden Projekte wie die 4 Thüringer Interventionsstellen und das Projekt A4 einbezogen.

Frage 4

Wie bewerten Sie die Kombination von Gleichstellung und der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen entsprechend der Istanbul-Konvention in einem einzigen Gesetzentwurf?

Historisch gesehen ist eine Kombination von Gleichstellung und der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen durchaus nachvollziehbar. Und die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen ist auch ein Bestandteil einer umfassenden Gleichstellungspolitik. Der Gesetzentwurf bezieht sich dabei auch auf die verpflichtende Umsetzung der Istanbul-Konvention und den entsprechenden beschriebenen Standards. Allerdings betrifft Gleichstellungspolitik auch andere von Diskriminierung und Benachteiligung betroffenen Gruppen wie LSBTIQ, seelisch-psychisch- und körperlich eingeschränkte Menschen sowie gewaltbetroffene Jungen und Männer. Die Istanbul-Konvention ist explizit ein Instrument zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt an vor allen Frauen und hat daher in ihrer Zielgruppe nur bedingt andere vulnerable und von Gewalt betroffene Gruppen im Blick. Insofern läuft man mit der Kombination Gefahr, andere Betroffenengruppen zu übersehen und deren Bedarfe nicht ausreichend in den Blick zu nehmen.

Frage 5

Wie bewerten Sie die Förderung von Maßnahmen, die dem Gender- Mainstreaming dienen sollen (§ 31 Abs. Nr. 6), im Rahmen dieses Gesetzentwurfs?

Gender-Mainstreaming bedeutet, die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Menschen aller Geschlechter bei allen Entscheidungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen zu berücksichtigen, um so die Gleichstellung durchzusetzen . Wir unterstützen dieses Bestreben ausdrücklich.

Frage 6 und 7

Wie bewerten Sie die in § 4 Abs. '1 formulierte Definition von Gewalt und welche Auswirkungen dieser Definition auf die praktische Umsetzung in den Einrichtungen des Gewaltschutzes erwarten Sie?

Die formulierte Definition von Gewalt im Gesetzentwurf orientiert sich weitgehend an der Gewaltdefinition der Istanbul-Konvention. Fraglich ist, wie sinnvoll die Erweiterung auf „außerhalb von Paar-, Familien- oder vergleichbaren Beziehungen im sozialen Nahraum“ ist. Dies würde ggf. auch Gewalt in Wohn-, Pflege- und Betreuungseinrichtungen einschließen. Auch Angehörige in Sporteinrichtungen, Kirchen, Gemeinschaftsunterkünften oder Behörden und Betroffene von Menschenhandel müssten mit der Erweiterung des Schutzbegriffes mitgedacht werden. Sehr wahrscheinlich würde das aktuelle Thüringer Hilfesystem schnell an Kapazitätsgrenzen geraten. Um dem erweiterten Schutzauftrag gerecht werden zu können, wären grundlegende konzeptionelle Neuausrichtung des Thüringer Gewaltschutzsystems notwendig. Sinnvoll wären mehrere Gewaltschutzzentren in Thüringen, deren Aufgabe es ist, gewaltbetroffenen Menschen Schutz und Unterstützung zu bieten ganz gleich, von welcher Form der Gewalt sie betroffen sind.

Frage 10

Wie bewerten Sie die Vorbedingung, dass Frauenzentren durch die regionalen Gleichstellungs-beauftragten befürwortet und als notwendig anerkannt werden müssen (§ 9 Abs. 2)? Welche Konsequenzen könnte diese Prüfung auf die (nicht nur, aber auch politische) Unabhängigkeit der Träger und ihre Arbeit haben?

Das erste Chancengleichheitsfördergesetz wurde 2005 beschlossen. Schon in dieser Fassung wurde im § 5 Absatz 2 festgeschrieben, dass die Frauenzentren durch die regionalen Gleichstellungsbeauftragten befürwortet und als notwendig anerkannt werden müssen.

Grundsätzlich stehen wir dieser Regelung kritisch gegenüber, da die fachinhaltliche und fachpolitische Unabhängigkeit der Frauenzentren von einzelnen Gleichstellungsbeauftragten damit nicht grundsätzlich gewährleistet ist.

Mit freundlichen Grüßen

Team Projekt A4

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

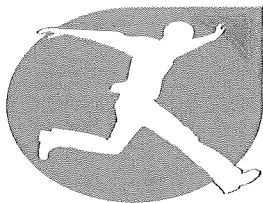
Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsfördergesetzes - Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/8244 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>LAG - Landesarbeitsgemeinschaft Jungen- und Männerarbeit Thüringen e.V.</td> <td>Eingetragener Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Keßlerstr. 27</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Keßlerstraße 27</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>07745 Jena</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	LAG - Landesarbeitsgemeinschaft Jungen- und Männerarbeit Thüringen e.V.	Eingetragener Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse	Keßlerstr. 27	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Keßlerstraße 27	Postleitzahl, Ort	07745 Jena
Name	Organisationsform										
LAG - Landesarbeitsgemeinschaft Jungen- und Männerarbeit Thüringen e.V.	Eingetragener Verein										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Keßlerstr. 27										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Keßlerstraße 27										
Postleitzahl, Ort	07745 Jena										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilG)	
	Angebote, Weiterbildungen, Workshops, Netzwerkarbeit, Sensibilisierung und Öffentlichkeitsarbeit für Junge, männl., Jugendliche, Männer und Väter	
	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
4.	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilG)	
	- Wir befürworten den Gesetzentwurf, da er mit der Übernahme der Finanzierung von Frauenschutz in den Landeshaushalt eine wichtige Finanzierungssicherheit bietet - Umsetzung der Istanbul Konvention wird gestärkt und umgesetzt - wir fördern eine Landesfach- und Koordinierungsstelle für junge und Männer sowie Gewaltschutzwohnungen für männl. Betroffenen von Hg	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Jena, 14.08.'23	



Landesarbeitsgemeinschaft
**Jungen- und
Männerarbeit**
Thüringen e.V.

THÜR. LANDTAG POST
17.08.2023 06:36

21276/2023

Keßlerstrasse 27 • 07745 Jena • 0176/21162885 • <https://www.jungenarbeit-thueringen.de/>

**Stellungnahme/Anhörung „Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer
Chancengleichheitsfördergesetzes – Ausbau und Förderung von Einrichtungen
und Angeboten des Gewaltschutzes“**

LAG Jungen- und Männerarbeit Thüringen e.V.

Jena, den 16.08.2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Mitglieder der LAG Jungen- und Männerarbeit Thüringen e.V. engagieren sich schon seit 2005 für Geschlechtergerechtigkeit in Thüringen.

Für eine innovative Gender- sowie Jungen- und Männerpolitik in Thüringen müssen in naher Zukunft entsprechende Maßnahmen geplant und gefördert werden.

Insofern freuen wir uns, dass wir unsere fachliche Perspektive zu dem uns vorliegenden Gesetzentwurf einbringen können.

Ziel der Landesarbeitsgemeinschaft Jungen- und Männerarbeit Thüringen e.V. ist die Planung und Durchführung von unterschiedlichen Projekten, Workshops und Veranstaltungen für Jungen, männliche Jugendliche, Männer und Väter. Neben diesen Angeboten sind die Bereiche Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit, Sensibilisierung und politische Lobbyarbeit für die Bedürfnisse von Jungen und Männer wichtige Arbeitsfelder unseres Vereins.

Die LAG Jungen – und Männerarbeit e.V. wird sich in ihrer Stellungnahme vornehmlich auf die Aspekte des Gesetzentwurfes konzentrieren, von deren Formulierung und Auswirkungen sie (mehr oder weniger) direkt betroffen ist.

Wir möchten auch anmerken, dass wir sehr gern unsere Expertise in der mündlichen Anhörung eingebracht hätten. Das kein Vertreter eines von zwei explizit männerspezifischen Projekten in Thüringen mitgedacht und eingeladen wurde empfinden wir als sehr bedauerlich.

Für Rückfragen stehen wir gern jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,
LAG Jungen- und Männerarbeit Thüringen e.V.

Inhaltsverzeichnis

Anlage 1:

Stellungnahme/Anhörung zum Gesetzentwurf „Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes – Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes“

Anlage 2:

Fragen der Fraktion CDU

Anlage 3:

Formblatt zur Datenerhebung

§ 1

Ziel des Gesetzes

Ziel des Gesetzes ist es, ein tragfähiges Netz der Information, Prävention, Beratung und Hilfe zu fördern, das zur Umsetzung des Verfassungsgebotes der Gleichstellung von Frauen und Männern und zu mehr Chancengerechtigkeit beiträgt sowie der Umsetzung von Artikel 22 und 23 des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt dient (Istanbul-Konvention) dient.

Gleichstellung von Frauen und Männern:

Für eine innovative Gender- sowie Jungen- und Männerpolitik in Thüringen müssen in naher Zukunft entsprechende Maßnahmen geplant und gefördert werden.

Insofern begrüßen wir ausdrücklich die in § 1 genannte Förderung von Netzwerken zur Informationsverbreitung, Prävention und Beratung als wichtigen Beitrag zur Gleichstellung und Chancengerechtigkeit von Frauen und Männern. Weiterhin ist eine entsprechende Gleichstellung von Frauen und Männern als Verfassungsgebot festgeschrieben. Eine verstärkte Förderung von Jungen- und Männerarbeit in Thüringen ist durch diesen Gesetzentwurf nun möglich, da eine entsprechende gesetzliche Grundlage vorhanden ist.

Istanbul Konvention:

Mit der im Gesetz festgeschriebenen Umsetzung der Istanbul Konvention übernimmt das Gesetz auch die Forderung, Gewalt gegen männlich Betroffenen von häuslicher Gewalt zu bekämpfen. Dies ergibt sich aus der Formulierung in der Istanbul Konvention, dass alle Formen von geschlechtsspezifischer Gewalt bekämpft werden müssen.

Wir begrüßen dieses Vorhaben ausdrücklich.

§ 3

Förderung von Gleichstellungsmaßnahmen

Maßnahmen, die dem landesweiten Zusammenschluss und der Zusammenarbeit von Frauenverbänden in Thüringen dienen, sollen vom Land gefördert werden.

Wir begrüßen grundsätzlich die Förderung von Gleichstellungsmaßnahmen, da unter Absatz (1) unterschiedliche Projekte unabhängig vom Geschlecht oder auf Grund von Benachteiligung von Geschlecht gefördert werden sollen. Zu bemerken wäre dazu, dass die Anerkennung von Benachteiligung nicht nur Frauen betrifft, sondern je nach Perspektiv auch Männer oder LSBTQ*-Menschen.

Absatz (3)

Wir können diesen Absatz und Ansatz aus dem historischen Kontext heraus gut verstehen und begrüßen die Förderung diese Maßnahmen. Den Erfolg der intensiven und langfristigen Initiative der unterschiedlichen Frauenverbände wir durch diesen Gesetzentwurf deutlich. Allerdings sehen wir den Bedarf und die Notwendigkeit auch an die Förderung von Maßnahmen zu erinnern, welche die Vernetzung, dem landesweiten Zusammenschluss und der Zusammenarbeit von Jungen- und Männerarbeit fördern. Es gibt momentan einen Landesfrauenrat Thüringen, eine LSBTIQ*-Koordinierungsstelle und die LAG Thüringer Frauenzentren sowie die LAG Thüringer Frauenhäuser.

Aus unserer Perspektive wäre es nun ein wichtiger und notwendiger Schritt, eine Landesfach- und Koordinierungsstelle für Jungen- und Männer in Thüringen zu fördern. Erst wenn auch Jungen und Männer durch eine geförderte Interessenvertretung ihre gesellschaftspolitischen Perspektiven, Bedürfnisse und Forderungen für und in Thüringen einbringen können, kann von einer Gleichstellungspolitik auf Augenhöhe gesprochen werden.

§ 4

Schutzeinrichtungen-Anspruchsberechtigte und Einrichtungsstandards

Grundsätzlich bewerten wir diesen Paragraphen positiv, da hier mit der Formulierung von „Personen“ unterschiedliche Betroffenenengruppen angesprochen und anspruchsberechtigt gesehen werden. Dies beinhaltet somit auch den Schutz von männlichen Betroffenen.

§ 6

Schutzeinrichtungen – Aufgabenfinanzierung und Vorhaltepflcht

(6) Landesweit ist mindestens eine barrierefreie Schutzwohnung für nicht weibliche Personen vorzuhalten.

Wir bewerten diesen Paragraphen grundsätzlich positiv, werden mit der Vorhaltung „mindestens einer barrierefreien Schutzwohnung für nichtweibliche Personen“ doch auch weitere Betroffenenengruppen und damit auch Männer als Betroffenen von häuslicher Gewalt anerkannt. Allerdings sind hier doch auch einige Fragen und Herausforderungen zu benennen.

Welche Betroffenenengruppen werden damit explizit benannt oder vielleicht doch ausgeschlossen? Werden mit dieser Formulierung dem Gedanken und Anspruch von Gleichstellung genug Rechnung getragen? Wer hat den Zugang zu dieser einen Schutzwohnung? Und wo soll denn diese eine Schutzwohnung vorgehalten werden und entsteht daraus nicht eine entsprechende Benachteiligung für andere Regionen? Eine Anlehnung an die 4 Interventionsstellen wäre daher regional nachvollziehbar und ein möglicher Kompromiss.

Zum anderen wird mit der Bezeichnung „nichtweibliche Personen“ für Schutzeinrichtungen entsprechende Anforderungen an Räumlichkeiten und Aufgaben formuliert. Wir möchten an dieser Stelle an die Empfehlungen der Bundesfach- und Koordinierungsstelle Männergewaltschutz (BFKM) und auf den Abschlussbericht „Wege, Perspektiven und Ansätze zur Etablierung von Schutzräumen für männliche Betroffene von häuslicher Gewalt in Thüringen.“ vom Projekt A4 verweisen. Darin werden 3-5 Schutzwohnungen je nach Bundesland, Fläche und Einwohnerzahl empfohlen sowohl auch die jeweiligen Möglichkeiten und Grenzen von gemeinsamer Zusammenlegung unterschiedlicher Betroffenenengruppen beschrieben. Dabei spielen die unterschiedlichen Bedürfnisse, Gewalterfahrungen, Hilfebedürfnisse und andere Spezifikationen (z.B. Alter, Kinder etc.) eine entsprechende Rolle. Hier wäre aus unserer Sicht nochmal anzuregen, über eine Änderung von Formulierungen nachzudenken um so eine klarere Aussagekraft zu erreichen.

Abschließende Bemerkung:

In den nächsten Jahren sehen wir unterschiedliche Herausforderungen für und in unserer Gesellschaft. Sei das der Klimawandel, welche die Menschen in unserem Land vor neue Entwicklungsaufgaben stellt. Sei es der digitale Wandel, welcher die Ausbildungs- und Berufswelt nachhaltig verändern wird. Oder sei es die voranschreitende Gleichstellung, welche im Familienleben entsprechende Veränderungen schon bewirkt hat und noch weiter fortschreiten wird.

Und aktuell *Jungen und Männer erleben einen öffentlichen Genderdiskurs Feminismusdiskurs, Transgenderdiskurs und fragen sich, wer sich für sie einsetzt?*

Auch aus diesem Grund hat die LAG Jungen- und Männerarbeit e.V. nachfolgende männerpolitische Impulse entwickelt und möchte diese Forderungen an dieser Stelle einbringen.

1. Eine Landesfachstelle Jungen- und Männerarbeit für Thüringen einrichten, die den Bedarf bündelt und folgende Aufgaben übernimmt:

- Fachkräfte qualifizieren und Fortbildungen organisieren; fachliche Standards sichern; lokale Projekte fördern
- Handlungsfelder bearbeiten, Pilotprojekte initiieren (z.B. zu Extremismus und Gewaltprävention, Gesundheit, geschlechtergerechte Arbeit in Kitas und Schulen; Väter und Familienarbeit)
- Kontakt, Koordination und Vernetzung herstellen, mit der Mädchen- und Frauenarbeit in Thüringen, der queeren Arbeit, Verbänden, Jugendhilfe, Schule, Wirtschaft, Politik, Kirche
- Fachberatung gewährleisten für die Landes- und die kommunale Ebene, für Vereine und Verbände sowie für Einzelpersonen (Infostelle geschlechtergerechte Arbeit in Thüringen)
- Öffentlichkeitsarbeit: geschlechterbezogene Arbeit und Gleichstellungspolitik für Jungen und Männer in Thüringen sichtbar machen; Sensibilisieren für deren Themen und Probleme

2. Männergewaltschutz:

- Pilothafte Erprobung bzw. Etablierung von geschützten Unterkünften für männliche Opfer von häuslicher Gewalt und Stalking und deren Kinder in Thüringen mit fachlicher Begleitung durch das PROJEKT A4 – Männerberatung in Thüringen.
- Ausbau des Thüringer Hilfesystems gegen häusliche Gewalt. Frauenschutzeinrichtungen sicher und auskömmlich finanzieren. Gleichermaßen Hilfestrukturen für gewaltbetroffene Männer und deren Kinder ausbauen. Ein Pilotprojekt: mindestens drei Männerschutzwohnungen im Freistaat.
- Rechtliche Grundlage: Die Istanbul-Konvention (2011) empfiehlt ausdrücklich, Schutzmaßnahmen auf alle Opfer von häuslicher Gewalt anzuwenden.
- Finanzierung von Schutzeinrichtungen für gewaltbetroffene Frauen und Männer vollständig in die Verantwortung des Landes legen, und damit das Vorhalten von Plätzen gewährleisten.
- Fortschreibung des Thüringer Landesaktionsplans gegen häusliche Gewalt. Verankerung von

- konkreten Maßnahmen zum Schutz gewaltbetroffener Menschen, auch explizit männlicher Betroffener von häuslicher Gewalt und Stalking.

3. Die Arbeit mit Vätern kontinuierlich entwickeln und ihre Herausforderungen ernst nehmen.

- Eine Ansprechstelle für Väter in Thüringen sollte folgende Themen unterstützen:
Geburtsvorbereitungskurse von Vätern für Väter;
- Fachberatung,
- Qualifizierung von Fachkräften,
- Präventionsangebote für Eltern,
- aufsuchende Sozialarbeit (Väterarbeit, Kinderschutz);
- Weiterentwicklung mobiler Familienarbeit im ländlichen Raum;
- flächendeckende Bildung zu Fragen von Erziehung und Selbstfürsorge.

4. Die Beratungsangebote für Jungen und Männer ausbauen

Die bestehenden Beratungsstellen und Interventionsstellen weiter sensibilisieren hinsichtlich geeigneter Zugänge und bedarfsgerechter Angebote für Jungen und Männer. Ein „Modellprojekt Männerberatung“ kann, insbesondere im ländlichen Raum, passgenaue Angebote erproben.

5. Die Jungen- und Männergesundheit stärker in den Blick zu nehmen

Männer sterben im Durchschnitt fünf Jahre eher als Frauen. Das hat keine biologischen, sondern gesellschaftlich-strukturelle Ursachen. Bestimmte Krankheitsbilder, Suizidalität, Obdachlosigkeit, Sucht, Kriminalität sind deutlich männlich konnotiert.

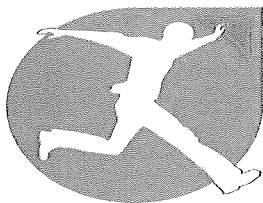
Wir benötigen:

- eine geschlechterdifferenzierte Gesundheitsförderung für Männer
- eine differenzierte Gesundheitsprävention für die Geschlechter in Kitas und Schulen
- mehr Anstrengungen im Jugend-Medienschutz: Es gibt deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede. Im Corona-Jahr 2020 nutzen Jungen deutlich mehr Ego-Shooter-Spiele, waren anfälliger für die Verbreitung von Fake News oder bei Hate-Speech.
- Die Corona-Krise belastet Kinder und Jugendliche stark. Im Kinder- und Jugendschutz sind zwei Tendenzen sichtbar: Rückzug in die Vereinzelung, erhöhte Aggressivität. Beides entlädt sich z.B. in Suchtverhalten, in Gewalttätigkeit gegen sich und andere, in Hinwendung zu extremen Haltungen. Jungen und Männer sind aufgrund ihrer Sozialisation besonders gefährdet.

Wir bedanken uns nochmal für die Möglichkeit, unsere fachliche Perspektive zur Stellungnahme/Anhörung „Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes – Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes“ beitragen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Vorstand LAG Jungen- und Männerarbeit Thüringen e.V.



Landesarbeitsgemeinschaft
**Jungen- und
Männerarbeit**
Thüringen e.V.

Keßlerstrasse 27 • 07745 Jena • 0176/21162885 • <https://www.jungenarbeit-thueringen.de/>

Anlage 2: Fragen der Fraktion CDU

Sehr geehrte Damen und Herren,

gerne nehmen wir die Gelegenheit wahr, um Ihre Fragen zu erwidern und somit unsere Standpunkte in den Diskussionsprozess einzubinden. Bei unseren Antworten legen wir besonderes Augenmerk auf die Themen, zu denen wir fachlich unsere Expertise beitragen können. Allerdings können wir in der Argumentation nicht vertieft auf die einzelnen Paragraphen und Absätze eingehen und halten uns daher kurz.

Gern hätten wir unsere vertiefenden Argumente in der mündlichen Anhörung dargelegt. Leider sind wir dazu nicht eingeladen worden. Dies bedauern wir sehr.

Frage 1

Welche weitergehenden und inhaltlichen Änderungen der Regelungen vermissen Sie am vorgelegten Gesetzentwurf?

Erstmal möchten wir deutlich ausdrücken, dass der vorliegende Gesetzentwurf viele positive Ansätze verfolgt. Gerade im Bereich §1 Gleichstellungsmaßnahmen sind nun auch Angebote für Beratung, Prävention, Weiterbildung für Männer förderfähig. Dies ist ein wichtiger Schritt zur Beantragung und Finanzierung männerspezifischer Projekte. Dies begrüßen wir sehr. Auch die Benennung und damit die Kostenübernahme „mindestens einer Gewaltschutzeinrichtung für nicht-weibliche Personen ist begrüßenswert. Und auch die grundsätzliche Übernahme der Finanzierung der Schutzeinrichtungen in den Thüringer Landkreisen ist aus unserer Sicht positiv zu bewerten.

Allerdings hätten wir uns gewünscht, dass neben Frauen als Betroffene von häuslicher Gewalt auch andere Betroffenenengruppen deutlich dargestellt und benannt werden. Dies wäre im Sinne der Gleichstellungsmaßnahmen ein wichtiger Schritt gewesen, häusliche Gewalt als Problem unterschiedlicher Betroffenenengruppen anzuerkennen und so auch grundsätzlich die gleichen Zugänge zu Fördermaßnahmen zu ermöglichen.

Die Formulierung „Vorhaltung mindestens einer Schutzwohnung für nicht weibliche Personen“ sehen wir als etwas undifferenziert an. Wer genau ist damit gemeint? Welche Personengruppen haben welchen Anspruch auf eine Schutzwohnung? Wer entscheidet über entsprechende Bedarfe zu welchen Betroffenenengruppen. Hier wäre eine klarere Benennung, wer gemeint ist wünschenswert. Darüber hinaus ist auch die Aussage, „mindestens eine Schutzwohnung“ verwirrend. In welcher Region soll denn die Schutzwohnung errichtet werden? Wer entscheidet, ob „noch eine Schutzwohnung“ fachlich geboten ist. Bei einer Neubeantragung einer fachlich begründeten weiteren Schutzwohnung für nicht weibliche Personen Passus kann immer festgestellt werden, dass der gesetzliche Auftrag schon erfüllt ist, da es ja schon eine Schutzwohnung gibt. Hier sehen wir schon ein entsprechendes Konfliktpotential zwischen den Betroffenenengruppen entstehen, welches durch eine andere Formulierung hätte verhindert werden können.

Des Weiteren sehen wir die Notwendigkeit einer Fach- und Koordinierungsstelle für Männer. In dem Gesetzentwurf unter §3 „**sollen Maßnahmen, die dem landesweiten Zusammenschluss und der Zusammenarbeit von Frauenverbänden in Thüringen dienen, vom Land gefördert werden**“. Männer als eine große Bevölkerungsgruppe werden an dieser Stelle leider nicht mitgedacht. Es gibt den Landesfrauenrat, Koordinierungsstellen Frauenhaus und Frauenschutz oder eine Koordinierungsstelle LSBTIQ*. Eine Fach- und Koordinierungsstelle für Jungen- und Männerarbeit in Thüringen gibt es nicht. Hier sehen wir einen entsprechenden Bedarf und eine Notwendigkeit eine entsprechende Koordinierungsstelle einzurichten. Gerade im Sinne der Gleichstellung und der möglichen Vertretung von Bedürfnissen und belangen von Jungen und Männern wäre dies ein wichtiger Schritt.

Frage 2 und 3

Welche Alternativen zur hier vorgeschlagenen Lösung, die Frauenschutzhäuser in die Zuständigkeit des Landes zu übertragen, sehen Sie? Welche Vor- und Nachteile hat aus Ihrer Sicht die vorgeschlagene Lösung? Welche finanzielle Absicherung ist nötig, um die Arbeit der Frauenschutzhäuser sicherzustellen?

Dazu können wir nur sagen, dass wir zur vorherigen Regelung keine Alternative sehen.

Frage 4

Wie bewerten Sie die Kombination von Gleichstellung und der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen entsprechend der Istanbul-Konvention in einem einzigen Gesetzentwurf?

Aus unserer Sicht ist die Umsetzung der Istanbul Konvention ein Baustein von unterschiedlichen Maßnahmen von Gleichstellung. Das es im jetzigen Entwurf Spielräume für Verbesserungen gibt haben wir schon in Ansätzen dargelegt. Das es momentan noch einen Schwerpunkt von Frauenförderung aufzeigt, ist für uns ersichtlich aber auch nachvollziehbar. Ob und in welchem Maße die Kombination mehr oder weniger positive Auswirkungen hat, für welche Betroffenengruppe diese Auswirkungen besonders spürbar sein werden oder ob sich daraus neue „Ungleichheiten“ ergeben, wird sich erst mit den konkreten Projekten, beantragten Fördermaßnahmen und deren Umsetzung zeigen.

Frage 5

Wie bewerten Sie' die Förderung von Maßnahmen, die dem Gender- Mainstreaming dienen sollen (§ 3 Abs.1 Nr. 6), im Rahmen dieses Gesetzentwurfs?

Wie in Frage 4 wird sich in der zukünftigen Anwendung und Umsetzung von Projekten und Fördermaßnahmen zeigen, welchen Effekt diese Maßnahmen haben werden. Auch Gender Mainstreaming ist ein Baustein in der Umsetzung von Gleichstellung von allen Geschlechtern, in unterschiedlichen Lebenssituationen auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Insofern können wir erstmal die Einbeziehung dieser Maßnahmen in den Gesetzentwurf nachvollziehen und hoffen auf eine positive Wirkung und Umsetzung in der Zukunft.

Frage 6 und 7

Wie bewerten Sie die in § 4 Abs. ,1 formulierte Definition von Gewalt und welche Auswirkungen dieser Definition auf die praktische Umsetzung in den Einrichtungen des Gewaltschutzes erwarten Sie?

Eine ähnliche Definition verwendet neben der Thüringer Polizei auch die Istanbul Konvention. Auch dort werden psychische, physische und andere Gewaltformen genannt. Auch die Art der Partnerschaft, ob aktuell Zusammen oder ehemalige Partnerschaft wird dabei definiert.

Allerdings wird im neuen Entwurf der „soziale Nahraum“ möglicherweise „erweitert“. Zumindest ist mit der Formulierung „außerhalb von Paar-, Familien- oder vergleichbaren Beziehungen im sozialen Nahraum“ unklar, wer oder was damit genau gemeint ist. Denn hier könnten auch andere Beziehungs-Institutionen mit entsprechende Personenbeziehungen gemeint sein, wie zum Beispiel in Pflegeeinrichtungen, Behindertenwerkstätten oder ähnliches (Internate, Wohnheime etc.) Und damit würde sich dann auch die Frage anschließen, welche Ansprüche an Schutz und Hilfe entstehen und wie diese Ansprüche und Maßnahmen finanziert werden sollen. Hier wäre eine Klarstellung noch im Vorfeld wünschenswert und Notwendig, damit Schutzeinrichtungen auch entsprechende Maßnahmen zur Erfüllung dieser neuen Aufgaben planen, konzipieren und dann umsetzen können.

Fraglich ist, ob diese formulierte Definition mit den sich daraus ergebenden Aufträgen nicht doch einzelne Einrichtungen mit ihrem bisherigen Aufgabenprofil überfordern kann. Hier sollte nochmal überlegt werden, wie ein funktionierendes Gesamt-Schutzkonzept mit diesem Auftrag aussehen soll und muss.

Frage 10

Wie bewerten Sie die Vorbedingung, dass Frauenzentren durch die regionalen Gleichstellungsbeauftragten befürwortet und als notwendig anerkannt werden müssen (§ 9 Abs. 2)? Welche Konsequenzen könnte diese Prüfung auf die (nicht nur, aber auch politische) Unabhängigkeit der Träger und ihre Arbeit haben?

Das erste Chancengleichheitsförderungsgesetz wurde 2005 beschlossen. Schon in dieser Fassung wurde im § 5 Absatz 2 festgeschrieben, dass die Frauenzentren durch die regionalen Gleichstellungsbeauftragten befürwortet und als notwendig anerkannt werden müssen.

Insofern werden sich die Frauenzentren zu dieser Frage sicherlich äußern.

Mit freundlichen Grüßen

Vorstand LAG Jungen- und Männerarbeit Thüringen e.V.

Jena, 16.08.2023

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes - Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes, Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, Drs. 7/8244											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</p> <p><small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small></p>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">SISTERS</td> <td style="padding: 5px;">e.V.</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Postfach 150134</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">70075 Stuttgart</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	SISTERS	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Postfach 150134	Postleitzahl, Ort	70075 Stuttgart
	Name	Organisationsform									
	SISTERS	e.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Postfach 150134									
Postleitzahl, Ort	70075 Stuttgart										
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?</p> <p><small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small></p>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"></td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes - Ausbau und Förderung von Einrichtungen & Angeboten des Gewaltschutzes - Drucksache 7/8244 -		
1.	Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
		LAG Thüringer Frauenhäuser & Frauenschutzwohnungen
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Frauenhaus Meiningen
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Postfach 100 231
	Postleitzahl, Ort	98602 Meiningen
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG) nein	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Schule & Beratung für weibliche Betroffene von häuslicher Gewalt oder Stalking	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	- Empfehlungen aus Praxis Sicht vor allem zu den §§ 4, 5, 6 - Beantwortung der Fragen der CDU	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Meiningen, 18.8.23	



LANDEsarbeitsGEMEINSCHAFT
DER THÜRINGER FRAUENHÄUSER
UND FRAUENSCHUTZWOHNUNGEN

Stellungnahme der Landesarbeitsgemeinschaft Thüringer Frauenhäuser und Frauenschutzwohnungen zum Ersten Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes

Die Landesarbeitsgemeinschaft Thüringer Frauenhäuser und Frauenschutzwohnungen begrüßt und befürwortet den Entwurf zum Ersten Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes - Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes.

Das Gesetz hat unter Anderem das Ziel, die Artikel 22 und 23 der Istanbul-Konvention umzusetzen, so wie es auch der Thüringer Landtag am 6. Mai 2021 beschlossen hat. Hierzu sind in dem neuen Gesetzesentwurf neben einem Rechtsanspruch von betroffenen Frauen und deren Kindern auf Aufnahme in einem Frauenhaus oder Frauenschutzwohnung auch die Qualität und Finanzierung der Frauenhäuser sowie die Vorhaltepflcht in jedem Kreis und kreisfreier Stadt in Thüringen definiert.

Erst vor Kurzem wurde das Lagebild Häusliche Gewalt veröffentlicht, nach dem die Zahl der Opfer von Häuslicher Gewalt lag im Jahr 2022 bei 240.547 Opfern lag und ist damit um 8,5 Prozent im Vergleich zum Jahr 2021 gestiegen ist. Dies spiegelt sich auch in Thüringen wieder, die Frauenhäuser und Schutzwohnungen in Thüringen sind übevoll. Dies alles steht im diametralen Gegensatz zu der Tatsache, dass sich seit 2008 die Anzahl der Familienplätze (ein Familienplatz entspricht dem Platz für eine Frau und 1,5 Kinder) massiv von 100 auf 66 Familienplätze reduziert hat. Dies alles hat zur Folge, dass viele Thüringer Frauen und Kinder keine wohnortnahen Schutzplätze finden oder aber diese nicht bezahlen können und mit ihrer Situation allein gelassen werden.

Die Landesarbeitsgemeinschaft Thüringer Frauenhäuser und Frauenschutzwohnungen sieht in dem vorliegenden Gesetzesentwurf ein wirksames Instrument zur Umsetzung der Artikel 22 und 23 der Istanbul-Konvention und geht davon aus, dass sich damit die prekäre Situation der Thüringer Frauenhäuser und Frauenschutzwohnungen und somit auch der schutzsuchenden Frauen und Kinder deutlich verbessern wird.

Zum Entwurf selbst hat die Landesarbeitsgemeinschaft Thüringer Frauenhäuser und Frauenschutzwohnungen folgende Anmerkungen:

Zu Artikel 1

§ 4 Abs. 2/§ 6 Abs. 4

Wir befürworten den Anspruch, allen Frauen unabhängig von einer Behinderung oder Erkrankung einen sicheren Platz zur Verfügung zu stellen. Aus diesem Grund ist aus unserer Sicht ein barrierefreier Zugang zu unseren Schutzeinrichtungen anzustreben. Die Umsetzung dieses Anspruches stellt jedoch speziell die Häuser vor große Herausforderungen, deren Bausubstanz oder deren Vermieter einen barrierefreien Umbau nicht zulässt. Die Erfahrung hat gezeigt, dass es bei der Suche nach einem neuen Objekt gerade im ländlichen Raum sehr schwer ist, alle benötigten Merkmale (gute Infrastruktur und öffentliche Anbindung, barrierefreies Gebäude in ausreichender Größe und Raum-Aufteilung, Sicherheit etc.) miteinander zu vereinen. Darüber hinaus ist es dringend erforderlich, dass die für einen Umbau benötigten Leistungen bezüglich Planung und Bauleitung finanziert werden. Eine Frist von 2 Jahren könnte zum Problem werden und dazu führen, dass Frauenhäuser/Frauenschutzwohnungen nicht mehr gefördert werden.

Die Berücksichtigung der Belange von chronisch erkrankten Frauen mit einer psychischen Erkrankung oder Suchterkrankung kann den Bedürfnissen dieser Personengruppen nur gerecht werden, wenn hierzu eigene Einrichtungen mit einem angemessenen spezifischen Konzept und entsprechendem Fachpersonal (Psychotherapeutinnen, medizinisches Personal, Nacht- und Wochenenddienste) geschaffen werden. Diese sollten entsprechend dem Bedarf gleichmäßig im Land verteilt sein, um eine gute Erreichbarkeit zu gewährleisten.

Kooperationen mit vorhandenen Fachkliniken wären hier wünschenswert. Aus der Praxiserfahrung heraus ist jedoch für uns ersichtlich, dass Fachkliniken mit Personalmangel und damit verbunden Kapazitätsschwierigkeiten zu kämpfen haben und eine sofortige Aufnahme von Frauen mit Sucht- oder psychischen Erkrankungen nicht realistisch ist. Eine weitere Schwierigkeit ist die Mitnahme von Kindern in die Fachkliniken. Eine Kooperation muss von beiden Seiten gewünscht und mit Ressourcen abdeckbar sein.

§ 4 Abs. 3/§ 6 Abs. 4

Wir befürworten eine Orientierung an der Istanbul-Konvention, also 1 Familienplatz á 1 Frau und 1,59 Kinder pro 10.000 Einwohner*innen

§ 5 Abs. 1

Um sicherzustellen, dass alle Frauen sofortigen Schutz erhalten, unabhängig ob das Frauenhaus/Frauenschutzwohnung noch Platz anbieten kann, könnten mehrere Sofortaufnahmestellen geschaffen werden.

§ 5 Abs. 4

Wir empfehlen bezüglich der Qualifikation Fachpersonal mit einem Berufsabschluss als Diplom-Pädagogin oder einem vergleichbaren Magister-, Bachelor- oder Masterabschluss, staatlich anerkannte Diplom-Sozialarbeiterin/Sozialpädagogin oder einem vergleichbaren Bachelor- oder Masterabschluss, bzw. für die Kinderbetreuung den Berufsabschluss einer staatlich anerkannten Erzieherin. Die langjährigen Mitarbeiterinnen der Schutzeinrichtungen sollten Bestandsschutz bekommen.

§ 6

Bei einer nahezu 100% Förderung von Personal- und Sachkosten durch das Land Thüringen ist unbedingt die Möglichkeit der Beantragung von Abschlagszahlungen im ersten Quartal jeden Jahres zu gewährleisten, da erfahrungsgemäß ein Mittelabruf erst nach der Verabschiedung des Landeshaushaltes und damit erst im 2. Quartal erfolgen kann. Das gesamte Budget für ein Quartal kann der Träger eines Frauenhauses/Frauenschutzwohnung jedoch nicht aufbringen.

§ 6 Abs. 2

Wir begrüßen den angeführten Personalschlüssel und sehen ihn als auskömmlich an. Für gesonderte Einrichtungen für Frauen mit spezifischen Bedarfen, benötigt es zusätzliches Fachpersonal. (siehe Anmerkung §4 Abs. 2)

§ 6 Abs. 3

Neben den in der Begründung zum Gesetzentwurf genannten Sach- und Unterhaltungskosten sollte der in allen Häusern dringend benötigte PKW bezüglich Anschaffung und Unterhaltung berücksichtigt werden, umso mehr, wenn eine mobile Beratung eingerichtet wird oder ist. Zusätzlich benötigt ambulante Beratung öffentlich zugängliche Beratungsräume, deren Miete, Unterhaltung und Ausstattung bei den Sachkosten Berücksichtigung finden muss.

§ 6 Abs. 5

Die in der in der Begründung zum Gesetzentwurf genannten Kosten sollten in einer entsprechenden Richtlinie zur Umsetzung des Gesetzes für alle Schutzeinrichtungen Anwendung finden. Darüber hinaus sind bei Umbaumaßnahmen für die Erlangung der Barrierefreiheit die Kosten für Bauplanung und Bauleitung zu berücksichtigen.

Zu Artikel 2:

Die 24-stündige Rufbereitschaft (§ 6 Abs. 2, Punkt 5) ist ein notwendiges Qualitätsmerkmal der Frauenhausarbeit um betroffene Frauen und ihre Kinder 24/7 aufnehmen zu können. Eine Finanzierung dieser Bereitschaft ist aus unserer Sicht sofort sicherzustellen. Das Inkrafttreten des §6 Abs.2 Nummer 5 zum 01.01.2027 ist daher zu spät.



LANDESGEMEINSCHAFT
DER THÜRINGER FRAUENHÄUSER
UND FRAUENSCHUTZWOHNUNGEN

Beantwortung des Fragenkataloges der CDU zum Ersten Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes durch die Landesarbeitsgemeinschaft Thüringer Frauenhäuser und Frauenschutzwohnungen

Zu Frage 1.:

Spezialisierte Angebote, die durch momentan vorhandene Angebote nicht abgedeckt werden, wie z.B. Schutzeinrichtung für Hochrisiko, Prostitution, Menschenhandel, Zwangsverheiratung, sexualisierte Gewalt sind im Gesetz nicht berücksichtigt.

Zu Frage 2.:

Wir sehen keine Alternative dazu, die Frauenhäuser in die Zuständigkeit des Landes zu übertragen. Da häusliche Gewalt jedoch ein gesamtgesellschaftliches Problem ist, sollten sowohl die Bundesrepublik als auch die Thüringer Kommunen finanzielle Verantwortung mit übernehmen.

Zu 3.

Die Frauenhäuser benötigen eine einzelfallunabhängige, verlässliche und auskömmliche Finanzierung, die nicht tagessatzfinanziert ist und ohne Selbstbeteiligung der Betroffenen. Der Bedarf an Personal- und Sachkosten sollte sich dabei an den Qualitätskriterien der FHK orientieren und den örtlichen Gegebenheiten (z. Bsp. bei den Mietpreisen) Rechnung tragen. Die in § 6 Abs. 2 dargelegten Personalkosten sehen wir als auskömmlich an. Die zu finanzierenden Sachkosten sollten sich ebenfalls an den genannten Qualitätsempfehlungen orientieren. Darüber hinaus verweisen wir auf unsere Stellungnahme. Die auskömmliche Finanzierung der ambulanten Fachberatungsstellen muss mitberücksichtigt werden.

Zu Frage 4.

Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen ist aus unserer Sicht ein wesentlicher Baustein zum Erreichen des Zieles der Gleichstellung der Geschlechter. Damit ist aus unserer Sicht die Kombination beider Themen in einem Gesetz angemessen.

Zu 5.

Gender-Mainstreaming ist das Bestreben, alle Geschlechter bei Entscheidungen zu berücksichtigen. Dies ist zu begrüßen. Bei der Umsetzung des Gesetzes sollte eine eindeutige Definition des Begriffes zugrunde gelegt werden.

Zu 6. und 7.

Im Gegensatz zur Istanbul Konvention ist diese Definition nicht präzise genug, sodass wir zu den Auswirkungen auf das Hilfesystem keine Aussage treffen können.

Zu 8.

Die Definition und die Ausgestaltung von angemessenen Sach- und Unterhaltskosten gemäß den Qualitätsempfehlungen der Frauenhauskoordinierung erwarten wir in einer entsprechenden Verordnung, eine Orientierung hierzu gibt die Begründung des Gesetzentwurfes. Die Kosten sollten sich dabei an der Anzahl der Familienplätze sowie den individuellen Gegebenheiten orientieren.

Zu 9.

Momentan erfolgt bei jedem Förderantrag die Beantwortung von trägerspezifischen Fragen. Wir gehen deswegen davon aus, dass aktuell eine jährlich Anerkennungsprüfung stattfindet. Eine Überprüfung alle 5 Jahre ist deshalb kein Problem, sondern eine Erleichterung.

In den Anerkennungsvoraussetzungen ist für uns keine politische Einflussnahme sichtbar.



Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes - Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/8244 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>liberale Frauen Thüringen</td> <td>Gliederung der liberalen Frauen e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Liebknechtstraße 16a</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99085 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	liberale Frauen Thüringen	Gliederung der liberalen Frauen e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Liebknechtstraße 16a	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	99085 Erfurt
Name	Organisationsform										
liberale Frauen Thüringen	Gliederung der liberalen Frauen e.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Liebknechtstraße 16a										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort	99085 Erfurt										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Die liberalen Frauen stehen zum Grundgesetz und den darin verankerten Werten. Wir verteidigen diese und fordern von jedem einzelnen sich dazu zu bekennen. Wir setzen uns für die Verwirklichung des Art. 3 Abs 2 BGG ein.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Thüringen benötigt mehr Frauenhausplätze und generell mehr Gewaltschutzräume für die betroffenen von geschlechtsspezifischer Gewalt. Dabei darf Perfektionismus bei den Standards nicht den Ausbauziel im Wege stehen. Der vorliegende Gesetzesentwurf verfolgt die richtige Intention, birgt aber das Risiko durch zu hohe Standards und Anforderungen sein eigenes Ziel zu konterkarieren.	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Jena, 14.8.23	

THÜR. LANDTAG POST
18.08.2023 09:54

21409/23



Liberale Frauen Thüringen

Liebknechtstr. 16 a
99085 Erfurt

An den Thüringer Landtag
Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

- per E-Mail -

Erfurt, den 18.08.2023

Stellungnahme der Liberalen Frauen Thüringen zum Ersten Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleich- heitsfördergesetzes im Anhörungsverfahren gemäß §79 Geschäfts- ordnung des Thüringer Landtags

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen der Liberalen Frauen Thüringen möchte ich mich für die Möglichkeit der Abgabe einer Stellungnahme bedanken. Wir kommen dieser sehr gerne hiermit nach. Grundsätzlich begrüßen die Liberalen Frauen die Fortschreibung des Gleichstellungsgesetzes. Da der Landtag sich schon vor einiger Zeit vorgenommen hat, die Istanbul-Konvention auch in Thüringen umzusetzen ist es überfällig dieses Gesetz anzupassen.

"Thüringen benötigt mehr Frauenhausplätze und generell mehr Gewaltschutzräume für die von geschlechtsspezifischer Gewalt Betroffenen. Dabei darf Perfektionismus bei den Standards nicht dem Ausbauziel im Wege stehen. Der vorliegende Gesetzentwurf verfolgt die richtige Intention, birgt jedoch das Risiko, durch zu hohe Standards und Anforderungen sein eigenes Ziel zu konterkarieren."

Im Einzelnen bedeutet das:

Zu § 3 ist anzumerken, dass von „Männer und Frauen“ die Rede ist – hier wäre es sinnvoll die Formulierung auf „alle Geschlechter“ auszuweiten, zum einen weil gerade Menschen jenseits des binären Geschlechtersystems stark von Diskriminierung und Gewalt betroffen und andererseits, weil sich der Landtag selbst vorgenommen hat dies zu tun (vgl. Drucksache 7/1138 „Geschlechtervielfalt anerkennen und schützen...“)

Zu §4 ist anzumerken, dass hier eine Überforderung der Schutzeinrichtung vermieden werden muss, insbesondere in

(2) wird verpflichtend verlangt, dass auf „religiösen, weltanschaulichen und sozokulturellen“ Bedürfnissen entsprochen werden muss. Dies ist zwar wünschenswert, birgt aber die Gefahr, dass dies nicht geleistet werden kann von den Einrichtungen und so die Finanzierung verloren geht. Das hätte zur Folge, dass das Ziel des Gesetzes, mehr Gewaltschutzräume zu bieten, konterkariert wird.

(5) dass eine 24-Stunden-Rufbereitschaft gerade für kleine Einrichtungen schwer in der Praxis zu leisten ist. Hier sollte auf eine „Soll“-Bestimmung gewählt werden, damit nicht durch Schwierigkeiten bei der Personalsuche eine Einrichtung komplett ihre Finanzierung verliert,

Zweifelsohne sind hohe Standards für Schutzeinrichtungen ein hehres Ziel, zu hohe Standards können aber auch Hürden für den Ausbau der Gewaltschutzinfrastruktur bedeuten.

Zu §5 (1)

Es ist ausdrücklich zu begrüßen, dass Personen unabhängig vom Wohnort aufzunehmen sind.

Zu §6

Es ist richtig, dass die Schutzeinrichtungen durch das Land finanziert werden.

Zu den Fragen der Fraktion der CDU – es wird eine Auswahl beantwortet

1. Siehe oben
2. Bisher sind Frauenhäuser freiwillige Leistungen der Kommunen, was zur Folge hat, dass es lediglich in 12 von 21 Landkreisen und kreisfreien Städten überhaupt Schutzräume gibt. Gewaltschutz muss aber unabhängig der finanziellen Situation der Kommune gegeben sein.
3. –
4. Da beides in die Zuständigkeit der regionalen Gleichstellungsbeauftragten fällt, ist dies ein gangbarer Weg. Getrennte Gesetze wären aber auch möglich
5. Gender-Mainstreaming ist kein klar definierter Begriff und es hat sich auch schon gezeigt, dass unter diesem Label Maßnahmen durchgeführt wurden, die der Gleichstellung der Geschlechter entgegenwirken. Aus diesem Grund sollte dieser Begriff nicht ohne genauere Definition eine Förderung begründen (dieser Absatz sollte gestrichen oder umformuliert werden)
6. Siehe oben
7. Frauen, die von den genannten Formen der Gewalt betroffen sind, sind schutzbedürftig es erscheint nicht zweckmäßig hier eine engere Definition zu wählen aus Sorge vor Überforderung.
8. Diese sollte näher definiert werden, insbesondere in Hinblick auf die Standards aus §4 – um einerseits die Kosten nicht unkontrolliert zu steigern und andererseits zu vermeiden, dass aufgrund der hohen Ansprüche eine Einrichtung gar nicht erst zustande kommt.
9. Grundsätzlich ist eine Prüfung in einem angemessenen Zeitraum sinnvoll. Zu berücksichtigen ist allerdings der damit verbundene Aufwand auf Seiten des Ministeriums und der Träger. Vor dem Hintergrund des latenten Personalmangels auf beiden Seiten sollte hier ein längerer Abstand gewählt werden.
10. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Frauenzentren und Gleichstellungsbeauftragten in einer Region ist unabdingbar für das Erreichen der Ziele des o.s. Gesetzes. Gleichzeitig muss auch berücksichtigt werden, dass die Stelle einer Gleichstellungsbeauftragten vakant sein kann. In diesem Fall muss auch ein Frauenzentrum existieren können. Außerdem sollte eine Gleichstellungsbeauftragte nicht allein über wohl und wehe eines Frauenzentrums entscheiden können. Aus liberaler Sicht ist es auch unerlässlich, dass Frauenzentren nicht nur parteiunabhängig sind, sondern sich auch klar zur freiheitlich demokratischen Grundordnung und dem Grundgesetz bekennen. Insbesondere eine gute Zusammenarbeit mit Polizei und Ordnungskräften ist für eine Tätigkeit im Gewaltschutz wichtig.

Mit freundlichen Grüßen für den Vorstand der liberalen Frauen Thüringen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetz – Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/8244 -		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>	
	Name	Organisationsform
	Katholisches Büro Erfurt Kommissariat der Bischöfe in Thüringen	KdöR
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Herrmannsplatz 9
	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Vertretung der Katholischen Kirche beim Thüringer Landtag und der Thüringer Landesregierung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Diverse Konkretisierungs- und Ergänzungsvorschläge bei grundsätzlicher Zustimmung zum Ziel des Gesetzentwurfes	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

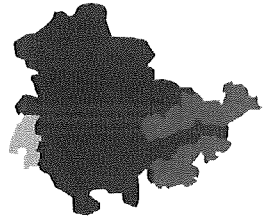
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? <small>(§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetelldokG)</small>	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 23.08.2023	

KATHOLISCHES BÜRO ERFURT

Kommissariat der Bischöfe in Thüringen



Katholisches Büro | Postfach 800662 | 99032 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und
Gleichstellung
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
23.08.2023 17:34

21857/23

Bistum Erfurt
Bistum Dresden-Meißen
Bistum Fulda

Ordinariatsrat

Anschrift:
Herrmannsplatz 9 | 99084 Erfurt

Diensträume:
Michaelshaus
Stiftsgasse 4a | 99084 Erfurt

Kontakt:
Telefon 0361 6572-214
Fax 0361 6572-217
E-Mail kath.buero@bistum-erfurt.de

Stellungnahme zum Ersten Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes – Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

herzlich danke ich Ihnen für die Möglichkeit, zu o.g. Regelungsvorhaben die Auffassung der Katholischen Kirche in Thüringen vortragen zu können.

Grundsätzlich begrüßen wir die wesentlichen Inhalte des Gesetzentwurfes, insbesondere die Einführung einer Vorhaltepflcht von Gewaltschutzeinrichtungen in allen Thüringer Landkreisen und kreisfreien Städten auf Grundlage der Istanbul-Konvention.

Zu diesem Zweck soll das bestehende Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetz erweitert werden. Dort ist bereits heute die Förderung von Frauenhäusern und Frauenschutzwohnungen rechtlich geregelt. Jedoch erscheint der Titel des Gesetzes mindestens nach der nun beabsichtigten Neufassung nicht mehr passend. Chancengleichheit und Gewaltschutz beschreiben letztlich zwei unterschiedliche staatliche Aufgabenfelder. Daher sollten Sie erwägen, den Titel des Gesetzes z.B. in „Thüringer Gesetz zur Förderung der Chancengleichheit und zum Schutz vor Gewalt“ zu ändern.

Zu den Bestimmungen im Einzelnen:

§ 2 Finanzierung und Förderung der gesetzlichen Aufgabenerfüllung

Hier wird nicht ausreichend deutlich, welche gesetzlichen Bestimmungen gemeint sind. Für Klarheit könnte die Übernahme der Formulierungen aus der Gesetzesbegründung sorgen.

§ 3 Förderung von Gleichstellungsmaßnahmen

Die Bezeichnung dieses Paragraphen passt nicht zur Aufzählung in Absatz 1; auch hier sollte der Gewaltschutz schon in der Überschrift enthalten sein. Auf geeignete Weise – ggf. durch Verweise auf die einschlägigen rechtlichen Regelungen

Erfurt, den 22. August 2023

– sollte verdeutlicht werden, dass einige der hier beschriebenen Aufgabenbereiche in anderen Gesetzen, Verordnungen und Richtlinien verankert sind.

Der in Absatz 1 Nr. 4 verwendete Begriff der „Familienpause“ erscheint unpassend, da eine Pause eher eine Erholungsunterbrechung beschreibt. Dies kann auf Zeiten der Kindererziehung oder der Pflege von Angehörigen wohl kaum angewendet werden. Besser sollte hier formuliert werden: „... beruflichen Wiedereingliederung nach Zeiten der Familienarbeit“.

Interessant ist, dass bereits in der ursprünglichen Fassung des Gesetzes von 2015 die Umsetzung des „Gender-Mainstreamings“ als Ziel formuliert wurde, obwohl der Begriff damals im deutschen Sprachraum noch wenig geläufig war. Auch wenn dieser sozialwissenschaftlich hilfreiche Fachterminus weiterhin an dieser Stelle seine sachliche Berechtigung haben dürfte, sollte überlegt werden, hier eher von „der Berücksichtigung des Geschlechterverhältnisses in allen sozialen Bereichen“ (o.ä.) zu sprechen, um eine sprachliche Klarheit zu erreichen.

Nach Absatz 2 sind nur Organisationen, die ihren Sitz in Thüringen haben, antragsberechtigt. Hier möchte ich zu bedenken geben, dass dies im Ausnahmefall eine Behinderung mancher Thüringer Träger darstellen könnte. Das Territorium des von mir vertretenen Bistums Fulda und der Wirkungsbereich seines Caritasverbands beispielsweise dehnt sich auch auf den Freistaat Thüringen aus, obwohl die entsprechende Körperschaft ihren Sitz in Hessen hat.

§ 4 Schutzeinrichtungen – Anspruchsberechtigte und Einrichtungsstandards

In Absatz 5 wird eine 24-Stunden-Rufbereitschaft festgelegt, was sicherlich grundsätzlich sinnvoll ist. Wegen des hierfür notwendigen erheblichen Personalaufwandes sollte an dieser Stelle auch die Möglichkeit zu Kooperationen zur Sicherstellung der Erreichbarkeit eingeräumt werden.

§ 5 Schutzeinrichtungen – Aufnahmeanspruch, Aufgaben und Personal

Hier sollte klargestellt werden, welche Kosten die Schutzsuchenden ggf. zu tragen haben oder ob die Angebote grundsätzlich kostenfrei vorzuhalten sind.

Der Aufgabenkatalog in Absatz 3 sollte um folgende Punkte ergänzt werden: Beratung und Betreuung der im Haus lebenden Kinder, Sicherstellung der 24-Stunden-Rufbereitschaft, Prävention und Fortbildung.

§ 6 Schutzeinrichtungen – Aufgabenfinanzierung und Vorhaltepflcht

Die Auflistung der erstattungsfähigen Personalkosten in Absatz 2 wirkt sehr statisch. Möglicherweise ist es besser, diese Fragen auf dem Verordnungsweg zu konkretisieren. Die mobile und ambulante Beratung sollte vom entsprechenden Träger auch losgelöst von der Schutzeinrichtung durchgeführt werden können.

Die Formulierung im Absatz 3 sollte noch einmal überprüft werden, damit wirklich alle für den Betrieb der Schutzeinrichtungen notwendigen Ausgaben erfasst sind und es im Gesetzesvollzug nicht zu ungewünschten Ausschlüssen kommen kann.

Die Bemessung der vorzuhaltenden Einrichtungsplätze bleibt durch die gewählte Formulierung unklar. Positiv ist zwar die Verpflichtung zu einer Mindestausstattung pro Landkreis und kreisfreier Stadt, um wie viel diese jedoch aufgrund der Einwohnerzahl anzuheben ist, ist nicht festgeschrieben. Auch sollte überlegt werden, besondere Faktoren zu berücksichtigen. So ist anzunehmen, dass in den größeren Städten der Bedarf grundsätzlich höher ausfällt, da hier potenziell mehr Angehörige vulnerabler Gruppen anzutreffen sind. Wenig realistisch dürfte das Erfordernis der Barrierefreiheit sein. Hierzu sollte es in der zugehörigen Verordnung nicht nur eine Übergangsregelung, sondern auch eine Ausnahmemöglichkeit geben.

In Absatz 6 wird festgeschrieben, dass landesweit mindestens eine barrierefreie Schutzwohnung für nicht weibliche Personen vorgehalten werden muss. Dies wird unsererseits als nicht ausreichend eingeschätzt.

Zu den Schutzeinrichtungen fehlt im Gesetzentwurf bisher eine explizite Verordnungsermächtigung, es sei denn § 7 Abs. 4 bezieht sich auch auf die §§ 4 bis 6.

§ 8 Anerkennung der Träger

In Absatz 1 sollte spezifiziert werden, welche Anforderungen genau durch den potenziellen Träger zu erfüllen sind. Ferner wünschen wir uns eine Formulierung, die verdeutlicht, dass das Land auch in diesem Bereich an einer Trägervielfalt interessiert ist; analog z.B. zur Regelung in § 2 Thüringer Schwangerschaftskonfliktgesetz.

§ 9 Förderung von Frauenzentren

Die spezifische Erwähnung der Frauenzentren in diesem Gesetz scheint zwar thematisch passend, wirkt aber rechtssystematisch irreführend, da die materielle Rechtsgrundlage der Förderung der Frauenzentren nicht in diesem Gesetz, sondern im Thüringer Familienförderungssicherungsgesetz verankert ist, wie der Absatz 4 richtig feststellt.

Zudem erscheint der Begriff „parteionabhängig“ in Absatz 1 unpassend und sollte gestrichen werden. Es reicht sicherlich aus, wenn verlangt wird, dass ein Frauenzentrum selbstverständlich allen Frauen offenstehen muss.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich hoffe, diese Anmerkungen bereichern Ihre weitere Diskussion. Über eine Berücksichtigung würden wir uns freuen.

Mit freundlichen Grüßen

Ordinariatsrat

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes - Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/8244 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Beauftragte der Landesregierung c/o THASAFF</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Wern-Seelenbinder-Str. 6</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>↓</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Beauftragte der Landesregierung c/o THASAFF	Geschäfts- oder Dienstadresse	Wern-Seelenbinder-Str. 6	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	↓	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
	Name	Organisationsform									
		Beauftragte der Landesregierung c/o THASAFF									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Wern-Seelenbinder-Str. 6									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	↓									
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Gleichstellungsarbeit und Gewaltschutz	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Zustimmung zum GE, insbesondere Intensivierung der Bereitstellung zusätzlicher Schutzräume + qualifizierten Personals, Verbesserung des Gewaltschutzes	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu ? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erwt. 28.8.2023	

THÜR. LANDTAG POST
24.08.2023 09:03

2188/11 2023



Die Beauftragte für die
Gleichstellung von
Frau und Mann

Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie
Postfach 90 03 54 · 99106 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesund-
heit, und Gleichstellung
Jürgen Fuchs-Str 1
99096 Erfurt

**Thüringer Gesetz zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern und zur Förderung von Frauenhäusern
(Thüringer Chancengleichheitsfördergesetz)**

Beantwortung der vom Ausschuss beschlossenen Fragen der CDU im Rahmen der Anhörung zu DS Nr. 7/8244

Erfurt, 23.08.2023

Frage 1:

Welche weitergehenden und inhaltlichen Änderungen der Regelungen vermissen Sie im Gesetzentwurf?

Antwort:

Bei den Interventionsstellen könnte ebenfalls der Verwaltungsaufwand durch eine personelle Unterstützung verringert und die fachliche Arbeit erleichtert werden.

Beratungsstellen für Betroffene sexualisierter Gewalt und mobile oder aufsuchende Beratung könnten auch unabhängig von Frauenhäusern aufgebaut werden.

Die in § 6, Abs. 2, Satz 6 erwähnten zusätzlichen Kosten für die Bereitstellung einer qualifizierten 24-Stunden-Betreuung für individuelle Sonderbedarfe könnte auch im gleichen Paragraphen in Abs. 4 dahingehend verankert werden, dass das Ziel deutlich wird, mindestens ein Frauenhaus so weiterzuentwickeln, dass es dort grundsätzlich eine Rund-um-die-Uhr-Betreuung gibt und somit auch – z.B. – Frauen mit Suchterkrankungen, psychischen Erkrankungen oder auch Pflegebedürftige aufgenommen werden können.

Frage 2:

Welche Alternativen zur hier vorgeschlagenen Lösung, die Frauenschutzhäuser in die Zuständigkeit des Landes zu übertragen sehen Sie? Welche Vor- und Nachteile hat aus Ihrer Sicht die vorgetragene Lösung?

Antwort:

Die vorgeschlagene Lösung dient dem übergeordneten Ziel, gleiche Schutzverhältnisse in Thüringen herzustellen und möglichst für alle von Gewalt betroffenen Frauen oder anderer von häuslicher Gewalt betroffenen Personen



Thüringer Ministerium für
Arbeit, Soziales, Gesundheit,
Frauen und Familie
Werner-Seelenbinder-Straße 6
99096 Erfurt

www.thueringer-sozialministerium.de

E-Mail-Adressen dienen im TMSGFF
nur dem Empfang einfacher Mitteilungen
ohne Signatur
und/oder Verschlüsselung.

Die Datenschutzinformation des
TMSGFF können Sie unter
<http://www.thueringen.de/th7/tmsgff/datenschutz/> abrufen. Auf Wunsch über-
senden wir Ihnen eine Papierfassung.

den Zugang zu einer Schutzunterkunft zu ermöglichen. Wenn das Land selbst zuständig ist, kann es sich darum kümmern, dass tatsächlich in jeder Gebietskörperschaft mindestens ein Frauenhaus bereitgestellt wird und dafür eigene Qualitätsstandards erlassen werden. Insofern ist hiermit der Schutzgedanke der Istanbul-Konvention unmittelbarer umzusetzen.

Allerdings werden damit die Kommunen und Landkreise aus der (Mitfinanzierungs-) Verantwortung entlassen, die ihrerseits nach Istanbul-Konvention für den Schutz vor Gewalt zuständig sind und mithin eine soziale Infrastruktur haben, in die die Frauenhäuser bislang schon eingebunden sind oder im Fall der Neugründungen eingebunden werden können. Insofern wäre zu überlegen, ob nicht alternativ zur reinen Landesverpflichtung eine Übertragung der Aufgaben an die Landkreise und kreisfreien Städte im übertragenen Wirkungskreis in Betracht kommt. Über den dabei vorzunehmenden Mehrbelastungsausgleich und die mit der Aufgabenübertragung beim Land verbleibende Fachaufsicht bliebe das Land in der (Mit-)Verantwortung.

Es würde vermutlich etwas länger dauern, bis es tatsächlich in jedem Landkreis ein Frauenhaus gäbe. Allerdings hätte diese Variante den Vorteil, dass die Frauenhäuser unmittelbarer in die kommunalen Netzwerke eingebunden wären und die Zuständigkeit aller staatlichen Ebenen (laut Istanbul-Konvention) – also auch der Kommunen – gewährleistet wäre.

Frage 3:

Welche finanzielle Absicherung ist nötig, um die Arbeit der Frauenschutzhäuser sicherzustellen?

Antwort:

Die derzeit zur Verfügung stehenden Informationen ergeben, dass für die jetzt betriebenen Frauenhäuser und –Schutzwohnungen folgendes Geld ausgegeben wurde:

In 2023 haben 12 Träger einen Antrag auf Landesförderung gestellt. Zuzüglich der Gesamtausgaben für eine Einrichtung, die bis 2021 Landesförderung in Anspruch genommen hat, ergibt sich ein Gesamtbetrag für Sach- und Personalkosten für 13 FH/FSW in Höhe von 2,5 Mio EUR. Der Anteil Landesmittel an diesen Gesamtausgaben beträgt 828.373,00 EUR. (Die restliche Summe setzt sich u.a. aus Nutzungsentgelten, Spenden etc. zusammen.)

In diesen 13 Einrichtungen werden insgesamt 150 Plätze vorgehalten. Eine Unterscheidung nach Plätzen für Frauen oder Kinder erfolgt nicht. (Mit den nicht vom Land geförderten Einrichtungen sind es insgesamt 171 Plätze.)

Die konkreten Ausgaben der Kommunen und Landkreise für die jetzt existierenden Frauenhäuser beliefen sich im Jahr 2021 auf rund 1.345.000 Euro (nachzulesen in der Antwort zur Kleinen Anfrage „Situation der Frauenhäuser im Jahr 2021 in Thüringen“ (Drs.7/5177)).

Zu diesen bereits existierenden Frauenhäusern kommen nach GE zum einen fünf neue Häuser und zum anderen sollen alle Häuser mit mehr Personal ausgestattet werden, um mehr gewaltbetroffene Frauen und andere von häusliche Gewalt betroffene Personen deutlich besser schützen zu können. Es ist also davon auszugehen, dass sich die Sach- und Personalkosten perspektivisch mindestens verdoppeln. (Dies wird voraussichtlich noch nicht in 2024 der Fall sein, da für neue Häuser erst Träger und Immobilien gefunden werden, Konzepte zu erstellen sind erstellt und das dafür notwendige Fachpersonal auszuschreiben und einzustellen ist.)

Ein weiterer Kostenfaktor wird darüber hinaus die Finanzierungsregelung in § 6 Abs. 5 GE sein, wonach das Land auch für nicht in seinem Eigentum befindliche Gebäude Bewirtschaftungs- und Instandhaltungskosten und lt. Begründung für sog. Anschaffungskosten aufkommen soll. Hierzu zählen lt. Begründung neben Miet- und Mietnebenkosten auch Sanierungs-, Renovierungs- und Investitionskosten. Letztere Kosten obliegen jedoch dem Grundstückseigentümer der Immobilie und sollten daher mindestens durch eine verbindlich zu vereinbarende Nutzungsdauer durch eine Gewaltschutzeinrichtung abgesichert werden (siehe vergleichbar Bundesinvestitionsprogramm „Gemeinsam gegen Gewalt“).

Frage 4:

Wie bewerten Sie die Kombination von Gleichstellung und der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen entsprechend der Istanbul-Konvention in einem einzigen Gesetzentwurf?

Antwort:

Gewalt gegen Frauen ist kein individuelles Problem eines einzelnen Mannes gegen eine einzelne Frau, sondern bettet sich in familiäre und gesellschaftliche Bezüge ein, in denen Menschen schon zuvor Gewalt erfahren haben, in denen sich Macht- und Ohnmachtsverhältnisse in Familien und zwischen den Geschlechtern widerspiegeln, in denen sich fehlende Hilfs- und Unterstützungsangebote, mangelnde Bildungschancen, ökonomische Abhängigkeiten individuell auswirken.

So, wie die Entstehung von Gewalt keine rein individuelle Angelegenheit ist, ist es ihre Bekämpfung sowie der Ausweg für Frauen aus gewaltgeprägten Beziehungen auch nicht. Nicht jede gleichstellungspolitische Maßnahme muss oder kann der Bekämpfung von Gewalt dienen. Aber Maßnahmen, z.B. zur Selbstermächtigung von Frauen, für ihre Weiterbildung, ihre beruflichen Chancen, Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit z.B. auch einer Alleinerziehenden-Familie mit beruflichen Anforderungen etc. öffnen Türen, um sich der Gewaltsituation zu entziehen.

Artikel 1, Nr. 1b der Istanbul-Konvention führt aus: Zweck des Übereinkommens ist es „einen Beitrag zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung

der Frau zu leisten und eine echte Gleichstellung von Frauen und Männern, auch durch die Stärkung der Rechte der Frauen, zu fördern“. Insofern ist die Kombination beider Aspekte auch im Sinne der Istanbul-Konvention in einem Gesetzentwurf sehr sinnvoll.

Frage 5:

Wie bewerten Sie die Förderung von Maßnahmen, die dem Gender-Mainstreaming dienen sollen (§ 3 Abs. 1 Nr. 6) im Rahmen dieses Gesetzentwurfes?

Antwort:

Hier verweise ich auf die Antwort zu Frage 4. Auch Maßnahmen, die dem Gender-Mainstreaming dienen, verringern das Einfluss- und Machtgefälle zwischen Frauen und Männern und ermöglichen somit Frauen ein unabhängigeres Leben, was auch heißen kann: unabhängig von einem gewalttätigen Partner.

Ein klassisches Beispiel von Gender Mainstreaming ist die Anwendung auf die Verkehrspolitik. Wenn man die unterschiedlichen Nutzungsbedingungen von Verkehrsmitteln durch Männer und Frauen ansieht wird klar, dass individuelle Autonutzung mehr von Männern sowie die Nutzung von öffentlichen Nahverkehr verstärkt durch Frauen in Anspruch genommen wird. (Vorausgesetzt, es gibt überhaupt ein ÖPNV-Angebot, das in Anspruch genommen werden kann.)

Dies kann für den Gewaltschutz von zentraler Bedeutung sein, wenn gewährleistet werden muss, dass z.B. im ländlichen Raum eine Frau auch dann eine Gewaltschutzeinrichtung erreichen kann, wenn sie nicht über ein eigenes Auto verfügt.

Frage 6:

Wie bewerten Sie die in § 4 Abs. 1 formulierte Definition von Gewalt und welche Auswirkungen dieser Definition auf die praktische Umsetzung in den Einrichtungen des Gewaltschutzes erwarten Sie?

Antwort:

Die Definition von Gewalt entspricht der in der Istanbul-Konvention erfolgten Definition (Art. 3), die durch die Bundesrepublik Deutschland ratifiziert und somit als Grundlage des staatlichen Handelns auf allen staatlichen Ebenen – also auch der des Landesgesetzgebers – verbindlich festgelegt ist. Die Einrichtungen des Gewaltschutzes werden sich in diesem Sinn weiterentwickeln, wenn ihnen dafür die entsprechenden personellen und finanziellen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Im Übrigen hat sich der Landtag mit Zustimmung der CDU am 6.5.2021 in seinem Beschluss 7/3301 ebenfalls konkret auf die Istanbul-Konvention bezogen.

Frage 7:

Mit welchem Betroffenenkreis rechnen Sie insbesondere bei Frauen, die nach § 4, Abs. 1 „außerhalb von Paar-, Familien- oder vergleichbaren Beziehungen im sozialen Nahraum“ von „psychischer, physischer, ökonomischer und/oder sexualisierter Gewalt“ betroffen sind? Inwieweit halten Sie eine Überforderung des existierenden Hilfesystems angesichts dieser Definition für wahrscheinlich?

Antwort:

Grundsätzlich sind nach Istanbul-Konvention alle Frauen und Mädchen zu schützen, die von Gewalt betroffen sind. Im Übrigen sollte es auch der Anspruch jeder staatlichen Ebene sein, dass in ihrem Verantwortungsbereich diejenigen Schutz erfahren, die Gewalt erleiden müssen. Hierbei wird es auch in Zukunft eine anspruchsvolle Aufgabe sein, zwischen den staatlichen Ebenen und innerhalb der Gewaltschutznetzwerke sowie all jener, die mit gewaltbetroffenen Frauen, sowie von häuslicher Gewalt betroffenen Männer arbeiten, die richtigen Maßnahmen zu finden, mit denen der bestmögliche Schutz gewährleistet werden kann.

Nicht jede betroffene Frau, nicht jeder betroffene Mann braucht eine Schutzunterkunft. In manchen Fällen ist es besser, wenn sie (er) in der eigenen Wohnung bleiben und der Täter (die Täterin) der Wohnung verwiesen wird. Wenn eine Wegweisung eines Gewalttäters aus einer gemeinsamen Wohnung tatsächlich durchgesetzt und kontrolliert wird, hat dies den Vorteil, dass sowohl die Betroffene) ihr vertrautes Wohnumfeld nicht verlassen müssen, sich der Arbeitsweg nicht verlängert und sich insbesondere für in der Familie lebende Kinder Kindergarten- oder Schulweg, der Weg zu ihren Freundinnen und Freunden, zum Sportverein und sonstigen Freizeitaktivitäten nicht ändert. In anderen Fällen ist die Wohnung gar nicht betroffen, so dass es keines Schutzes in einem Frauenhaus bedarf.

Hinsichtlich der Leistungsfähigkeit der Frauenhäuser wird bei der Umsetzung des Gesetzentwurfes ein angemessener Ausbau der Einrichtungen sowie der Plätze entscheidend sein, die mit dem dafür notwendigen Personal auszustatten sind. Hier wird eine Ausführungsverordnung sicher die Realität des Fachkräftemangels berücksichtigen und Übergangszeiträume ermöglichen.

Frage 8:

Wie bewerten Sie die Nichtdefinition der Angemessenheit von Sach- und Unterhaltskosten nach § 6 Abs. 3?

Antwort:

Hier wäre auch eine Formulierung möglich, die besagt, dass die Sach- und Unterhaltskosten finanziert werden, die für den Betrieb einer Schutzeinrichtung notwendig sind.

Frage 9:

Wie bewerten Sie die Anerkennungsprüfung für Träger nach § 7 Abs. 1 durch das Ministerium in Verbindung mit § 8 (insbes. Abs. 3), der eine Prüfung der Anerkennungsvoraussetzung alle fünf Jahre vorschreibt? Welche Konsequenzen könnte diese Prüfung auf die (nicht nur, aber auch politische) Unabhängigkeit der Träger und ihre Arbeit haben?

Antwort:

M.E. geht es nicht um eine umfängliche Prüfung des Trägers in all seinen Facetten, sondern darum, den Träger daraufhin zu überprüfen, ob er in der Lage ist, eine Schutzeinrichtung oder ein Beratungsangebot zu führen. Da sich diese Fähigkeit im Laufe der Zeit verändern kann, ist eine Prüfung in gewissen Abständen sinnvoll. Zumal § 8, Abs. 4 den Bestandsschutz der bereits bestehenden Rechtsverhältnisse sichert. Eine Anerkennung der Einrichtung wäre natürlich auch eine Möglichkeit.

In § 8, Abs. 1 ist geregelt, dass die Träger „die Anforderungen dieses Gesetzes erfüllen“ müssen. Damit ist m.E. die Unabhängigkeit der Träger gewährleistet, es sei denn, ihre Ausrichtung widerspricht dem Ziel dieses Gesetzes.

Frage 10:

Wie bewerten Sie die Vorbedingung, dass Frauenzentren durch die regionalen Gleichstellungsbeauftragten befürwortet und als notwendig anerkannt werden müssen (§9 Abs. 2)? Welche Konsequenzen könnte diese Prüfung auf die (nicht nur, aber auch politische) Unabhängigkeit der Träger und ihre Arbeit haben?

Antwort:

Die Regelung ist nicht neu, sondern bereits in der aktuellen Fassung enthalten. Es müssen auch nur die Frauenzentren durch die regionale Gleichstellungsbeauftragte befürwortet werden, die mit Landesmitteln gefördert werden wollen. Davon unbenommen können auch Frauenzentren ohne Landesförderung entstehen.

Die Auflage einer Befürwortung und Anerkennung als notwendig durch die regionale Gleichstellungsbeauftragte gewährleistet, dass die regionale Gleichstellungsbeauftragte ihrerseits eingebunden ist, über die Förderung solcher Einrichtungen Kenntnis erhält und diese in die fachlich einschlägigen Netzwerke einbeziehen kann. Zudem wird so die Rolle der regionalen Gleichstellungsbeauftragten in den Steuerungsgremien der regionalen Familienförderung gestärkt.

Für das Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ (LSZ), in dem die Frauenzentren über die regionale Familienförderung finanziert werden, ist eine solche integrierte Vorgehensweise durch die Kommunalverwaltung Fördervoraussetzung. Die Unabhängigkeit der Träger bleibt davon unberührt, da der Schwerpunkt der Prüfung auf dem bedarfsorientierten Einsatz der Einrichtungen liegt.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentationsdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

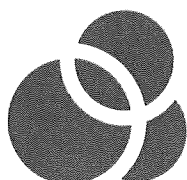
Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes - Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/8244 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Liga Selbstverteidigung Thüringen</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Liga Selbstverteidigung Thüringen</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Anger 19</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Liga Selbstverteidigung Thüringen	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Liga Selbstverteidigung Thüringen	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Anger 19	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
Name	Organisationsform										
Liga Selbstverteidigung Thüringen	e.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Liga Selbstverteidigung Thüringen										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Anger 19										
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	<i>praktische. Interventionsverfahren für Menschen in Belastungen</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, ! <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	<i>Berücksichtigung Barrierefreiheit + deren Finanzierung + Struktur der sachl. Leistungen</i>	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 18.08.2023	



LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

LIGA Selbstvertretung Thüringen e.V. • Anger 19/20 • 99084 Erfurt

Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

LIGA der politischen Interessen- und
Selbstvertretung von Menschen mit
Behinderungen in Thüringen e.V.

Anger 19/20
99084 Erfurt
Tel.: 0361 55068700
Fax: 0361 55068701
E-Mail: info@selbstvertretung-thueringen.de

THÜR. LANDTAG POST
21.08.2023 06:48

21499/2023

Erfurt, den 20.08.2023

Anhörung Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes – Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Einbeziehung zur schriftlichen Anhörung zur Neufassung des o.g. Gesetzes. Wir möchten nachfolgend zum Gesetzentwurf unsere Anmerkungen und die Gedanken dazu nochmals zusammenfassen.

Zu §1

Ziel des Gesetzes

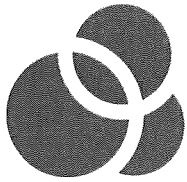
Hier wünschen wir uns den Einbezug der UN Behindertenrechtskonvention, die Diskriminierung ab Artikel 5 thematisiert. Chancengleichheit bedeutet ebenso Einbezug von Teilhabe und Barrierefreiheit in jeglicher Form.

Zu § 4

Wir begrüßen den §4, Abs. 2 Satz 2, der „Folgen einer Behinderung oder einer chronischen Erkrankung (auch psychische oder Suchterkrankung) mit in den Blick nimmt. Unsere Forderung: alle Schutzräume müssen barrierefrei sein und die Vielfalt von Behinderungen abdecken, da sonst u.U. keine geeigneten Schutzräume zur Verfügung stehen. Wenn bspw. nur ein Schutzraum barrierefrei ist – dadurch würde Behinderung zum Ausschluss und zur Diskriminierung führen.

Schutzräume müssen wohnortnah zur Verfügung stehen. Betroffene müssen auch notfalls abgeholt werden können, wenn sie bspw. wegen einer Bewegungseinschränkung ihre Wohnung nicht selbstständig verlassen können.

Zu §4, Abs. 2:



LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

Neben den Betreuungs- und Beratungsangeboten für Kinder sind ebenso die besonderen Anforderungen im Rahmen des Kinderschutzes zu gewährleisten, hier insbesondere des inklusiven Kinderschutzes, wenn Kinder selber von einer Behinderung betroffen sind und der Schutz des Kindes insbesondere auch der Grund für die Flucht in eine Schutz Einrichtung mit darstellt.

Zu §4, Abs. 3:

Auch Familienplätze müssen, wie in §4, Abs. 2, Satz 2 bereits gefordert, barrierefrei sowohl für Eltern mit Behinderungen als auch für Kinder mit Behinderungen sein (unterstreicht, dass alle Plätze barrierefrei sein müssen).

Zu §4, Abs. 4, Satz 3, „Die Barrierefreiheit des Beratungsangebotes ist zu gewährleisten.“:

Dies ist nicht eindeutig gefasst und daher zu unkonkret.

Sowohl das Beratungsangebot am Ort als auch die mobile Beratung muss barrierefrei sein – d.h. Informationen in leichter Sprache oder als Audiodatei, etc.

Zu §4, Abs. 5:

Eine 24h Bereitschaft muss auch „Abholservice“ für Menschen mit Behinderungen anbieten, die aufgrund ihrer Einschränkungen allein das Angebot nicht aufsuchen können.

Zu §5, Abs 3, Satz 1:

Wir bitten um Ergänzung der Beratung von Betroffenen auch durch Peers.

Zu §5, Abs. 4 Fortbildung:

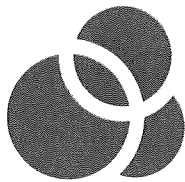
Wir sehen die Einbeziehung von Peers in die Weiterbildung und Begutachtung der Räumlichkeiten durch Barrierescouts oder andere Betroffenenvertreter als essentiell an.

Zu §5, Abs. 4:

Wir fordern, dass die Schutz Einrichtung mit einem Leistungserbringer einen Vertrag abschließen muss, um Menschen mit Behinderung im Notfall geeignete Eingliederungshilfen vor Anpassung eines ITP's zukommen lassen zu können.

Es darf nicht sein, dass Betroffene die Einrichtung nicht aufsuchen können, weil sie dort keine Eingliederungshilfeleistungen bekommen.

Zu §6:



LIGA Selbstvertretung Thüringen

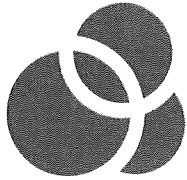
LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

Die Personalkosten müssen angemessen berücksichtigen, wenn Menschen mit Behinderung eine Einrichtung aufsuchen und zudem zusätzlich gesonderte Hilfs- und Kommunikationsbedarfe haben. Dies ist ab dem Zeitpunkt der Aufnahme bereits notwendig und nicht erst zum Zeitpunkt der amtlichen Feststellung. Hier bedarf es in geeigneter Form bereits einer Genehmigungsfiktion, so dass die Schutzeinrichtungen angemessen reagieren können. Auch ist der nachfolgende Antrag, unterstützt durch die Schutzeinrichtungen, innerhalb einer kürzesten Frist bevorzugt umzusetzen, um eine umfassende Hilfestellung zu gewährleisten.

In §7, Abs. 2, Satz 2 bitten wir um Ergänzung der Begriffe Barrierefreiheit und Barrierefreie Kommunikation. Dies betrifft u.a. auch Dolmetscherkosten für Gebärdensprache.

Zum Fragenkatalog

1. Grundsätzlich sollten alle Bevölkerungsgruppen in ein Gesetz zum Gewaltschutz einbezogen werden. Frauen und Männer als einzig aufgeführte mögliche Bevölkerungsgruppe berücksichtigt lediglich konservative Geschlechtsstereotypen. Der Gewalt- und Antidiskriminierungsschutz muss sich auch auf Kinder, Jugendliche und Senioren sowie pflegebedürftige und Menschen mit Behinderungen erstrecken, insbesondere in Gesundheits-, Pflege- und Wohneinrichtungen sowie Sonderarbeitswelten.
Ein explizites Beratungsangebot für Menschen in besonderen Wohnformen und Werkstätten über Gewalt, Beratungsangebot für Pflegenden Angehörige und zu Pflegenden über Gewalt, Angebot zur Sicherstellung der Nutzung von Schutzzentren muss auch aus dem ländlichen Bereich niedrigschwellig zugänglich sein. Des Weiteren sind die strukturellen Benachteiligungen von Rollenbildern, Arbeitszeitmodelle für die Verwirklichung des Erwerbs-Sorgemodells aufzunehmen. Auch der digitale Gewaltschutz findet leider keine Erwähnung. Dieser ist nicht an wohnortnahe Bedingungen gebunden, weshalb der Gewaltschutz nicht nur auf diesen Bereich ausgelegt werden kann. Auch sind Angebote für von digitaler Gewalt Betroffene, z.B. bei Technikberatung und internetspezifischen Fragen vorzuhalten. Da in Thüringen kein spezifisches Ausführungsgesetz des bundesweiten AGG existiert, sind die bundesgesetzlichen Regelungen zur Durchsetzung von Antidiskriminierung einzubinden. Gewalt- und Antidiskriminierungsschutz muss als Querschnittsaufgabe im öffentlichen Bereich definiert werden, da sie in allen Bereichen des Lebens und in allen beruflichen Bereichen umgesetzt werden muss, und gerade dort, wo durch Intersektionalität größere Risiken bestehen. Es besteht laut dem Gesetzesvorschlag keine



LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

Verpflichtung zum Monitoring, um die Umsetzung und deren Stand wirksam zu begleiten bzw. notwendige Strategien weiterzuentwickeln und die Wirksamkeit der Maßnahmen festzustellen. Die Istanbul Konvention und die UN BRK sind in die Jurist*innenausbildung zu implementieren, wie auch in den landesweiten Ausbildungsgängen relevanter Berufe der öffentlichen Verwaltung und Sicherheit und grundsätzlich in öffentlichen Leitungspositionen.

2. Wir finden den Vorschlag zur Sicherung der Finanzierung und Leistung sehr sinnvoll
3. Eine auskömmliche personelle und sachliche Sicherstellung, einschließlich barrierefreier Räume ist notwendig
4. Es ist schwierig, das umfassende Thema Gleichstellung für eine große zu berücksichtigende Gruppe in allen Lebensbereichen mit dem Thema Gewalt gleichwertig zu behandeln, da Kategorien fehlen.
5. Sehr altbacken und stereotyp, zumal andere Geschlechtskategorien oder andere Bevölkerungsgruppen hier keinen Eingang finden
6. Dies ist ein zu weiter Begriff und kann zu vermehrter Inanspruchnahme führen
7. Es ist nicht verständlich, warum Gewalt außerhalb von Beziehungen etc. nur im sozialen Nahraum definiert wird. Was umfasst der Begriff sozialer Nahraum? Und wie berücksichtigt es im digitalen Raum mögliche Gewalt, wie Stalking, Identitätsraub, Internetmobbing etc.?
8. Immer schwierig, weil dies zu großen Interpretationsspielraum bietet (bspw, wenn tatsächlich Leistungserbringer eingebunden werden sollen)
9. Politische Unabhängigkeit sehen wir nicht in Gefahr – alle vom Land finanzierten Projekte, Institutionen etc. müssen ihre Aufgabe unabhängig vom Geldgeber auszuführen
10. Eine Befürwortung durch die Gleichstellungsbeauftragte vor Ort ist sinnvoll, da sie bessere Ortskenntnisse haben – jedoch sollte die Gleichstellungsbeauftragte unbedingt fachliche und haushälterische Bewertung trennen und fachlich unabhängig eine Wertung abgeben können.

Mit freundlichen Grüßen

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes - Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/8244 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">bff: Bundesverband Frauenberatungsstellen u. Frauennotruf / Frauen gegen Gewalt e.V.</td> <td style="padding: 5px;">e.V.</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Petersburger Str. 54</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">10247 Berlin</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	bff: Bundesverband Frauenberatungsstellen u. Frauennotruf / Frauen gegen Gewalt e.V.	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Petersburger Str. 54	Postleitzahl, Ort	10247 Berlin
Name	Organisationsform										
bff: Bundesverband Frauenberatungsstellen u. Frauennotruf / Frauen gegen Gewalt e.V.	e.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Petersburger Str. 54										
Postleitzahl, Ort	10247 Berlin										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Zusammenschluss / Dachverband ambulanter Beratungseinrichtungen bundesweit, Sensibilisierung, Fortbildung, Aufklärung zur Umsetzung der Istanbul-Konvention und geschlechtsbezogenes Gewalt	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Def 44 regelt die ex. Ausbildung des Geschwärtlers an die IK. Def 44 fordert ferner, dass ambulante Unterstützungsangebote (Frauen Refr., Fachberatungsstellen z. Sexualverbrechen) stärker aufgenommen werden und das Angebot ambulanter Beratung ausgebaut wird.	

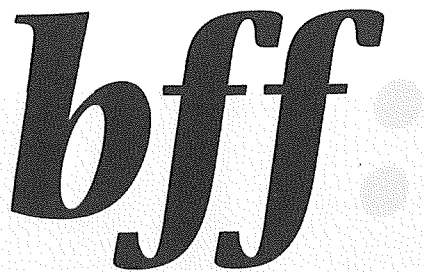
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu ? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Bolz, 17.08.23	

THÜR. LANDTAG POST
18.08.2023 10:49

21422/23



Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe | Frauen gegen Gewalt e.V.
Federal Association of Women's Counselling and Rape Crisis Centres (bff)

STELLUNGNAHME



Zum Entwurf

Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer
Chancengleichheitsfördergesetzes - Ausbau und Förderung
von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes

Berlin, 17.08.2023

Hintergrund:

Im bff: Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe sind aktuell 215 ambulante Fachberatungsstellen aus dem gesamten Bundesgebiet zusammengeschlossen. Diese unterstützen und beraten überwiegend Frauen und Mädchen, die von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen sind, deren Bezugspersonen sowie Fachkräfte. Gewalt gegen Frauen hat viele Erscheinungsformen: z.B. sexualisierte, körperliche, psychische und digitale Gewalt. Oft handelt es sich um Gewalt im sozialen Nahraum, z.B. in (Ex-)Partnerschaften oder am Arbeitsplatz.

Der bff tritt auf Bundesebene für eine vollständige Umsetzung der Istanbul-Konvention ein und unterstützt Beratungsstellen sowie alle interessierten und zuständigen Fachkräfte und Institutionen bei dem Vorhaben, die Konvention umzusetzen.

Der bff bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Der bff begrüßt das Vorhaben, das Unterstützungssystem bei geschlechtsspezifischer Gewalt in Thüringen auszubauen. In keinem Bundesland in Deutschland gibt es bislang ein bedarfsgerechtes Unterstützungssystem. Das bisher in Thüringen existierende System weist im bundesweiten Vergleich enorme Lücken sowie eine bedeutsame Minderausstattung auf.

Der bff begrüßt deshalb, dass der Gesetzentwurf einen expliziten Bezug zur Istanbul-Konvention des Europarates herstellt.

Aus Sicht des bff besteht in Thüringen der größte Weiterentwicklungsbedarf in der Schaffung bzw. im Ausbau eigenständig sichtbarer niedrigschwelliger ambulanter Beratungseinrichtungen, nicht nur, aber insbesondere auch spezifisch für Betroffene von sexualisierter Gewalt.

Grundlage für die Ausführungen in dieser Stellungnahme sind die Vorgaben der Istanbul-Konvention, die Rückmeldungen des GREVIO-Ausschusses sowie des Vertragsstaatenkomitees zum Stand der Umsetzung in Deutschland sowie die Erfahrungen und das Wissen des bff um die Unterstützungssysteme in den übrigen Bundesländern Deutschlands.

I. Zum Gesetzentwurf
§1: Ziel des Gesetzes

Der bff unterstützt das formulierte Ziel vollumfänglich. Den folgenden Ausführungen kann entnommen werden, dass aus Sicht des bff die Zielerreichung vor allem in den Bereichen Prävention und Beratung mit den geplanten Regelungen höchstens ansatzweise erreichbar sein wird.

§2: Finanzierung und Förderung der gesetzlichen Aufgabenerfüllung

Die Finanzierung von Einrichtungen bezieht sich laut Gesetzentwurf bisher nur auf die Schutzeinrichtungen. Der bff kritisiert, dass eine abgesicherte und bedarfsdeckende Förderung ambulanter Unterstützungs- und Beratungsangebote, wie die Frauenzentren, mit diesem Gesetz nicht festgeschrieben wird. Der bff fordert daher, dass die Frauenzentren und insgesamt der Bereich der ambulanten Beratung als niedrigschwelliges Unterstützungsangebot für gewaltbetroffene Frauen und Mädchen finanziell abgesichert und ausgebaut werden müssen.

§3: Förderung von Gleichstellungsmaßnahmen

(1) Der bff begrüßt, dass unter §3(1)2. explizit die Förderung von Prävention benannt ist. Im weiteren Entwurf wird jedoch nicht konkretisiert, mit welcher Ausstattung Präventionsangebote umgesetzt werden, es wird auf eine Rechtsverordnung verwiesen. Der bff empfiehlt in seinen fachlichen Standards¹ pro 100.000 Einwohner*innen zwei Vollzeitstellen für Präventions- und Qualifizierungsangebote. Prävention sollte sinnvollerweise an (ambulante) Unterstützungsangebote angegliedert sein, aber durch eigenständige Ressourcen und Fachkräfte abgesichert kontinuierlich umgesetzt werden. Die Aufgabe der Prävention ohne extra dafür

¹ bff (2019): Die Fachberatungsstellen: Aktiv gegen Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Stark für die Gesellschaft- gegen Gewalt: <https://www.frauen-gegen-gewalt.de/de/broschueren-und-buecher/die-fachberatungsstellen-aktiv-gegen-gewalt-gegen-frauen-und-maedchen-stark-fuer-die-gesellschaft-gegen-gewalt.html>.

vorgesehene finanzielle und personelle Ressourcen als Aufgabe von Unterstützungseinrichtungen zu benennen, birgt immer die Gefahr, dass im Falle von hoher Inanspruchnahme der Einrichtungen durch Betroffene die Präventionsmaßnahmen hintenanstehen müssen. Dies ist nicht im Sinne der Istanbul-Konvention.

Der bff weist an dieser Stelle noch darauf hin, dass Artikel 3 der Istanbul-Konvention, auf den §3(1)2. des Entwurfs Bezug nimmt, Mädchen als Frauen im Sinne der Konvention definiert. Das bedeutet, dass eine Umsetzung des Entwurfs auch einen Ausbau von Mädchenberatungsstellen, Mädchenhäusern und offener Mädchenarbeit beinhalten müsste.

(3) Die Bedeutung von landesweiten Zusammenschlüssen für die Umsetzung der Istanbul-Konvention, die Weiterentwicklung von Fachlichkeit und qualitätsvoller Arbeit sowie die Sensibilisierung der Gesellschaft für Gleichstellung und Gewalt kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Der bff begrüßt deshalb außerordentlich die Förderung von Maßnahmen landesweiter Zusammenschlüsse. Der bff weist an dieser Stelle darauf hin, dass für solche Vernetzungs- und Koordinierungstätigkeiten Personalressourcen gefördert werden sollten.

(4) Der bff regt an, dass die geplante Rechtsverordnung konkrete Vorgaben zu einer bedarfsgerechten finanziellen und personellen Ausstattung von Präventionsangeboten, Mädchenarbeit und landesweiten Zusammenschlüssen enthalten sollte.

§4: Schutzeinrichtungen – Anspruchsberechtigte und Einrichtungsstandards

(1) Der bff merkt an, dass sich dieser Absatz aufgrund des Begriffs „Personen“ so liest, als sollten Frauenhäuser künftig für alle Geschlechter gleichermaßen offenstehen. Der bff weist deshalb darauf hin, dass die Istanbul-Konvention geschlechtsspezifische Angebote fordert. Dass in vielen Frauenhäusern selbstverständlich nicht nur cis Frauen, sondern auch trans Frauen oder ggf. auch nicht-binäre Personen Aufnahme finden können, steht in keinem Widerspruch zur Istanbul-Konvention². Sollte dieser Abschnitt aber automatisch auch die Aufnahme

² Zum Thema geschlechtliche Vielfalt in Frauenhäusern verweist der bff auf die Positionspapiere von FHK und ZIF: Frauenhauskoordination (FHK):

von cis Männern in Frauenhäuser nach sich ziehen, wäre dies zu kritisieren.

(2) Der bff begrüßt ausdrücklich die Regelung, dass das Hilfsangebot geschlechtsspezifischen Aspekten gerecht werden muss, dies entspricht den Anforderungen der Istanbul-Konvention. Ebenso begrüßt der bff den Verweis auf Artikel 4 der Istanbul-Konvention. Der bff weist aber bereits an dieser Stelle darauf hin, dass es fraglich ist, ob die geforderte Diskriminierungsfreiheit mit den in den folgenden §§ benannten Personalressourcen zu gewährleisten ist.

(4) Der bff kritisiert grundsätzlich, dass ambulante Unterstützungs- und Beratungsangebote unter dem Begriff „Schutzeinrichtungen“ gefasst werden. Ein umfassendes Unterstützungssystem bei geschlechtsspezifischer Gewalt beinhaltet sowohl Schutzeinrichtungen als auch ambulante Beratungseinrichtungen. Sie haben unterschiedliches Angebot und Auftrag. Auch die Istanbul-Konvention fordert beides (Artikel 22, Artikel 23, Artikel 25). Während es in Schutzeinrichtungen zentral um geschützte Unterkunft geht, sind ambulante Beratungseinrichtungen darauf spezialisiert, ein niedrigschwelliges, auf Wunsch anonymes und wesentlich breiteres Angebot für einen viel größeren Nutzungskreis bereitzustellen. Wichtige Aufgaben ambulanter Beratung sind die längerfristige Unterstützung von Betroffenen bei der Bewältigung von Gewalterfahrungen und Traumatisierungen, die unmittelbare stabilisierende Krisenintervention oder die Unterstützung bei der Entscheidungsfindung für oder gegen eine polizeiliche Anzeige. Die Angebote von Beratungseinrichtungen stehen nicht ausschließlich Betroffenen, sondern ebenso deren Bezugspersonen und Angehörigen offen, zudem Fachkräften aller relevanten Berufsgruppen.

Für die Inanspruchnahme durch Betroffene und das Erreichen aller in der Istanbul-Konvention genannten Zielgruppen, ist es eminent wichtig, mit welchen Begriffen und welcher Außendarstellung Angebote in der Öffentlichkeit benannt sind. Schutzeinrichtungen / Frauenhäuser werden sowohl im allgemeinen öffentlichen Sprachgebrauch als auch aufgrund ihres Auftrages in erster Linie als

<https://www.frauenhauskoordination.de/publikationen/detail/fhk-positionierung-gewaltschutz-fuer-alle-frauen>

Zentrale Informationsstelle autonomer Frauenhäuser (ZIF): <https://autonome-frauenhaeuser-zif.de/positionspapier-geschlechtliche-selbstbestimmung/>

Schutzunterkünfte für von ihrem (Ex)Partner bedrohte oder misshandelte Frauen verstanden. Wenn aber gewünscht und von der Istanbul-Konvention gefordert ist, dass z.B. auch Betroffene von sexualisierter Gewalt außerhalb von Paarbeziehungen ein passendes Angebot finden, braucht es für diese spezialisierte Angebote, durch die sie angesprochen werden. Eine von ihrem Chef vergewaltigte Frau wird in der Regel nicht auf die Idee kommen, sich mit ihrem Unterstützungsbedarf an eine Einrichtung zu wenden, die den Namen Frauenhaus oder Schutzeinrichtung trägt.

Weiterhin ist bei der Angliederung von ambulanter Beratung an Schutzeinrichtungen zu befürchten, dass – trotz des zu begrüßenden vorgesehenen extra Personalbudgets – die ambulante Beratungsarbeit immer dann zurücktreten muss, wenn in der Schutzunterkunft Überlastung oder Krisen vorkommen, was immer wieder zu erwarten ist.

Der bff plädiert deshalb ganz ausdrücklich dafür, dass ambulante Beratung nicht als originäre mit zu erledigende Aufgabe von Schutzeinrichtungen / Frauenhäusern formuliert wird, sondern als eigenständiges Angebot im Gesetz definiert wird und mit dem Begriff „Beratungsstellen“ benannt wird. Dass dieses Angebot auch in gleicher Trägerschaft mit einem Frauenhaus organisiert werden kann, ist gängige Praxis in vielen Bundesländern und unschädlich bzw. sogar von Vorteil, sofern die ambulante Beratungsstelle über eigene Räumlichkeiten, ein eigenes bedarfsgerechtes Budget und Personal sowie eine eigenständige Öffentlichkeitsdarstellung verfügt.

Der bff weist an dieser Stelle noch einmal darauf hin, dass es in einem umfassenden Unterstützungssystem auch ambulante Angebote braucht, die dezidiert (zumindest auch) für das Thema sexualisierte Gewalt als Fachstelle erkennbar sind. Artikel 25 der Istanbul-Konvention fordert „leicht zugängliche Krisenzentren für Opfer von Vergewaltigung und sexueller Gewalt“.

§5: Schutzeinrichtungen – Aufnahmeanspruch, Aufgaben und Personal

Der bff kommentiert diesen § nicht im Detail. Wir weisen aber darauf hin, dass in (2) explizit benannt ist, dass es sich bei „Beratung von Betroffenen“ um eine Aufgabe

handelt, die lediglich „neben“ der Aufnahme von Schutzsuchenden zu leisten ist. Die Zentrierung der Schutzeinrichtungen auf ihre Aufgabe, geschützte Unterkunft zu bieten, ist also im Gesetz definiert, ein eigenständiges ambulantes Angebot wird nicht als Kernaufgabe gesehen. Deshalb verweisen wir an dieser Stelle auf die Ausführungen zu §4 und empfehlen eine Trennung von Schutz und ambulanter Beratung im Gesetz.

§6: Schutzeinrichtungen – Aufgabenfinanzierung und Vorhaltepflcht

(2) Der bff begrüßt, dass 100% der Personalkosten finanziert werden sollen. Es gibt im Bundesgebiet viele Einrichtungen, die im Gegenzug zur Förderung enorme Anteile an Eigenmitteln erwirtschaften müssen, was dazu führt, dass ein hohes Maß an Personalressourcen in Mittelakquise anstatt in die Unterstützungstätigkeit fließen muss.

Der bff kann sich fachlich adäquat nur zur Personalausstattung des ambulanten Bereiches äußern. Eine Pauschale von 1,5 VZÄ für diesen Bereich ist im Vergleich zur derzeitigen Situation eine Verbesserung, aber keinesfalls bedarfsgerecht. Vor allem die darin enthaltene Anforderung, auch mobile Beratung anzubieten, ist mit derart geringen Personalressourcen nicht qualifiziert zu leisten, wenn gleichzeitig ausreichende Sprech- und Öffnungszeiten der Beratungsstelle vorgehalten werden sollen.

Der bff fordert anhand fachlicher Standards der ambulanten Beratung bei geschlechtsspezifischer Gewalt folgende Personalressourcen. Die Berechnungen beziehen sich einerseits auf eine Mindestausstattung pro Region mit 100.000 Einwohner*innen sowie auf die Mindestausstattung von einzelnen Beratungsstellen.

Für eine Region mit 100.000 Einwohner*innen sind für die verschiedenen Arbeitsbereiche ambulanter Fachberatungsstellen mindestens folgende Personalressourcen notwendig:

Arbeitsbereich	Personalbedarf je 100.000 Personen Einzugsgebiet
Beratung, Fachberatung, Gruppenangebote	4,5 Vollzeitstellen
Präventions- und Qualifizierungsangebote	2 Vollzeitstellen
ggf. zusätzliche Arbeitsanforderungen aufgrund regionaler Besonderheiten (z.B. sehr ländliche Region, großes Einzugsgebiet)	0,5 – x Vollzeitstellen

Unabhängig von der Größe des Einzugsgebiets braucht es darüber hinaus in jeder Fachberatungsstelle mindestens folgende Personalressourcen, um die Beratung und Unterstützung bei geschlechtsspezifischer Gewalt und die vielfältigen Aufgaben gut zu bewältigen:

Arbeitsbereich	Personalbedarf pro Beratungsstelle
Organisation, geschäftsführende Aufgaben, Finanzakquise, Teamleitung	0,5 VZÄ; pro angefangene Vollzeitstelle zusätzlich 0,15 VZÄ
Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzung, Gremienarbeit	0,15 VZÄ; pro angefangene Vollzeit- stelle zusätzlich 0,1 VZÄ
Verwaltung, Lohnbuchhaltung, Verwendungsnachweise etc.	0,3 VZÄ; pro angefangene Vollzeitstelle zusätzlich 0,2 VZÄ
ggf. zusätzliche Arbeitsanforderungen in der Beratungsstelle (z. B. aufgrund eines erfolgreichen Onlineangebots, das überregional genutzt wird)	0,3 – x VZÄ

Ein weiteres zentrales Kriterium ist die Erreichbarkeit der Einrichtung: Betroffene sollten aus Sicht des bff bis zur nächsten Beratungsstelle nicht mehr als 50 Kilometer oder eine Stunde Weg zu Fuß, mit Bussen oder Bahnen auf sich nehmen müssen.

Bei der Versorgungsdichte mit Fachberatungsstellen dürfen zugleich, wie in Tabelle 1 angegeben, nicht nur Beratungs-kapazitäten zur Verfügung gestellt werden. Es

müssen hierbei alle Arbeitsbereiche der Beratungsstellen berücksichtigt werden, wie in der Tabelle aufgeschlüsselt. Vor allem die wichtige Präventions-, Fortbildungs- und Vernetzungsarbeit wird allerdings sehr häufig nicht finanziert.

(3) Der bff weist darauf hin, dass zum angemessenen Umfang der Sach- und Unterhaltskosten in jedem Fall Miete und Unterhaltskosten für extra (barrierefreie) Räumlichkeiten für das ambulante Beratungsangebot, ein ausreichendes Budget für Öffentlichkeitsarbeit, auch für schwer zu erreichende Zielgruppen, die Übersetzung von Informationsmaterialien in unterschiedlichste Sprachen sowie das Bereitstellen von Angeboten in Deutscher Gebärdensprache beinhalten sollten.

§7: Förderung von Interventionsstellen

Der bff begrüßt sehr, dass die Interventionsstellen als eigenständige Einrichtungen des Unterstützungssystems im Gesetzentwurf aufgeführt sind. Der spezifische Auftrag, für den Interventionsstellen in mittlerweile allen Bundesländern geschaffen wurden, nämlich die pro-aktive Beratung nach einem Polizeieinsatz bei häuslicher Gewalt, fehlt aber in der Beschreibung der Aufgaben der Interventionsstellen in diesem Entwurf.

Die noch zu schaffende Rechtsverordnung sollte eine deutliche Aufstockung der Personalressourcen der Interventionsstellen beinhalten. Weiterhin ist das für die Interventionsstellenarbeit außergewöhnlich große Einzugsgebiet in Thüringen anzumerken. Der bff empfiehlt eine bessere Flächenabdeckung durch die Einrichtung von zusätzlichen Interventionsstellen. Der bff empfiehlt konkret die Einrichtung einer Interventionsstelle pro Landespolizeiinspektion, um die räumliche Nähe zum Standort der Interventionsstelle zu optimieren. So würden sich nicht nur kürzere Wege und geringere Fahrzeiten ergeben, sondern damit einhergehend auch viele Vorteile für Betroffene von Gewalt, Beraterinnen und aller am Interventionsverlauf beteiligten Professionen.

§8: Anerkennung der Träger

Bei der Anerkennung der Träger von Schutzeinrichtungen, Interventionsstellen und weiteren Fachberatungsstellen sind einerseits eine Trägervielfalt sowie die Besonderheiten kleiner unabhängiger Träger zu berücksichtigen. Zugleich verweist der bff an der Stelle auf seine entwickelten Qualitätsstandards für ambulante Fachberatungsstellen. Solche Qualitätsstandards der Fachverbände sollten bei Fragen der Anerkennung von Trägern und Einrichtungen berücksichtigt werden.³ Es ist zugleich zu empfehlen, die Expertise der Fachverbände auf Bundesebene sowie deren Vertretungen auf Landesebene bei Anerkennungsverfahren miteinzubeziehen.

§9: Förderung von Frauenzentren

Der bff begrüßt außerordentlich, dass die Förderung der Frauenzentren in diesem Gesetz geregelt werden soll. Frauenzentren haben mit ihrem niedrigschwelligen und breiten Angebot eine enorme Bedeutung für die Förderung der Gleichstellung und sind wichtige zivilgesellschaftliche Akteurinnen für eine funktionierende Demokratie. Der bff weist darauf hin, dass im Sinne der Istanbul-Konvention das Angebot der Frauenzentren ganz ausdrücklich auch als Teil des Unterstützungssystems bei geschlechtsbezogener Gewalt angesehen werden und als solches benannt werden muss. Denn die Istanbul-Konvention verlangt Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter und definiert diese ausdrücklich als Teil der Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt.

Viele von Gewalt betroffene Frauen haben zunächst große Scham, über das Erlebte zu sprechen oder empfinden das Erlebte zunächst nicht als „schlimm genug“, um sich als unterstützungsbedürftig zu definieren. Das breite Angebot der Frauenzentren zu vielen Themen und Problemlagen im Leben von Frauen kann für viele Frauen ein niedrigschwelliger Einstieg in psychosoziale Unterstützung und Gesprächsmöglichkeiten sein, auch wenn sie zunächst (noch) nicht die Gewalt selbst

³ bff (2013): Handreichung zur Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung in der Beratungsarbeit der Frauennotrufe und Frauenberatungsstellen. <https://www.frauen-gegen-gewalt.de/de/ueber-uns/bff-qualitaetssicherung/qualitaetsentwicklung-und-qualitaetssicherung.html>. Die Qualitätsempfehlungen werden aktuell überarbeitet.

themenisieren möchten. Frauenzentren sind Empowerment-Zentren, in denen Frauen zu einem gewaltfreien und selbstbestimmten Leben ermutigt werden.

Auch machen die Frauenzentren gezielte Angebote zum Thema Gewalt.

Der bff plädiert deshalb ausdrücklich dafür, die Bedeutung der Frauenzentren als Teil des Unterstützungssystems bei geschlechtsspezifischer Gewalt explizit zu benennen.

Im Entwurf wird festgeschrieben, dass die Förderung der Frauenzentren von der jeweils regional zuständigen Gleichstellungsbeauftragten befürwortet werden muss. Auch wenn Gleichstellungsbeauftragte zweifelsohne eine wichtige Stimme für die Frage des regionalen Bedarfs an Gleichstellungsmaßnahmen sind, sieht der bff diese Regelung kritisch. Die Möglichkeit auf Förderung für ein derart wichtiges und zentrales Angebot der Gleichstellung und Gewaltprävention bzw. -unterstützung von der Zustimmung einer einzelnen Person abhängig zu machen, erscheint riskant und für die Arbeit der Frauenzentren nicht zuträglich. Sie benötigen eine Absicherung ihres Angebotes anhand klar definierter Kriterien, die auch eventuellen Personalwechseln oder Einzelmeinungen standhalten kann. Es ist für die Tätigkeit zivilgesellschaftlicher Akteur*innen in einem Arbeitsbereich, der auf gesellschaftliche Veränderung und Weiterentwicklung zielt, enorm wichtig, dass Planbarkeit und Nachhaltigkeit gesichert sind und diese Akteur*innen sich der strukturellen Rückendeckung von Politik und Verwaltung auch dauerhaft sicher sein können.

II. Zu den Fragen der Fraktion der CDU

Der bff kann nicht zu allen von der CDU-Fraktion gestellten Fragen Stellung beziehen, sondern beschränkt sich an dieser Stelle auf eine Auswahl.

Frage 1.: Der bff vermisst am vorgelegten Gesetzentwurf weitergehende Regelungen zum Ausbau eines eigenständigen ambulanten Beratungssystems sowie eine dezidierte Stärkung von Angeboten für Betroffene sexualisierter Gewalt (siehe dazu die konkreten Ausführungen zum Gesetzentwurf).

Frage 4.: Der bff begrüßt die Kombination von Gleichstellung und Bekämpfung von

Gewalt gegen Frauen. Sie entspricht dem Grundgedanken der Istanbul-Konvention. Der bff ist der Überzeugung, dass ohne Gleichstellung keine Abschaffung von geschlechtsbezogener Gewalt möglich ist und gleichzeitig keine vollumfängliche Gleichstellung herstellbar ist, solange es diese Gewalt gibt.

Frage 7.: Geschlechtsbezogene Gewalt findet sowohl innerhalb als auch außerhalb von Paarbeziehungen statt. Gemäß der Istanbul-Konvention müssen alle Betroffenen bedarfsgerechte Angebote vorfinden. Sollte dies ein System überfordern, gilt es, dieses System an die Bedarfe der Betroffenen anzupassen. Frauen und Mädchen sind sehr oft von geschlechtsbezogener Gewalt betroffen, aber auch trans, inter und nicht-binäre Personen. Dies muss beim Ausbau des Unterstützungssystems berücksichtigt werden.

Frage 9.: Bei der Frage, welche Voraussetzungen für die Anerkennung von Trägern festgelegt werden, ist die Expertise der Fachverbände auf Bundesebene sowie deren Vertretung auf Landesebene zu berücksichtigen. Solche Anerkennungsverfahren sind möglichst niedrigschwellig für die Träger und Einrichtungen zu gestalten.

Die politische Unabhängigkeit von Trägern ist dabei ein wichtiges Kriterium für deren Arbeit.

Frage 10.: Der bff verweist auf die Ausführungen zu § 9 Förderung von Frauenzentren.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes - Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes, Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, Drs. 7/8244											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Landesarbeitsgemeinschaft der Interventionsstellen Thüringen c/o Interventionsstelle Gera</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Große Kirchstraße 9</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">07545 Gera</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Landesarbeitsgemeinschaft der Interventionsstellen Thüringen c/o Interventionsstelle Gera		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Große Kirchstraße 9	Postleitzahl, Ort	07545 Gera
	Name	Organisationsform									
	Landesarbeitsgemeinschaft der Interventionsstellen Thüringen c/o Interventionsstelle Gera										
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Große Kirchstraße 9									
Postleitzahl, Ort	07545 Gera										
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</p>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Betellgentransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Betellgentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBetelldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBetelldokG in der Betellgentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

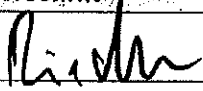
Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsfördergesetzes – Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/8244											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetelldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Gemeinde- und Städtebund Thüringen</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Eingetragener Verein</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Richard-Breslau-Straße 14</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Gemeinde- und Städtebund Thüringen	Eingetragener Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Straße 14	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Gemeinde- und Städtebund Thüringen	Eingetragener Verein									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Straße 14									
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetelldokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort			
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
	Postleitzahl, Ort										
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetelldokG)</small>										

	Kommunaler Spitzenverband i. S. v. §§ 126, 127 ThürKO, Art. 91 Abs. 4 ThürVerf	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Grundsätzlich begrüßen wir das Änderungsgesetz, vor allem die Gewährleistung der Aufgabenerfüllung nach § 2 durch das Land.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilidokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 18.08.2023	

23832/23

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem **Gesetzentwurf** haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?

Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes - Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 7/8244 -

1. Haben Sie sich als Vertreter einer **juristischen Person** geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)

Name

Organisationsform

Brennessel e. V.

Geschäfts- oder Dienstadresse

Straße, Hausnummer (oder Postfach)

Regierungsstraße 28

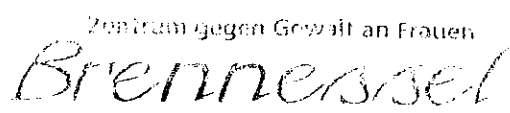
Postleitzahl, Ort

99084 Erfurt

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Beraterin hies. Sprecherei LAG Thüringer Frauenzentrale !	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Wir begrüßen das Gesetz zur Stärkung der Gewaltschutzmaßnahmen. Vermischen eine klare Aussage, dass die Frauenzentren ein wichtiger Beitrag sind.	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum Erfurt, 08.09.2023	Unterschrift 
---	---

Zentrum gegen Gewalt an Frauen
Brennessel
 0361 - 56 56 510
 Regierungsstraße 23 99084 Erfurt

219451 2023

Erfurt, den 22.08.23

Stellungnahme der Landesarbeitsgemeinschaft Thüringer Frauenzentren zur Neufassung des Thüringer Gesetzes zur Förderung von Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern und zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen (Thüringer Chancengleichheitsfördergesetz)

Die Landesarbeitsgemeinschaft Thüringer Frauenzentren begrüßt den Entwurf zur Neufassung des Thüringer Chancengleichheitsfördergesetzes. Wir unterstützen das Anliegen für ein zwingend einzurichtendes tragfähiges Netzwerk der Information, Prävention, Beratung und Hilfe für von Gewalt betroffene Frauen in Thüringen.

Es ist notwendig und wichtig, dass sich mit der Neufassung des Gesetzes für eine konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention in Thüringen eingesetzt wird.

Wir begrüßen, dass im Gesetz der wichtige Dreiklang und die Zusammenarbeit zwischen Frauenhäusern, Interventionsstellen und Frauenzentren als Einrichtungen für den Gewaltschutz stark gemacht wird.

Jedoch sehen wir in der konkreten Ausformulierung der Umsetzung der Maßnahmen ein Ungleichgewicht und Versäumnisse.

Wir vermissen in der Neufassung des Gesetzes den Fakt, dass wir als Thüringer Frauenzentren im Selbstverständnis des § 3 Förderung von Gleichstellungsmaßnahmen in allen sechs Punkten des Absatz 1 vollumfänglich tätig sind. Dies muss auch klar so benannt werden. Frauenzentren sind unabdingbare Schutzeinrichtungen für die erfolgreiche Umsetzung der genannten Maßnahmen.

Frauenzentren sind vor allem wichtige Orte, in denen Präventionsmaßnahmen angeboten werden zur Selbstwertstärkung und Selbstermächtigung. In vielen Einrichtungen findet ein Generationswechsel statt, so dass die Frauenzentren mit ihren Beratungs- und Unterstützungsleistung unabdingbarer Teil der Interventionskette bei häuslicher Gewalt sind

Insofern erscheint es uns als dringend notwendig und überfällig, dass die finanzielle und ideelle Absicherung der Arbeit von Frauenzentren im Gesetz viel deutlicher verankert wird. Auch wäre es wünschenswert, dass vor allem Standards festgelegt werden wie mindestens 2VbE und Verwaltungspauschalen.

Es ist notwendig, dass die Förderung der Thüringer Frauenzentren eine klare gesetzliche Verankerung bekommt und keine optionale Zusatzleistung sind.

Im Thüringer Chancengleichheitsfördergesetz sollte eine gesicherte und ausreichende Finanzierung der Thüringer Frauenzentren festgeschrieben werden

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes - Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/8244 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Landesfrauenrat Thüringen</td> <td style="padding: 5px;">e.V.</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;">Johannesstraße 19, 99084 Erfurt</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Landesfrauenrat Thüringen	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Johannesstraße 19, 99084 Erfurt	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
	Name	Organisationsform									
	Landesfrauenrat Thüringen	e.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Johannesstraße 19, 99084 Erfurt									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)										
Postleitzahl, Ort											

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilDokG)	
	Lobbyarbeit für die Interessen von Frauen in Thüringen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilDokG)	
	In vielen Teilen ist das Gesetz ein Fortschritt, besonders im Bezug zur Finanzierung und Ausstattung von Schutzeinrichtungen. Zu den Paragraphen zur Förderung der Interventionsstellen und zur Förderung der Frauenzentren haben wir Verbesserungsvorschläge eingebracht.	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligenttransparenzdokumentation zu ? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Weimar, 24.08.2023	

THÜR. LANDTAG POST
24.08.2023 16:18

22019/23

LANDESFRAUENRAT
THÜRINGEN E.V.



Stellungnahme des Landesfrauenrats Thüringen e.V. zum Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes – Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Gelegenheit zu dem oben genannten Gesetzesentwurf Stellung nehmen zu können. Dass mit dem Entwurf ein Ausbau der Strukturen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und der entsprechenden Schutzeinrichtungen vorliegt, begrüßen wir ausdrücklich. Wir freuen uns, dass durch das Gesetz die Förderung für Schutzeinrichtungen wieder in Händen der Landesregierung liegen wird und damit eine flächendeckende Versorgung gewährleistet werden kann. In allen Förderbereichen, die das Gesetz betreffen, ist aufgrund der Strukturen in oft sehr kleinen Einheiten und Vereinen unabdingbar, dass der Aufwand für Mittelbeantragung und Verwendungsnachweise gering gehalten oder reduziert wird. Darüber hinaus ist die stabile Zusicherung der Fördermittel unabhängig von politischen Verhältnissen notwendig und wichtig. Der vorliegende Gesetzesentwurf ist in einigen Bereichen stark ausdifferenziert, während er in anderen Bereichen auf einer allgemeinen Ebene bleibt. In unsere Stellungnahme sind Einschätzungen zahlreicher Mitgliedsverbände des Landesfrauenrats Thüringen geflossen, in einigen Fällen ist dies verdeutlicht.

Artikel 1 Neufassung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes

§4 Schutzeinrichtungen – Anspruchsberechtigte und Einrichtungsstandards

Absatz (1): Der Begriff der Schutzeinrichtungen sollte im Gesetz oder in einer Verordnung definiert werden. Außerdem wird die im Gesetz vorliegende Definition von Gewalt als zu ungenau bewertet, als Gegenvorschlag empfehlen die Kommunalen Gleichstellungsbeauftragten die Definition der Istanbul Konvention, Artikel 3b, heranzuziehen: "häusliche Gewalt bezeichnet [...] alle Handlungen körperlicher, sexueller, psychischer oder wirtschaftlicher Gewalt, die innerhalb der Familie oder des Haushalts oder zwischen früheren oder derzeitigen Eheleuten oder Partnerinnen bzw. Partnern vorkommen, unabhängig davon ob der Täter bzw. die Täterin denselben Wohnsitz wie das Opfer hat oder hatte", „[dies] betrifft Personen jeden Geschlechts und Alters“. Eine Ergänzung der Definition um „digitalisierte Gewalt“ erscheint uns als sinnvoll, da dieses Aufgabenfeld an Bedeutung zunimmt.

Absatz (2): Positiv bewerten wir die flächendeckende Verteilung von Familienplätzen und den Bezug zu Barrierefreiheit und der Berücksichtigung verschiedener Lebensumstände. Der Zugang für alle schuttsuchenden Personen zu Schutzeinrichtungen ist von großer Bedeutung. Es muss jedoch sichergestellt werden, dass die Schutzeinrichtungen entsprechende Unterstützung durch Land oder Kommunen beim Umbau ihrer Einrichtungen oder bei der Suche nach neuen Einrichtungen



bekommen. Die LAG der Frauenhäuser betont, dass für Betroffene mit spezifischen Bedarfen eine Finanzierung von zusätzlichem Fachpersonal notwendig ist.

Absatz (3): Eine Ausstattung mit Einrichtungsgegenständen, die die gesundheitliche und psychische Disposition der Bewohner:innen von Schutzeinrichtungen unterstützen, sollte gefördert werden. So weist der Landessportbund ausdrücklich auf die positive Wirkung von Sport für Kinder, Jugendliche und Erwachsene hin. Bei der Anschaffung von Sportgeräten ist auf eine barrierefreie Nutzung zu achten. Der Landessportbund bietet Beratung bezüglich sportlicher Einrichtungsgegenstände für das zuständige Ministerium an.

Absatz (4): Im Gesetzesentwurf werden ambulante Hilfeinrichtungen mit stationären Gewaltschutzeinrichtungen verbunden. Dieses kann aus unserer Sicht sinnvoll sein, aber auch andere Träger sollten für den Aufbau ambulanter Einrichtungen förderberechtigt sein.

Der Landesfrauenrat spricht sich dafür aus, alle 5 Jahre ein Controlling des Gesetzes durchzuführen.

§5 Schutzeinrichtungen – Aufnahmeanspruch, Aufgaben und Personal

Wir begrüßen die auskömmliche Finanzierung der Schutzeinrichtungen. Die Inanspruchnahme von ambulanten und stationären Einrichtungen muss kostenlos zur Verfügung stehen.

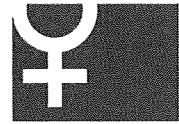
§6 Schutzeinrichtungen – Aufgabenfinanzierung und Vorhaltepflcht

Absatz (2): Als positiv bewerten wir, dass eine Stelle für die Betreuung und Beratung von im Haus lebenden Kindern geschaffen wird, sodass eine bedarfsgerechte Unterstützung für diese vorhanden ist. Zur Integration in sichere soziale Gefüge könnten sowohl für Kinder als auch für Erwachsene, die Kooperation mit Vereinen, seien sie sportlicher oder kultureller Art, hilfreich sein.

(6) Die Schaffung einer barrierefreien Schutzwohnung für nicht-weibliche Personen ist aus Sicht des Landesfrauenrats Thüringen zu wenig, da sie zu keiner flächendeckenden Versorgung führt. Fraglich ist zudem, ob in einer Schutzeinrichtung für nicht-weibliche Personen auch trans Frauen Zuflucht finden könnten oder ob hier eine andere Begrifflichkeit gewählt werden muss. Wir stellen uns vier Schutzwohnungen vor, die über die verschiedenen Planungsregionen in Thüringen verteilt sind.

§7 Förderung von Interventionsstellen

Absatz (2): Die Aufgaben der Interventionsstellen müssen überarbeitet werden, hier fehlt im Gesetzestext insbesondere die pro-aktive Beratung nach Polizeieinsätzen. Zudem sind die Interventionsstellen als spezifische Beratungsstellen für „Unterstützungs-, Informations- und Beratungsangebote als Hilfe zur Selbsthilfe und in besonderen Lebenslagen“ benannt, was nicht ihrer derzeitigen Arbeit entspricht.



Absatz (4): Das Gesetz bleibt bei der Finanzierung und Ausstattung der Interventionsstellen ungenau, gerade im Vergleich mit den detaillierten Beschreibungen bezüglich der Förderung von Schutzeinrichtungen. Wir wünschen uns im Gesetz eine Ergänzung, die eine angemessenen Finanzierung von Sach- und Unterhaltskosten der Einrichtungen sowie eine Aufstockung der Personalkosten (u.a. Finanzierung einer Verwaltungskraft) festlegt. In den letzten Jahren sind verschiedene, mit Mehraufwand verbundene, Aufgaben hinzugekommen, wie Beratung bei digitalisierter häuslicher Gewalt, Beratung von Migrant:innen und die Arbeit im Bereich Hochrisikomanagement, welche zukünftig ausgebaut werden soll. Um diese Aufgaben in entsprechender Qualität erfüllen zu können, ist eine Personalaufstockung aus Sicht des Landesfrauenrats unabdingbar. Die Erarbeitung einer Aufstellung, die Qualitätsstandards und Ausstattung der Interventionsstellen je nach Einwohnerzahl festlegt, ist daher geboten. Eine solche Aufstellung ist durch das zuständige Ministerium in enger Zusammenarbeit mit den Interventionsstellen und Verbänden auszuarbeiten.

§9 Förderung von Frauenzentren

Absatz (1): Der Absatz sollte geändert werden, um klarzustellen das Frauenzentren im Sinne dieses Gesetzes mit ihren Unterstützungs-, Informations- und Beratungsangeboten Teil des sozialen Gewaltschutzangebotes sind. Hierfür wäre eine Definition der Aufgaben eines Frauenzentrums im Gesetzestext notwendig. Ein Ausbau der Frauenzentren für die Bedarfe von LSBTIQ* sollte überdies möglich sein.

Absatz (2): Die Förderung der Frauenzentren sollte nicht ausschließlich an die Befürwortung der regional zuständigen Gleichstellungsbeauftragten geknüpft sein, sondern durch spezifische Kriterien bzw. Qualitätsstandards festgelegt sein. Diese könnten u.a. von der Kommunalen Gleichstellungsbeauftragten überprüft werden. Die LAG der Kommunalen Gleichstellungsbeauftragten empfiehlt, die bereits 2018/19 unter Federführung des TMASGFF erarbeiteten, jedoch bisher nicht in Kraft getretenen „Qualitätsstandards für Frauenzentren“ zu aktualisieren und die darin beschriebenen Standards als Fördervoraussetzung für Frauenzentren zu verankern. Eine Zusammenarbeit zwischen Kommunalen Gleichstellungsbeauftragten und Frauenzentren befürworten wir ausdrücklich.

Absatz (4): Der Absatz ist zu unkonkret. Über die Vergabe von LSZ-Mitteln entscheidet ausschließlich die Kommune, so gibt es aktuell keine garantierte Förderung durch das Land. Diese wäre aber aus Sicht des Landesfrauenrats angebracht.

Artikel 2 Inkrafttreten

Zu begrüßen ist, dass dieses Gesetz bereits am 01.01.2024 in Kraft treten soll. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, warum einige Kosten erst ab dem 01.01.2025 oder dem 01.01.2027 vom Freistaat übernommen werden. Bei der Umsetzung dieses Gesetzes ist wichtig, dass keine Finanzierungslücken entstehen.

LANDESFRAUENRAT
THÜRINGEN E.V.



Weimar, 24.08.2023

22870/2023

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligtransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Novelle Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetz / Drs. 7/8244		
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Thüringischer Landkreistag	e.V.
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13
	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Kommunaler Spitzenverband i.S.v. §§ 126, 127 ThürKO, Art. 91 Abs. 4 ThürVerf	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG) Bewertung des Gesetzentwurfes aus kreislicher Perspektive Hinweis auf Widersprüchlichkeit von Gesetzestext und Begründung.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, den 04.09.2023	

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen,

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes - Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/8244 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Kommunales Frauenreferat der Landeshauptstadt Wiesbaden Lokale Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention</td> <td>Kommunalverwaltung</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Dienstadresse</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Schlossplatz 6</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>65183 Wiesbaden</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Kommunales Frauenreferat der Landeshauptstadt Wiesbaden Lokale Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention	Kommunalverwaltung	Geschäfts- oder Dienstadresse	Dienstadresse	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schlossplatz 6	Postleitzahl, Ort	65183 Wiesbaden
Name	Organisationsform										
Kommunales Frauenreferat der Landeshauptstadt Wiesbaden Lokale Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention	Kommunalverwaltung										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Dienstadresse										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schlossplatz 6										
Postleitzahl, Ort	65183 Wiesbaden										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Sozialwissenschaftlerin mit Schwerpunkt geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Mädchen und Frauen; Fachreferentin für die lokale Umsetzung der Istanbul-Konvention	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Insgesamt wird der Gesetzesentwurf in seiner Intention außerordentlich begrüßt. An einigen Stellen wird empfohlen bei Begrifflichkeiten nachzubessern. Darüber hinaus wird die Notwendigkeit gesehen einzelne wichtige Bestandteile der Istanbul-Konvention zu berücksichtigen, insbesondere in Bezug auf die Prävention von Gewalt und die Entwicklung einer koordinierten Gesamtstrategie. Darüber hinaus wird empfohlen einige Aspekte inhaltlich mehr zu unterfüttern und differenziertere Aussagen zu den Erwartungen an die Kommunen und die Schutzeinrichtungen zu formulieren und für ein ausdifferenziertes spezialisiertes Hilfesystem plädiert.	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Wiesbaden, den 25. August 2023	

THÜR. LANDTAG POST
25.08.2023 11:15

22.10.2023



Landeshauptstadt Wiesbaden | Amt II/F | Postfach 39 20 | 65029 Wiesbaden

Der Magistrat
Kommunales Frauenreferat

Schlossplatz 6*
65183 Wiesbaden

Thüringer Landtag
Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und
Gleichstellung

Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt
poststelle@thueringer-landtag.de

Datum und Zeichen Ihres Schreibens

Unser Zeichen

Datum
25.08.2023

**Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsführung des Thüringer Landtags:
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes - Ausbau und
Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes**

Sehr geehrte Frau Baierl,
sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstel-
lung,

herzlichen Dank für die Möglichkeit zum o.g. Gesetzesentwurf Stellung zu nehmen und das
damit verbundene Vertrauen.

Aufgrund einer falschen Postadresse hat uns der Entwurf als Koordinierungsstelle zur loka-
len Umsetzung der Istanbul-Konvention beim Kommunalen Frauenreferat der Landeshaupt-
stadt Wiesbaden leider nur auf Umwegen nach Ablauf der Abgabefrist erreicht, weshalb wir
darum bitten, die verfristete Abgabe zu entschuldigen.

Wir danken für das freundliche Telefonat vom 22. August 2023, in dem uns bestätigt wurde,
dass eine verspätete Abgabe dennoch erwünscht ist.

Zum vorgelegten Gesetzesentwurf möchten wir gerne die nachfolgende Einschätzung abge-
ben:

Allgemeine Vorbemerkung

Es ist außerordentlich zu begrüßen, dass das Bundesland mit dem Gesetz Rechtssicherheit
schafft für die Einrichtungen des spezialisierten Hilfesystems zu geschlechtsspezifischer Ge-
walt gegen Mädchen und Frauen. Entstanden aus einer Selbsthilfe von Frauen für Frauen
seit den späten 1970er Jahren haben sich die Frauenunterstützungseinrichtungen zu unver-
zichtbaren Trägern in der sozialen Infrastruktur gemacht. Während im Laufe der Jahre und
Jahrzehnte eine institutionalisierte Förderung maßgeblich im Rahmen der freiwilligen Leis-
tungen erfolgte, setzt das Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung

von geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt einen neuen wichtigen Meilenstein, indem es den Staat verpflichtet, entsprechende Einrichtungen vorzuhalten und entsprechend finanziell und personell auszustatten. Das geplante Gesetz gibt allen Beteiligten im spezialisierten Hilfesystem Planungs- und Handlungssicherheit und signalisiert, dass das Land Thüringen mit seinen Kommunen ihre Zuständigkeit im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland für Schutz und Unterstützung ernst nehmen.

Es ist außerdem außerordentlich zu begrüßen, dass das Bundesland Thüringen mit dem Gesetzesentwurf Finanzierungslücken für jene Frauen schließt, deren Kosten nicht über das SGB oder AsylbLG abgerechnet werden können. Auch die Berücksichtigung der Situation von Frauen mit einem eigenen Einkommen ist positiv hervorzuheben. Nicht ganz klar aus dem Entwurf wird jedoch ob deren Kosten komplett übernommen werden, oder diese sich über einen gedeckelten Festbetrag in Höhe einer angemessenen ortsüblichen Miete an den Kosten beteiligen. Grundsätzlich gibt die Istanbul-Konvention hier den Grundsatz vor, dass Frauen für die ihnen angetane Gewalt nicht bezahlen müssen.

Präambel

Unter A. Problem und Regelungsbedürfnis heißt es:

„Zusätzlich zu Schutzräumen muss auch die Beratung von Menschen sichergestellt werden, die geschlechtsspezifische Gewalt erfahren.“

Diese Formulierung birgt Potenzial für Missverständnisse. Die Istanbul-Konvention bezieht sich auf geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen. Sie regelt keinen Rechtsanspruch auf Beratung für alle Menschen, die von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen sind. Die Gewalt, die männliche Personen untereinander ausüben (zum Beispiel Jungs auf dem Schulhof, Auseinandersetzungen unter Männern im Rahmen der Bandenkriminalität) sind nicht von der Istanbul-Konvention umfasst.

Es könnte Sinn machen im Gesetz nochmal die Begriffsdefinition der Istanbul-Konvention gemäß Artikel 3 einzuführen. Diese lautet:

„Im Sinne des Übereinkommens ... bezeichnet der Begriff „geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen“ Gewalt, die gegen eine Frau gerichtet ist, weil sie eine Frau ist, oder die Frauen unverhältnismäßig stark betrifft;“

§ 3 Förderung von Gleichstellungsmaßnahmen

Das Gesetz soll hiernach Maßnahmen fördern, die

„der Prävention von Gewalt im Sinne von Artikel 3 Istanbul-Konvention dienen ...“

Der Prävention von geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen kommt in der Istanbul-Konvention maßgebliche Bedeutung zu. Im optimalen Fall gibt es keine Gewalthandlungen, die Unterstützungs- und Beratungsbedarf auslösen. Vor diesem Hintergrund ist die Förderung von Maßnahmen zur Prävention von Gewalt und der Ansatz bei jenen, die die Gewalt ausüben, wichtig und richtig. Allerdings findet sich das Anliegen im Gesetzesentwurf im Weiteren nicht wieder.

Von besonderer Wichtigkeit sind Maßnahmen

- a) im primärpräventiven Bereich: Das Anstoßen eines Mentalitätswandels in der Bevölkerung, die Förderung von positiven männlichen Rollenvorbildern und die

Bekämpfung der in der Gesellschaft verankerten Geschlechterrollenstereotypen (Gender) als Nährboden von Gewalt gegen Frauen.

In Deutschland gibt es bis zum jetzigen Zeitpunkt nur äußerst wenige primärpräventive Maßnahmen. Das Bundesland Schleswig-Holstein hat mit seiner Kampagne „Männlichkeit entscheidest du“ ein Beispiel guter Praxis entwickelt. Seitens der lokalen Koordinierungsstelle der Landeshauptstadt Wiesbaden wurden im vergangenen Jahr mehrere Maßnahmen im primärpräventiven Bereich durchgeführt, bzw. angestoßen, darunter eine Veranstaltung mit dem US-amerikanischen Experten Dr. Jackson Katz (Video der öffentlichen Veranstaltung abrufbar unter: https://www.youtube.com/watch?v=bVj6Cui0_XA, Podcast-Folge: <https://wiesbaden-gewaltfrei.de/alle-3-minuten-folge-11-warum-gewalt-gegen-frauen-ein-mannerthema-ist-mit-dr-jackson-katz/>), die Beauftragung eines Konzepts zu primärpräventiven Maßnahmen, sowie die Förderung eines Männerprojektes, das eine kritische Auseinandersetzung mit männlichen Privilegien verfolgt.

- b) Im sekundär- und tertiärpräventiven Bereich: Unterstützungsangebote für gewaltausübende Männer im Bereich der Täterarbeit, um durch Intervention weitere Gewalt nach einem bereits erfolgten Gewaltvorfall entgegenzuwirken.

Sicher gibt es auch in Thüringen Beratungsstellen im Bereich der Täterarbeit, deren Arbeit durch das Gesetz abgesichert werden sollte. Gemäß Artikel 16 der Istanbul-Konvention sollten auch diese Angebote pro-aktiv angeboten werden.

Der Podcast „Alle 3 Minuten“ der lokalen Koordinierungsstelle der Landeshauptstadt Wiesbaden, hat sich mit diesem Thema in Folge 9 befasst (<https://wiesbaden-gewaltfrei.de/alle-3-minuten-folge-9-taeterarbeit-mit-roland-hertel/>)

§ 4 Schutzeinrichtungen - Anspruchsberechtigte und Einrichtungsstandards

Auch hier wird empfohlen, bei der Begriffsbestimmung auf den Wortlaut der Istanbul-Konvention zurückzugreifen.

Gemäß Artikel 3 bezeichnet der Begriff „Gewalt gegen Frauen“ alle Handlungen geschlechtsspezifischer Gewalt, die zu körperlichen, sexuellen, psychischen oder wirtschaftlichen Schäden oder Leiden bei Frauen führen oder führen können, einschließlich der Androhung solcher Handlungen, der Nötigung oder der willkürlichen Freiheitsentziehung, sei es im öffentlichen oder privaten Leben.

Die von der Konvention umfassten Gewaltformen sind: Häusliche Gewalt (Artikel 34), Psychische Gewalt (Artikel 33), Nachstellung (Stalking) (Artikel 34), Körperliche Gewalt (Artikel 35), Sexuelle Gewalt (inklusive Vergewaltigung) (Artikel 36), Zwangsheirat (Artikel 37), Weibliche Genitalverstümmelung (Artikel 38), Zwangsabtreibung und Zwangssterilisation (Artikel 39), sowie sexuelle Belästigung (Artikel 40). Es wird außerdem wiederholt auf die erhöhte Vulnerabilität von Frauen in Prostitution und Menschenhandel verwiesen, die u.a. Betroffene von sexueller, körperlicher und häuslicher Gewalt sein können.

Der Wunsch nach einer „geschlechtsinklusive“ Wortwahl führt auch hier zu Verwirrung, wenn die Anspruchsberechtigung wie folgt definiert wird:

„Personen, die von Gewalt betroffen sind (...) sind in Schutzeinrichtungen gemäß Artikel 23 der Istanbul-Konvention, wie Frauenhäuser und Schutzwohnungen aufzunehmen (...) sofern sie dies wünschen“.

Dies definiert den Kreis der Anspruchsberechtigten über den sich aus der Konvention ergebenden Rechtsanspruch für Mädchen und Frauen (und ihre mitbetroffenen Kinder) hinaus. In Bezug auf die Gewaltform der häuslichen Gewalt empfiehlt der Europarat ausdrücklich das Vorhalten von Angeboten im Bereich von Schutz und Unterstützung für alle Personen unabhängig von ihrem Geschlecht. Dieser Empfehlung können wir uns anschließen. Aus der Begründung im Thüringer Gesetzesentwurf geht jedoch hervor, dass die Formulierung sich generell auf „Menschen mit Personenstand „divers““ beziehen soll, insofern ist auch hier Potenzial für Missverständnisse gegeben.

Die Grundlage der Istanbul-Konvention ist das biologische Geschlecht (deutlich in der englischen Fassung: sex). Artikel 4 der Konvention stellt klar, dass Frauen nicht aufgrund einer etwaigen Genderidentität diskriminiert werden dürfen. Vor diesem Hintergrund ist es lobenswert, wenn durch geeignete Formulierungen dafür Sorge getragen wird, dass auch Mädchen und Frauen mit einer nicht-weiblichen Genderidentität Schutz und Unterstützung erhalten, insbesondere vor dem Hintergrund, dass sie statistisch signifikant häufiger von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen sind als die weibliche Durchschnittsbevölkerung.

Auch die Versorgung von männlichen Personen mit einer Genderidentität (bspw. trans Frauen) zu berücksichtigen kann nachdrücklich begrüßt werden, auch dann, wenn nach der Istanbul-Konvention kein Rechtsanspruch besteht.

Grundsätzlich ist jedoch die Bereitstellung von geschlechtsspezifischer Unterstützung zu beachten. Zuletzt hat die UN-Sonderberichterstatterin zu Gewalt gegen Frauen, Reem Alsalem, dies nachdrücklich betont. In ihrem Brief an die schottische Regierung schrieb sie, dass frauenspezifische Einrichtungen und Dienstleistungen für Frauen, die als Frauen geboren wurden, insbesondere Frauenschutzhäuser und Einrichtungen für Betroffene von sexueller Gewalt, erhalten bleiben müssen und „ausschließlich für ein Geschlecht oder nach Geschlechtern getrennt“ angeboten werden müssen. (Quelle: <https://spcommreports.ohchr.org/TMResultsBase/DownloadPublicCommunicationFile?gld=27681>)

Das Gesetz sollte hier eine klare Positionierung zur Unterstützung der Frauenunterstützungseinrichtungen beinhalten, die den häufig empfundenen Druck von ihnen nimmt, männliche Personen mit einer weiblichen Genderidentität aufzunehmen. Viele fürchten um ihre institutionelle Förderung, wenn sie frauenspezifische Dienstleistungen im Sinne der Konvention anbieten. Dies widerspricht nicht der Möglichkeit des Vorhaltens von zusätzlichen Schutzplätzen für genderdiverse oder transidente Personen. Im Übrigen kann es auch für weibliche Personen mit einer Genderidentität hilfreich sein, Unterstützung von einer auf die besonderen Bedürfnisse von transidenten Personen abgestimmten Einrichtung zu erhalten.

Paragraph 4 (2) des Thüringer Gesetzesentwurf setzt voraus, dass jede Schutzeinrichtung allen Bedürfnissen aller Frauen entsprechen kann, egal ob es sich um Suchterkrankungen, akute psychische Erkrankungen oder andere Aspekte handelt. Wir halten es für nicht leistbar für eine Schutzeinrichtung oder eine Beratungsstelle alle Frauen versorgen zu können. Dies muss zwangsläufig in eine Überforderung führen.

Es ist eher realistisch, dass einzelne Schutzeinrichtungen und Beratungsstellen sich spezifisch auf Frauen mit besonderen oder multiplen Problemlagen einstellen, oder als spezialisiertes Angebot für einzelne Gewaltformen (zum Beispiel Zwangsverheiratung oder Menschenhandel/Prostitution) fungieren. Das kann auch bedeuten, dass nicht jede Kommune für jedes Problem eine Lösung haben muss. Wichtig ist, dass die soziale Infrastruktur des Bundeslandes alle Frauen wohnortnah versorgen kann und Frauen mit spezifischen Problemlagen nicht ausschließt.

Vor diesem Hintergrund werden eine Bestandsbewertung und Gesamt-Koordination der Angebote im Bundesland durch das Land Thüringen dringend nahegelegt.

§ 5 Schutzeinrichtungen – Ausnahmeanspruch, Aufgaben und Personal

Der Gesetzentwurf formuliert eine Anspruchsberechtigung für alle Schutzsuchenden unabhängig von ihrem Wohnort. Genaugenommen kann nach diesem Wortlaut jede Frau aus dem ganzen Bundesgebiet, die vergeblich einen Schutzplatz in ihrem Bundesland sucht, einen Unterbringungsanspruch in Thüringen geltend machen.

Die Istanbul-Konvention sieht das Vorhalten von Schutzplätzen in der Anzahl des „tatsächlichen Bedarfs“ vor. Vor diesem Hintergrund ist es elementar, dass das Land und die Kommunen eine Bestandsbewertung vornehmen und im Rahmen einer koordinierten Gesamtstrategie den tatsächlichen Bedarf an Schutzplätzen für das Land und die jeweiligen Kommunen eruieren.

Selbstverständlich kann das Vorliegen eines Hochrisikofalls es notwendig machen, dass Frauen aus Thüringen in einem anderen Bundesland Schutz erhalten oder umgekehrt, Frauen aus anderen Bundesländern in Thüringen versorgt werden. Gleichzeitig braucht es für eine solide Bedarfsplanung ein funktionierendes Monitoring-System, welches sicherstellt, dass die für die Planung maßgeblichen Zahlen, Daten und Fakten vorhanden sind. Dies beinhaltet mindestens die Daten über die Anzahl der in anderen Bundesländern untergebrachten Thüringerinnen, die Anzahl der Frauen aus anderen Bundesländern, die in Thüringen Schutz finden, die Anzahl der aufgrund von Platzmangel abgewiesenen Frauen aus Thüringen. Sicherergestellt werden muss auch, dass Frauen die in verschiedenen Schutzeinrichtungen in Thüringen aus Platzmangel abgewiesen werden, nicht mehrfach in den jeweiligen Statistiken der Einrichtungen gezählt werden. Hier bedarf es einer gut durchdachten Strategie, die im besten Fall durch das Land Thüringen koordiniert wird. Bei den Aufgaben der Schutzeinrichtung wäre die zusätzliche Verankerung einer Mitwirkungspflicht für die Erhebung der notwendigen statistischen Daten dementsprechend sinnvoll.

§ 6 Schutzeinrichtungen – Aufgabenfinanzierung und Vorhaltepflcht

Aus Zeitgründen wurde unsererseits kein Abgleich der unter § 6 (2) definierten Stellenanteile mit den einschlägigen Fachempfehlungen vorgenommen.

Mehrere Fachverbände haben entsprechende Qualitätsstandards erarbeitet (Auflistung in der Reihenfolge der Aktualität):

- Zentrale Informationsstelle Autonomer Frauenhäuser (ZIF): Das 3-Säulen-Modell Der Frauenhausfinanzierung: Sicher, schnell, unbürokratisch und bedarfsgerecht (2018)
- Frauenhauskoordinierung e.V.: Qualitätsempfehlungen für Frauenhäuser und Fachberatungsstellen für gewaltbetroffene Frauen (2014)
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband: Paritätische Anforderungen. Bundesweite Standards für die notwendige Ausstattung und fachliche Arbeit von Frauenhäusern (2013)

Da nicht ersichtlich wird, auf welcher Grundlage die im Gesetz angesetzten Stellenanteile beruhen, wird empfohlen, vorab der Verabschiedung des Gesetzes, einen entsprechenden Abgleich mit den Fachempfehlungen der Praktikerinnen vorzunehmen.

Darüber hinaus ist die Rede von einer „angemessenen Pauschale für die 24-Stunden Rufbereitschaft“ oder der Finanzierung von Sach- und Unterhaltskosten „im angemessenen Umfang“, Formulierungen, die ohne Referenz (beispielsweise auf die Fachempfehlungen) nicht

hinreichend bestimmt sind. Wer entscheidet auf welcher Grundlage was als „angemessen“ gilt?

§ 6 (4) besagt, dass die Anzahl der vorzuhaltenden Schutzplätze für jede Kommune mindestens fünf Familienplätze beträgt und sich ansonsten nach der Anzahl der Einwohnerinnen und Einwohner richtet.

Zu begrüßen ist, dass diese Regelung dafür Sorge trägt, dass für jede Frau wohnortnahe Schutzplätze zur Verfügung stehen. Gleichzeitig trifft der Gesetzentwurf keine weiteren Aussagen darüber, wie viele Schutzplätze pro EinwohnerInnen als notwendig erachtet werden. Gemeinhin wird in Bezug auf die Istanbul-Konvention eine Empfehlung des Europarates von einem Familienplatz pro 100.000 EinwohnerInnen herangezogen. Diese Empfehlung kann als Orientierung dienen, ist jedoch nicht Bestandteil der Konvention, die auf den tatsächlichen Bedarf abstellt. Vor diesem Hintergrund wird der Empfehlung nach einer Bestandsbewertung und einem koordinierten Monitoring durch das Land noch einmal Nachdruck verliehen.

Bei Neubauten sollte von vornherein auf Barrierefreiheit geachtet werden. Ob eine Umwandlung aller bestehenden Schutzplätze notwendig ist, sollte geprüft werden: Die Konvention legt nicht fest, dass alle Schutzplätze barrierefrei sein müssen. Sie fordert lediglich, dass ausgeschlossen werden muss, dass Frauen mit einer Beeinträchtigung vom Schutz ausgeschlossen werden. Das Vorhalten einer ausreichenden Anzahl von Plätzen in barrierefreien Gebäuden würde demnach die Vorgaben der Konvention ebenso erfüllen.

Es sollte außerdem berücksichtigt werden, dass Barrierefreiheit und Nichtdiskriminierung aufgrund einer körperlichen oder geistigen Beeinträchtigung auch beinhaltet, dass beispielsweise ausreichend Gebärdendolmetscherinnen oder Materialien in Gebärdensprache und leichter Sprache zur Verfügung stehen. Hiermit sind Kosten verbunden, die bei der finanziellen Förderung durch das Land berücksichtigt werden sollten.

§ 6 (6) sieht das Vorhalten von mindestens einer barrierefreien Schutzwohnung für nicht weibliche Personen vor. In der Begründung heißt es davon abweichend „sich nicht als weiblich definierende Personen“ sowie „nichtbinäre Betroffene“.

Hier sollte eine Kongruenz hergestellt und noch einmal deutlich gemacht werden, welche Gruppe genau gemeint ist - und ob auch alle potenziell von Gewalt betroffenen Männer hierdurch einen Rechtsanspruch erhalten sollen. Auf die getroffenen Ausführungen zu dieser Thematik unter § 4 wird verwiesen.

Ein durch das Land koordiniertes Monitoring ist auch geeignet um festzustellen, ob tatsächlich jede Kommune eine solche Schutzwohnung bereithalten muss, oder ob der tatsächliche Bedarf auch durch einen Verbund von mehreren Kommunen gedeckt werden kann, sofern dadurch eine wohnortnahe Versorgung sichergestellt werden kann.

§ 9 Förderung von Frauenzentren

Es sollte klargestellt werden, dass unter (2) die Kommunalen Gleichstellungsbeauftragten nach der Thüringer Kommunalordnung (ThürKo) gemeint sind und nicht die Gleichstellungsbeauftragten nach dem Thüringer Gleichstellungsgesetz (ThürGleichG).

Frauenzentren sind solange notwendig, wie Frauen in der Gesellschaft ein minderwertiger Status zugewiesen wird und sie in einem signifikanten Ausmaß geschlechtsspezifische Gewalt erfahren. Vor diesem Hintergrund ergibt sich die Anerkennung der Notwendigkeit nicht

aus dem Votum einer Gleichstellungsbeauftragten, sondern der gesamtgesellschaftlichen Situation, in der Frauen nach wie vor diskriminiert sind.

Sicherlich kann es sinnvoll sein, eine Einschätzung der Kommunalen Frauenbeauftragten einzuholen. Gleichzeitig sollte das Engagement für gesellschaftliche Teilhabe von Frauen und die Schaffung und Erhaltung von frauenspezifischen Räumen grundsätzlich nicht staatlich reglementiert werden. Es sollte ausdrücklich ausgeschlossen werden, dass entsprechende Einrichtungen, wie vielerorts in Deutschland zu beobachten, unter Druck geraten, wenn Frausein gemäß der Istanbul-Konvention nach dem biologischen Geschlecht definiert wird. In diesem Zusammenhang wird erneut auf den Brief der UN-Sonderbotschafterin, Reem Alsalem, verwiesen.

In einer weiteren Stellungnahme betonte Alsalem:

„Ich bin besorgt darüber, dass in mehreren Ländern des Globalen Nordens der Raum für Frauen und feministische Organisationen und ihre Verbündeten schrumpft, sich friedlich zu versammeln und/oder auszudrücken, um die Achtung ihrer Bedürfnisse aufgrund ihres Geschlechts und/oder ihrer sexuellen Ausrichtung zu fordern. (...) Frauen und Mädchen haben das Recht, jedes Thema frei von Einschüchterung und Gewaltandrohung zu diskutieren. Dazu gehören Themen, die für sie wichtig sind“ (<https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/05/allow-women-and-girls-speak-sex-gender-and-gender-identity-without>)

Vor diesem Hintergrund sollte das Land Thüringen Frauen ermutigen, frauenspezifische Räume zu erhalten oder neu zu begründen und sich einer politischen Bewertung entziehen, sofern die unter § 9 (1) definierten Bedingung der Parteiunabhängigkeit und der Offenheit erfüllen.

Gleichzeitig muss betont werden, dass Frauenzentren keine Einrichtungen des spezialisierten Hilfesystems sind und es sich bei den geforderten Beratungsangeboten nur um allgemeine Lebensberatung handeln kann.

Die Definition von Frauenzentren als Orte der Begegnung, Kommunikation, Bildung und Kultur sollte in den Gesetzestext übernommen werden und Unterstützung, Information und Beratung nur als Teil dieses breiten Portfolios betrachtet werden.

Vom Ausschluss beschlossene Fragen der Fraktion der CDU

1 Welche weitergehenden und inhaltlichen Änderungen der Regelungen vermissen Sie am vorgelegten Gesetzesentwurf?

Auf die Ausführungen zu notwendigen Maßnahmen in Bezug auf die Prävention von Gewalt, sowie wünschenswerten Regelungen in Bezug auf die Förderung von Täterarbeitseinrichtungen wird verwiesen. Außerdem sollten wie ausgeführt verbindliche Festlegungen in Bezug auf Bestandsbewertung, Monitoring und auch (externe) Evaluation getroffen werden, wie es in der Istanbul-Konvention gefordert wird. Unabhängig davon brauchen die Kommunen hier die Unterstützung des Landes, um Schutzunterkünfte und Beratungsstellen in ausreichender Anzahl bereitzuhalten oder die Schließung von bestehenden Schutzlücken gegebenenfalls gemeinsam in einem regionalen Verbund anzugehen.

Die Istanbul-Konvention macht Vorgaben in Bezug auf Bildung, Polizei und Justiz, die in die Zuständigkeit des Landes fallen. Sicherlich fallen diese Bereiche in den Zuständigkeitsbereich anderer Ministerien und notwendige Regelungen können auch in anderen / weiteren Gesetzen getroffen werden. Nichtsdestotrotz wäre es im Sinne der geforderten koordinierten Gesamtstrategie zumindest in der Präambel zu benennen, welche Artikel der Konvention

durch welche Gesetze hinreichend abgedeckt sind, oder welche Pläne bestehen, entsprechende Regelungen zu treffen.

2 Welche Alternativen zur hier vorgeschlagenen Lösung, die Frauenschutzhäuser in die Zuständigkeit des Landes zu übertragen, sehen Sie? Welche Vor- und Nachteile hat aus ihrer Sicht die vorgeschlagene Lösung?

Die Zuständigkeit für Schutz und Unterstützung im Sinne der Istanbul-Konvention liegt gemäß der föderalen Struktur der Bundesrepublik Deutschland bei den Ländern und Kommunen, wobei die Bedarfsplanung gemessen an dem tatsächlichen Bedarf dem Grunde nach Aufgabe der Kommune ist. Man könnte, wie es vielerorts aktueller Sachstand ist, die Kommunen sich hierbei selbst überlassen, mit dem Ergebnis, dass es dem Engagement der Verantwortlichen vor Ort geschuldet ist, ob von Gewalt betroffene Frauen auf eine ausreichende soziale Infrastruktur treffen, oder nicht. Das Resultat ist ein nicht nur bundesweiter Flickenteppich, sondern darüber hinaus eine große geografische Diskrepanz innerhalb eines Landes.

Es ist zu begrüßen, dass aktuell auf der Bundesebene in einer Arbeitsgruppe aus Bund, Ländern und Kommunen eine bundeseinheitliche Finanzierung der Schutzeinrichtungen erarbeitet wird. Dies kann zur Folge haben, dass das nun zur Beratung anstehende Gesetz angepasst werden muss. Da eine bundeseinheitliche Lösung jedoch das ganze Finanzgefüge durcheinanderwerfen kann und unklar ist, ob und wann eine solche Lösung beschlossen werden wird, ist es geboten, bereits jetzt an Lösungen unter den gegebenen Bedingungen zu arbeiten. Die Schaffung einer sachgerechten sozialen Infrastruktur wird ungeachtet einer solchen Lösung in der Zuständigkeit von Ländern und Kommunen verbleiben.

Eine verbindlich geregelte Verteilung von Schutzplätzen nach objektiven Kriterien wie der Zahl von Einwohnerinnen und Einwohnern, und verbindlichen Regeln für alle Kommunen kann einen wertvollen Beitrag zu einer koordinierten Gesamtstrategie leisten.

3 Welche finanzielle Absicherung ist nötig, um die Arbeit der Frauenschutzhäuser sicherzustellen

Frauenschutzeinrichtungen brauchen eine der Aufgabe entsprechende räumliche, personelle und finanzielle Ausstattung. Die oben zitierten Fachempfehlungen der Verbände dienen als wertvolle Grundlage für die Sicherstellung der notwendigen Qualitätsstandards, zum Wohl der von Gewalt betroffenen Frauen und etwaigen mitbetroffenen Kindern.

4 Wie bewerten Sie die Kombination von Gleichstellung und der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen entsprechend der Istanbul-Konvention in einem einzigen Gesetzesentwurf?

5 Wie bewerten Sie die Förderung von Maßnahmen, die dem Gender-Mainstreaming dienen sollen (§ 3 Abs. 1 Nr. 6), im Rahmen dieses Gesetzesentwurfs?

Die Fragen werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Istanbul-Konvention stellt fest, dass die Verwirklichung der rechtlichen und der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern ein wesentliches Element der Verhütung von Gewalt gegen Frauen ist und erkennt die Tatsache an, dass Gewalt gegen Frauen der Ausdruck historisch gewachsener ungleicher Machtverhältnisse zwischen Frauen und Männern ist, die zur Beherrschung und Diskriminierung der Frau durch den Mann und zur Verhinderung der vollständigen Gleichstellung der Frau geführt haben.

Gender-Mainstreaming ist eine Strategie zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter. Jede Maßnahme, die auf die Gleichstellung der Geschlechter zielt, kann einen Beitrag zur Reduzierung der Frauen durch Männer zugefügten Gewalt leisten.

Ähnlich wie der Bereich der Prävention lässt der Gesetzesentwurf offen, wie genau entsprechende Maßnahmen gefördert werden sollen.

Von besonderer Bedeutung ist Artikel 12 (1) der Konvention, der besagt:

„Die Vertragsparteien treffen die erforderlichen Maßnahmen, um Veränderungen von sozialen und kulturellen Verhaltensmustern von Frauen und Männern mit dem Ziel zu bewirken, Vorurteile, Bräuche, Traditionen und alle sonstigen Vorgehensweisen, die auf der Vorstellung der Unterlegenheit der Frau oder auf Rollenzuweisungen für Frauen und Männer beruhen, zu beseitigen“

Die Abschaffung der Rollenzuweisungen (Gender) erlebt unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen einen enormen Backlash: Geschlechterrollenstereotype erleben ein Revival durch Pinkifizierung, „Mädchen“-Lego, „Mädchen“-Überraschungsei, etc. Eine besondere Bedeutung bei der Überwindung von Geschlechterrollenstereotypen kommt den Bildungseinrichtungen von Ländern und Kommunen (Schulen, Kindertageseinrichtungen) zu.

Darüber hinaus kann der öffentliche Dienst als Beschäftigungsgeber eines bedeutenden Teils der Bevölkerung Vorreiter sein in Bezug auf die Bekämpfung von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz, der Förderung von Führungskräften als Rollenvorbilder bei der Bekämpfung von Männer-Gewalt gegen Frauen, der Bewusstseinsbildung in die eigene Belegschaft hinein.

Es empfiehlt sich weitere wirkungsvolle Maßnahmen und Instrumente in den Gesetzesentwurf aufzunehmen und insgesamt der Umsetzung der Artikel 12 und 13 mehr Gewicht zu geben und Möglichkeiten der Maßnahmenförderung weiter auszudefinieren, ohne natürlich in das hohe Gut der kommunalen Selbstverwaltung zu sehr einzugreifen.

6 Wie bewerten Sie die in § 4 Abs. 1 formulierte Definition von Gewalt und welche Auswirkungen dieser Definition auf die praktische Umsetzung in den Einrichtungen des Gewaltschutzes erwarten Sie?

Es wird auf die Ausführungen zu § 3 und § 4 verwiesen.

Es muss sichergestellt sein, dass alle von der Konvention umfassten Gewaltformen Berücksichtigung finden und für besonders vulnerable Personengruppen spezifische Unterstützungsangebote bereitgehalten werden.

Die Bundesrepublik Deutschland verfügt über ein gut ausbautes und gewachsenes spezialisiertes Hilfesystem. Es gilt deshalb insbesondere, die vorhandenen Schutzlücken zu schließen. Das Gesetz sollte deshalb einen Beitrag dazu leisten, spezifische Angebote für die bisher unterversorgten Gruppen zu entwickeln.

7 Mit welchem Betroffenenkreis rechnen Sie insbesondere bei Frauen, die nach § 4 Abs. 1 „außerhalb von Paar-, Familien, oder vergleichbaren Beziehungen im sozialen Nahraum“ von „psychischer, physischer, ökonomischer und/oder sexualisierter Gewalt“ betroffen sind? Inwieweit halten Sie eine Überforderung des existierenden Hilfesystems angesichts dieser Definition für wahrscheinlich?

Es wird auf die Ausführungen zu § 3 und § 4 verwiesen.

Mit der Ratifizierung der Istanbul-Konvention hat sich die Bundesrepublik Deutschland auf all ihren Ebenen verpflichtet, Frauen vor allen Formen von Gewalt zu schützen und Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt zu verhüten, zu verfolgen und zu beseitigen. Da Frauen nicht nur von Beziehungsgewalt oder in Familienzusammenhängen verübter geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen sind, ist es notwendig, Schutz und Unterstützungsstrukturen für alle von der Konvention umfassten Gewaltformen, zum Beispiel auch in ihrer digitalen Dimension, vorzuhalten.

Ein One-fits-all-Ansatz ist nicht zielführend, so dass es ein gut ausdifferenziertes spezialisiertes Hilfenetzwerk geben muss, um wirklich alle Frauen zu erreichen.

8 Wie bewerten Sie die Nichtdefinition der Angemessenheit von Sach- und Unterhaltskosten nach § 6 Abs. 3

Auf die entsprechenden Ausführungen unter § 6 wird verwiesen.

9 Wie bewerten Sie die Anerkennungsprüfungen für Träger nach § 7 Abs. 1 durch das Ministerium in Verbindung mit § 8 (insb. Abs. 3), der eine Prüfung der Anerkennungsvoraussetzungen alle fünf Jahre vorschreibt? Welche Konsequenzen könnte diese Prüfung auf die (nicht nur, aber auch politische) Unabhängigkeit der Träger und ihre Arbeit haben?

Durch die Ratifizierung der Istanbul-Konvention besteht eine staatliche Verpflichtung zum Schutz von Frauen vor geschlechtsspezifischer Gewalt. Sind Frauen dennoch Opfer von Gewalt geworden, ist der Staat verpflichtet, ihnen bestmögliche Unterstützung zukommen zu lassen. Ein nachgewiesenes Versäumnis kann zu einer strafrechtlichen Sanktionierung der hierfür Verantwortlichen führen.

Der Staat kann die ihm zugewiesenen Aufgaben an nichtstaatliche Stellen übertragen. Es ist davon auszugehen, dass die allermeisten Träger ihren Auftrag gewissenhaft erfüllen. Die staatlichen Stellen müssen jedoch auch dafür Sorge tragen, dass die Aufgabenerfüllung durch die nichtstaatlichen Organisationen im Einklang mit dem staatlichen Auftrag gemäß der Istanbul-Konvention steht. Vor diesem Hintergrund ist eine regelmäßige Anerkennungsprüfung nicht nur möglich, sondern geboten.

Für den geförderten Träger kann die Konsequenz darin bestehen, eine langjährige Förderung zu verlieren, wenn er nicht bereit ist, die bisherige Arbeit an die Anforderungen der Konvention anzupassen. Die regelmäßige Prüfung der für den Schutz der Frauen und ihren etwaig mitbetroffenen Kindern notwendigen fachlichen Qualitätsstandards ist vor dem Hintergrund der staatlichen Sorgfaltspflicht notwendig.

Ein politisches Konfliktfeld ergibt sich aktuell aus den Ausführungen unter § 4. Auf die dortigen Implikationen wird verwiesen.

10 Wie bewerten Sie die Vorbedingung, dass Frauenzentren durch die regionalen Gleichstellungsbeauftragten befürwortet und als notwendig anerkannt werden müssen (§ 9 Abs. 2)? Welche Konsequenzen könnte diese Prüfung auf die (nicht nur, aber politische) Unabhängigkeit der Träger und ihre Arbeit haben?

Auf die Ausführungen zu § 9 wird verwiesen.

Für Rückfragen stehen wir jederzeit zur Verfügung

Fachreferentin für die Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes - Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes, Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, Drs. 7/8244		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	<div style="flex: 1;">Name</div> <div style="flex: 1;">Organisationsform</div>	
	<div style="flex: 1;"></div> <div style="flex: 1;">Der Paritätische Wohlfahrtsverband Landesverband Thüringen e. V.</div>	
	<div style="flex: 1;">Geschäfts- oder Dienstadresse</div> <div style="flex: 1;">OT Neudietendorf</div>	
	<div style="flex: 1;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</div> <div style="flex: 1;">Bergstraße 11</div>	
	<div style="flex: 1;">Postleitzahl, Ort</div> <div style="flex: 1;">99192 Nesse-Apfelstädt</div>	
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)	
	<div style="flex: 1;">Name</div> <div style="flex: 1;">Vorname</div>	
	<div style="flex: 1;"></div> <div style="flex: 1;"></div>	
	<div style="flex: 1;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse </div> <div style="flex: 1;"> <input type="checkbox"/> Wohnadresse </div>	
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	<div style="flex: 1;">Straße, Hausnummer</div> <div style="flex: 1;"></div>	
	<div style="flex: 1;">Postleitzahl, Ort</div> <div style="flex: 1;"></div>	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Referat für den Bereich Frauen, Familie, Beratungsstellen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	<p>Der Paritätische Thüringen begrüßt ausdrücklich das Vorhaben, eine landesgesetzliche Regelung zum Ausbau und Förderung von Gewaltschutzeinrichtungen im Sinne der Umsetzung der Istanbul Konvention auf den Weg zu bringen.</p> <p>Daher unterstützen wir ausdrücklich das Ziel, dass insbesondere die Förderung der stationären Schutzeinrichtung zu 100 % in die Verantwortung des Landes gegeben wird, um somit gemeinsam einheitliche gute Rahmenbedingungen in den Hilfestrukturen gegen häusliche Gewalt zu schaffen und die Zugänge für Betroffene und deren Kinder unabhängig vom Wohnort zu etablieren.</p> <p>Gleichzeit appellieren dafür, dass das Gesetz und die dazu zu entwickelnden Verwaltungsvorschriften und Förderverfahren unbedingt für freie gemeinnützige Träger bürokratiearm und handhabbar gestaltet sein müssen. Das ist notwendig, damit die Gewaltschutzeinrichtungen, die sich nach diesem Gesetzesentwurf strukturell immens weiterentwickeln würden, auch arbeitsfähig werden.</p>	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Neudietendorf, 01.11.2023	

THÜR. LANDTAG POST
31.08.2023 17:44

227031 2023



Der Paritätische Wohlfahrtsverband (Der Paritätische) Thüringen
OT Neudietendorf | Bergstraße 11 | 99192 Nesse-Apfelstädt

Thüringer Landtag

Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und
Gleichstellung

Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

- ausschließlich per E-Mail -

Neudietendorf, 31.08.2023

Stellungnahme des Paritätischen Landesverbandes Thüringen e. V. zum ersten Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes – Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten im Gewaltschutz

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme im Rahmen des Anhörungsverfahrens zum o. g. Gesetzesentwurf.

Der Paritätische Thüringen begrüßt ausdrücklich das Vorhaben, eine landesgesetzliche Regelung zum Ausbau und Förderung von Gewaltschutzeinrichtungen im Sinne der Umsetzung der Istanbul Konvention auf den Weg zu bringen.

Seit über einem Jahrzehnt begleitet der Paritätische Thüringen eng die Prozesse zur Neuausrichtung der Finanzierung der Frauenhäuser und Gewaltschutzeinrichtungen in Thüringen. Gemeinsam mit unseren Mitgliedsorganisationen aus den Hilfestrukturen gegen häusliche Gewalt und in Zusammenarbeit mit den Landesarbeitsgemeinschaften der Frauenhäuser und Interventionsstellen haben wir bereits mehrere Lösungsvorschläge und Anregungen erarbeitet und mit den Vertreter*innen aus den zuständigen Ministerien sowie mit den Kommunalen Spitzenverbänden besprochen und diskutiert. Gleichzeitig haben wir bei politischen Interessenvertreter*innen immer wieder für bessere Rahmenbedingungen im Gewaltschutzbereich geworben.

Trotz der überwiegenden Einigkeit aller genannten Akteure, dass es eine bessere Versorgungsstruktur für die Betroffenen sowie bessere Rahmenbedingungen für die Arbeit von Frauenschutzeinrichtungen in Thüringen bedarf, konnte bisher keine Einigung hinsichtlich der Zuständigkeiten/Verantwortlichkeiten bzgl. der Refinanzierung einer verbesserten Angebotsstruktur erfolgen. Die derzeitigen Finanzierungsgrundlagen sind nicht mehr zeitgemäß, der Erhalt von Schutzeinrichtungen und die Zukunftsfähigkeit des Arbeitsfeldes stehen aus Sicht des Paritätischen auf der Kippe. Daher unterstützen wir ausdrücklich das Ziel, dass insbesondere die Förderung der stationären Schutzeinrichtung zu 100 % in die Verantwortung des Landes gegeben wird, um somit gemeinsam einheitliche gute Rahmenbedingungen in den Hilfestrukturen gegen häusliche Gewalt zu schaffen und die Zugänge für Betroffene und deren Kinder unabhängig vom Wohnort zu etablieren.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband (Der Paritätische) Landesverband Thüringen e.V.

OT Neudietendorf
Bergstraße 11
99192 Nesse-Apfelstädt

Telefon: 036202 | 26-0
Telefax: 036202 | 26-234
E-Mail: info@paritaet-th.de
Web: www.paritaet-th.de

Gleichzeit appellieren dafür, dass das Gesetz und die dazu zu entwickelnden Verwaltungsvorschriften und Förderverfahren unbedingt für freie gemeinnützige Träger bürokratiearm und handhabbar gestaltet sein müssen. Das ist notwendig, damit die Gewaltschutzeinrichtungen, die sich nach diesem Gesetzesentwurf strukturell immens weiterentwickeln würden, auch arbeitsfähig werden.

Als Paritätischer Thüringen beziehen wir uns im Anhörungsverfahren auf die Stellungnahme der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege. Der Paritätische hat die Koordinierung der LIGA-Stellungnahme und die inhaltliche Erarbeitung federführend übernommen. Somit sind unsere Inhalte mit denen der LIGA deckungsgleich. Es benötigt daher keine differenzierte Stellungnahme unsererseits.

Mit freundlichen Grüßen

stellvertretender Landesgeschäftsführer

Referentin Frauen, Familie, Beratungsstellen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsfördergesetzes Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes Gesetzentwurf der Landesregierung – Drs. 7/8244		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.	Eingetragener Verein
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Arnstädter Straße 50
	Postleitzahl, Ort	99096, Erfurt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilDokG)	
	Interessenvertretung der Verbände der gemeinnützigen Wohlfahrtspflege	

4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilG)		
Die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege begrüßt ausdrücklich, dass mit diesem Gesetzesentwurf die Gewaltschutzeinrichtungen im Sinne der Istanbul-Konvention (IK) ausgebaut und gestärkt werden sollen. Insbesondere für die stationären Frauenschutzeinrichtungen bedeutet dieser Gesetzesentwurf ein Paradigmenwechsel in der Finanzierung, den wir als LIGA für dringend notwendig und lange überfällig erachten.		
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, der 31.08.2023	

THÜR. LANDTAG POST
31.08.2023 16:56

22700/2023

LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e. V.



LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e. V.
Arnstädter Str. 50, 99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und
Gleichstellung
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Geschäftsstelle

**LIGA der Freien Wohlfahrtspflege
in Thüringen e.V.**

Arnstädter Str. 50
(Eingang Humboldtstraße)
99096 Erfurt

E-Mail: info@liga-thueringen.de
Internet: www.liga-thueringen.de
Telefon: (0361) 511499-0

- ausschließlich per E-Mail -

Erfurt,
31.08.2023

**Stellungnahme der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen zum Ersten
Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsfördergesetzes – Ausbau
und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege dankt Ihnen für die Möglichkeit zur Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme im Rahmen des Anhörungsverfahrens.

Die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege begrüßt ausdrücklich, dass mit diesem Gesetzesentwurf die Gewaltschutzeinrichtungen im Sinne der Istanbul-Konvention (IK) ausgebaut und gestärkt werden sollen. Insbesondere für die stationären Frauenschutzeinrichtungen bedeutet dieser Gesetzesentwurf ein Paradigmenwechsel in der Finanzierung, den wir als LIGA für dringend notwendig und lange überfällig erachten.

Die aktuelle Lage im Bereich des Schutzes von Frauen vor häuslicher Gewalt ist dramatisch. Im Vergleich zu 2021 gibt es in Thüringen einen Anstieg der Betroffenen von häuslicher Gewalt, lt. Landeskriminalämtern um 18,1 Prozent. Die Einrichtungen in Thüringen arbeiten derzeit mit Wartelisten und die Mischfinanzierung von Kommunal- und Landesebene sowie anderen Gebietskörperschaften erfordert einen hohen Verwaltungsaufwand.

Als LIGA haben wir uns intensiv mit dem Gesetzesentwurf auseinandergesetzt. Es ist uns wichtig, dass dieser Entwurf in einem wirksamen und umsetzbaren Gesetz mündet. Hierzu haben wir im Rahmen der Anhörung folgende Anmerkungen und Vorschläge im Sinne der Zielstellung des Gesetzesentwurfs erarbeitet.

Name des Gesetzes

Die Kombination von Gleichstellung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen entsprechend der IK in einem Gesetz halten wir für nachvollziehbar. Die Verwirklichung der rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männer ist ein Grundpfeiler, auf denen u.a. die Maßnahmen gegen häusliche Gewalt und Partnerschaftsgewalt aufbauen. Gleichstellung und Gewaltschutz bedingen sich gegenseitig.

Ergänzend dazu bietet es die Möglichkeit, in der Weiterentwicklung des Gesetzes die Täterarbeit nach Artikel 16 der IK landesgesetzlich zu regeln. In der Weiterentwicklung des Chancengleichheitsfördergesetzes halten wir es für möglich, auch diesen Bereich darin gesetzlich abzubilden.

Barrierefreiheit

Barrierefreiheit darf sich nicht nur auf bauliche Veränderung beschränken. Die Idee im Gesetz, sich diesem Thema zuzuwenden, begrüßen wir ausdrücklich. Allerdings bedarf es hier neben einer investiven Förderung auch eine konzeptionelle Neuaufstellung der Konzepte zum Betrieb einer Schutzeinrichtung.

Dabei wird die Frage zu klären sein, wie viel "Barrierefreiheit" als Mindeststandard zu bewerten ist und an welcher Stelle eher spezialisierte Einrichtungen und Angebote zu konzipieren und aufzubauen sind. Dies kann sehr gut in einer partnerschaftlichen Bedarfsplanung mit den Trägern von Schutzeinrichtungen erfolgen.

Zu § 1 Ziel des Gesetzes

Die LIGA begrüßt die Zielstellung des Gesetzes und empfiehlt zu dem Ziel der Umsetzung der Istanbul-Konvention mit Blick auf den Ausbau von Gewaltschutzeinrichtungen den Artikel 26 „Schutz und Unterstützung für Zeuginnen und Zeugen, die Kinder sind“ in die Zielstellung mit aufzunehmen.

Weiterer Regelungsbedarf auf Landesebene wird bei der Umsetzung des Artikels 25 Unterstützung für Opfer sexueller Gewalt und für die Regelungen und Förderung der Täterarbeit bei häuslicher Gewalt gesehen.

Zu § 3 Förderung von Gleichstellungsmaßnahmen

Die Vorschriften wurden bis auf den Aspekt zur Umsetzung der Istanbul-Konvention inhaltsgleich übernommen. Grundsätzlich sind die Maßnahmen zu begrüßen. Dennoch bedarf es aus Sicht der LIGA einer Aktualisierung des Paragrafen an die aktuellen Rahmenbedingungen und Entwicklungen sowie Landesinteressen. Vor allem in den Schnittstellenbereichen der regionalen und überregionalen Familienförderung sowie im Bereich der Antidiskriminierungsarbeit sehen wir insbesondere in Abs 1. Nr. 1, 3 und Nr. 4 inhaltliche Überschneidungen. Hier sollte aus unserer Sicht auf die bestehenden Gesetze und Fördergrundsätze verwiesen werden. Es muss konkretisiert werden, wer für welche Maßnahmen zuständig ist und wo die Förderungen beantragt werden können.

Da in dem Gesetzentwurf der Schwerpunkt auf die Förderung der Einrichtungen im Gewaltschutzbereich gelegt wird, regen wir an, die Reihenfolge der Maßnahmen im Abs 1. so anzupassen, dass dieser der inhaltlichen Struktur des Gesetzes gerecht wird.

Zu Abs. 2: Das Wort Personenvereinigungen sollte durch Organisationen ersetzt werden, da sonst gemeinnützige gGmbHs ausgeschlossen werden. Wir empfehlen hier eine Verankerung des Subsidiaritätsprinzips und verweisen an dieser Stelle auf Artikel 9 "Nichtstaatliche Organisationen und Zivilgesellschaft".

Wir empfehlen folgenden Formulierungsvorschlag:

"Soweit geeignete Einrichtungen, Dienste und Veranstaltungen von anerkannten freien Trägern betrieben werden oder rechtzeitig geschaffen werden können, sollen Gebietskörperschaften des öffentlichen Rechts von eigenen Maßnahmen absehen."

Zu Abs 3: Dieser Absatz kann mit unter den in Absatz 1 aufgelistet Maßnahmen hinzugefügt werden, da es sich hierbei ebenfalls um eine förderfähige Maßnahme handelt.

Zu § 4 Schutzeinrichtungen – Anspruchsberechtigte und Einrichtungsstandards

Grundsätzlich sollte der Begriff Schutzeinrichtungen im Sinne des Gesetzes und der sich daraus ergebenden Folgeprozesse (Verordnungen, Standards etc.) näher definiert werden. Als LIGA empfehlen wir, einen weiteren Absatz einzufügen, indem erläutert wird, welche Einrichtungsarten unter Schutzeinrichtungen konkret gemeint sind. Eine Unterscheidung zwischen ambulanten Hilfeeinrichtungen (Fachberatungsstellen, Interventionsstellen) und stationären Schutzeinrichtungen (klassische Frauenhäuser und Schutzeinrichtung für nicht weibliche Personen bzw. Menschen mit non-binären Geschlechtsidentitäten, Transgender etc.) erachten wir im § 4 sowie mit Blick auf Ziele, Aufgaben und Förderung im weiteren Gesetzesverlauf für sehr sinnvoll.

Zu Abs. 1: Die Formulierung "Gewalt im Sinne des Gesetzes umfasst alle Formen psychischer, physischer, ökonomischer und/oder sexualisierter Gewalt innerhalb (häusliche Gewalt) oder außerhalb von Paar,- Familien,- oder vergleichbaren Beziehungen im sozialen Nahraum" kann mit Blick auf die Formulierung "...oder außerhalb von Paar,- Familien,- oder vergleichbaren Beziehungen im sozialen Nahraum" missverstanden werden. Im letzten Satzabschnitt ist nicht sofort klar, inwiefern Gewalt eingegrenzt ist.

Wir empfehlen folgende Formulierung:

"Geschlechtsspezifische und häusliche Gewalt umfasst alle Formen psychischer, physischer, ökonomischer, struktureller und / oder sexualisierter Gewalt innerhalb von Paar,- Familien,- vergleichbaren Beziehungen und im sozialen Umfeld oder zwischen früheren oder derzeitigen Eheleuten oder Partnerinnen beziehungsweise Partnern unabhängig des Wohnsitzes von Opfer oder Täter."

Zu Abs. 2: Grundsätzlich begrüßen wir ein inklusives Hilfesystem sehr. Die Formulierung kommt aus unserer Sicht einem Rechtsanspruch aller betroffenen Menschen auf die Hilfeangebote sehr nah. Als LIGA empfehlen wir diese Zielstellung als übergeordnetes Ziel des Gesetzes in § 1 zu formulieren, welches durch die im Gesetz beschriebenen Maßnahmen stufenweise erreicht werden sollte.

Dies ist auch notwendig, da wir durch die Kommunalisierung eine sehr heterogene Angebotslandschaft haben.

Die in Abs. 2 gewählte Formulierung überfordert aus unserer Sicht die Träger und Einrichtungen im Gewaltschutz. Hier werden Standards beschrieben, die auch im Rahmen einer Anerkennungsverordnung Berücksichtigung finden müssten. Eine Umsetzung in der Praxis ist nur prozesshaft und in unterschiedlicher Geschwindigkeit möglich. Eine komplette Neuausrichtung bedarf Zeit.

Unser Formulierungsvorschlag für § 1:

„Dieses Gesetz soll dazu dienen, das bestehende Hilfesystem entsprechend der Art. 22 und 23 des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) diskriminierungsfrei und barrierefrei auszubauen.“

Auf entsprechende Leitlinien, Zielformulierungen, Qualitätsempfehlungen, nach denen ein Hilfesystem prozesshaft entwickelt werden kann, muss verwiesen werden. Die Zielerreichung der Ziele und damit die Wirksamkeit des Gesetzes sollte alle 5 Jahre im Rahmen eines Controllings evaluiert werden.

Zu Abs. 3: Die LIGA begrüßt die neue Definition von Schutzplatz zu Familienplatz mit einem entsprechenden „Kinderschlüssel“.

Zu Abs. 4: Hier werden Ziele und Einrichtungsaufgaben unterschiedlicher Einrichtungsarten miteinander vermischt. Als LIGA empfehlen wir, die Aufgaben in Satz 1 und Satz 2 in § 5 zu regeln. Die Barrierefreiheit des Angebotes sollte als Ziel in § 1 formuliert werden. Auf entsprechende Vorgaben in der UN-Behindertenrechtskonvention und dem Thüringer Maßnahmeplan sollte verwiesen werden, damit eine verbindlichere Schnittstelle zum Arbeitsfeld der Eingliederungshilfe hergestellt wird und nicht losgelöst von dieser betrachtet und bearbeitet wird.

Zu Abs. 5: Die 24-stündige Rufbereitschaft an allen Tagen im Jahr muss aus Sicht der LIGA ab sofort finanziell gefördert werden, nicht erst zu einem späteren Zeitpunkt, wie im Entwurf vorgesehen.

Um eine sinnvolle Rufbereitschaft zu konzipieren und durchzuführen, sollte zum einen präzisiert werden, welche Einrichtungsart die 24 Stunden Rufbereitschaft bereithalten soll und zum anderen, ob regionale Zusammenschlüsse sinnvoll sind. Ansonsten ist davon auszugehen, dass mit der jetzigen Formulierung alle Schutzeinrichtungen zur Vorhaltung der täglichen Rufbereitschaft verpflichtet werden.

Zu § 5 Schutzeinrichtungen Aufnahmeanspruch, Aufgaben und Personal

Die LIGA begrüßt ausdrücklich, dass Rahmenbedingungen und Aufnahmegrundsätze mit dem jetzigen Gesetzesentwurf zentral gesteuert, entwickelt und evaluiert werden sollen.

In Bezug auf § 5 und die o.g. Anmerkungen haben wir folgende strukturelle und inhaltliche Änderungsvorschläge:

Zu Abs. 1: Hier ist klar zu definieren, was sind Schutzeinrichtungen im Sinne der Istanbul-Konvention.

Zu Abs. 2: Wer Anspruch auf eine Aufnahme in eine stationäre Schutzeinrichtung hat, muss zunächst klar geregelt werden. Hier muss der Bezug auf § 4 Abs 1 erfolgen. Zudem muss konkretisiert werden, wie der Aufnahmeanspruch sichergestellt werden soll (täglich, 24h, Kontakt über Notruf etc.). Zum anderen regelt Abs. 2 grundsätzliche Sicherheitsanforderungen. Wir empfehlen einen Verweis auf notwendige Verfahrensabläufe im Rahmen der Risikoabwägung und Schutz- / Sicherheitsaspekte, die in weiterführenden Standards beschrieben werden müssen.

Einschub eines neuen Abs. 3

Neu: Hier sollten die Regelungen zur Kostenfreiheit für die Betroffenen konkretisiert werden. Was bedeutet Kostenfreiheit im Sinne des Gesetzes. Für die LIGA ergeben sich hieraus weitere Fragestellungen, auf die im Gesetz näher eingegangen werden sollte. Die Handhabung mit Leistungsempfänger*innen bedarf einer Erläuterung. Wie sollen die Kosten der Unterkunft mit dem Land verrechnet werden. Wo und an welcher Stelle wird die Höhe der Tagessätze vereinbart. Denkbar wäre auch ein zusätzlicher Paragraf, unter dem die Regelungen zur Kostenfreiheit für die Hilfesuchenden und die Kostenheranziehung der Kommunen bei SGB II- und SGB XII-Fälle beschrieben sind.

Zu Abs. 3 des vorliegenden Einwurfs: Die Aufgaben von Schutzeinrichtungen sollten aus Sicht der LIGA differenzierter nach Einrichtungsart betrachtet werden.

Zu den Aufgaben einer stationären Schutzeinrichtung gehören aus unserer Sicht:

1. Schutz und Sicherheit
2. Rufbereitschaft
3. Beratung und Begleitung
4. pädagogische Arbeit mit Kindern
5. nachgehende Beratung
6. Hausorganisation
7. Kooperation / Vernetzung
8. Prävention und Fortbildung
9. Öffentlichkeitsarbeit
10. Verwaltung und Geschäftsführung
11. Qualitätsentwicklung

Diese sollten auch klar im Gesetz benannt werden.

Die Inhalte und Weiterentwicklung dieser Aufgaben sind durch geeignete Qualitätsstandards zu sichern.

Zu Abs. 4 des vorliegenden Entwurfs: Wir würden hier folgende Formulierung vorschlagen.

„Die Schutzeinrichtung muss über qualifiziertes Personal verfügen. Die Teilnahme an Fortbildung und Supervision ist verpflichtend. Weitere Anforderungen, insbesondere an die personelle Ausstattung, Organisation, Lage und räumliche Unterbringung werden durch entsprechende Rechtsverordnungen geregelt.“

Als LIGA empfehlen wir einen Personalschlüssel auf die Gesamtheit der im o.g. neu formulierten Abs. 4 genannten Aufgaben festzulegen. Wir schlagen hierfür einen Personalschlüssel von 4,5 VbE auf 5 Familienplätze vor. Die Rufbereitschaft ist zusätzlich einzukalkulieren.

Für die Umsetzung der Aufgaben sehen wir die Erarbeitung von Qualitätsstandards als notwendig an. Qualitätsstandards müssen im Einklang mit dem Anerkennungsverfahren etabliert werden. Hier kann man sicherlich die Verfahren im Bereich Schwangerschaftsberatung adaptieren.

Mit Blick auf die Verteilung von Schutzplätzen sollte über das Instrument einer regelmäßigen Bedarfsplanung (aller fünf Jahre) nachgedacht werden.

Zu § 6 Schutzeinrichtung – Aufgabenfinanzierung und Vorhaltepflcht

Zu Abs. 2: Wir begrüßen grundsätzlich eine Aufstockung von Personalstellen in den stationären Schutzeinrichtungen und der ambulanten Beratung. Dennoch halten wir die differenzierte und starre Aufteilung der Personalkostenförderung im Gesetzesentwurf für nicht zielführend und zu kleinteilig.

Wie bereits unter § 5 beschrieben, empfehlen wir einen Gesamtpersonalschlüssel von 4,5 VbE auf 5 Familienplätze. Die in Abs. 2 genannte Auflistung würden wir streichen und auf die entsprechenden Regelungen in der Förderverordnung verweisen.

Zu Abs. 3: Aus Sicht der LIGA führt das Wort "Unterhaltskosten" mit Blick auf die in der Erläuterung gemeinten Ausgaben zu Irritation. Wir empfehlen es zu streichen und durch "Sach- und Verwaltungskosten" zu ersetzen. Eine Übersicht notwendiger Sach- und Verwaltungskosten, Betriebs- und Investitionskosten fügen wir der Anlage zur Stellungnahme bei.

Zu Abs. 4: Wir empfehlen hier der Istanbul-Konvention zu folgen und pro 10.000 Einwohner einen Familienplatz festzuschreiben. Aufgrund möglicher Gebietsreformen in den kommenden Jahren empfehlen wir einen Einwohnerschlüssel pro Familienplatz, da es sonst zu einer Absenkung der Kapazitäten kommen würde.

Auch fördert ein Einwohnerschlüssel eine bedarfsgerechtere Planung in den Regionen. Zur Überprüfung des Bedarfes empfehlen wir eine Bedarfsplanung alle fünf Jahre, die neben dem Einwohnerschlüssel auch weitere Indikatoren beinhalten sollte.

Zu Abs. 5: Bei den Betriebs- und Instandhaltungskosten müssen die tatsächlichen Kosten finanziert werden. Hierzu braucht es eine Auseinandersetzung zu der Zusammensetzung der förderfähigen Kosten und eine Definition, welche Räumlichkeiten unter welchen Voraussetzungen förderfähig sind. Ebenso verweisen wir an dieser Stelle nochmal auf die notwendige Regelung der Kostenübernahmen für Leistungsbezieher*innen.

Zu Abs 6: Wir empfehlen pro Planungsregion mindestens einen Familienplatz für nicht weibliche Personen vorzuhalten.

Eine Schutzeinrichtung für nicht weibliche Personen muss den gleichen Standards unterliegen. Laut unserer Berechnung sind das 0,8 VbE auf einen Familienplatz. Der Begriff "nicht weibliche Personen" ist aus unserer Sicht nicht ausreichend, um sicherzustellen, dass auch Menschen

mit non-binären Geschlechtsidentitäten, Transgender etc. einen Zugang zu den Schutzeinrichtungen haben.

Einschub eines neuen Abs. 7

Wir empfehlen einen ergänzenden Absatz 7, der den weiteren Regelungsbedarf im Rahmen einer Verordnung ausführt.

Wir empfehlen nach § 6 einen neuen Paragraphen einzufügen, in dem Fachberatungsstellen gesetzlich definiert und festgeschrieben wird.

Den stationären Schutzeinrichtungen eine ambulante Beratungsarbeit "nebenbei unterzubehalten", halten wir aus fachlicher Sicht schon lange nicht für angemessen. Im Vergleich mit anderen Bundesländern muss diese ambulante Hilfeleistung dringend fachlich novelliert werden und den bundesweiten üblichen Standards angepasst werden.

Neu § 7 Fachberatungsstellen

Darin sollte geregelt werden:

Abs. 1: Was sind Fachberatungsstellen? Z.B. Allgemeine Fachberatung gegen häusliche Gewalt und Partnerschaftsgewalt, spezialisierte Fachberatung wie die ambulante Beratung für von häuslicher Gewalt betroffene Männer, Fachberatungsstellen gegen sexualisierte Gewalt, Fachberatungsstellen zu Zwangsheirat und Menschenhandel etc.

Welche Aufgaben schwerpunktmäßig müssen diese erfüllen?

Abs. 2: Festlegung der personellen Ausstattung von allgemeinen Standards. Die allgemeine ambulante Beratungsstelle gegen häusliche Gewalt sollte mit mind. 1,5 VbE ausgestattet werden.

Abs. 3: Festlegung des Finanzierungsmodells von ambulanten Hilfeleistungen

Die im Punkt 4 aus § 6 des Gesetzesentwurfs benannte ambulante Beratung sowie die mobile Beratung wären dann dem neuen § 7 zu zuordnen.

Abs. 4: Wir empfehlen, den weiteren Regelungsbedarf im Rahmen einer Verordnung auszuführen:

Es sollte möglich sein, dass ambulante Beratungsstellen nicht losgelöst vom bestehenden Hilfesystem aufgebaut werden, z.B. ist vorstellbar, dass ein Träger eines Frauenhauses zusätzliche eine ambulante Beratungsstelle vorhält oder ein Frauenzentrum mit einer ambulanten Beratungsstelle. Auch sollten Kombinationsmöglichkeiten mit weiteren professionellen Beratungsstrukturen wie den Schwangerschafts- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen und Erziehungs-, Ehe-, Familien-, und Lebensberatungsstellen verknüpft werden können.

Zu § 7 Interventionsstellen

Als LIGA begrüßen wir sehr, dass die Interventionsstellen als eigener Fördergegenstand aufgegriffen werden. Nach unserer Einschätzung bräuchte es zu den Ausführungen der Interventionsstellen eine konkrete Aufgabenschärfung analog der Ausschreibung von 2007, zusätzliche bzw. neu hinzugekommene Aufgaben müssten dann noch entsprechend ergänzt werden.

Personalschlüssel und Einzugsgebiet der Interventionsstellen müssen unseres Erachtens im Gesetz mit aufgenommen werden.

Bisher existieren in Thüringen 4 Interventionsstellen, die auf die vier Thüringer Planungsregion aufgeteilt sind. Ein guter Kontakt zu den Landespolizeiinspektionen ist in der Arbeit der Interventionsstellen ein wichtiger Indikator für die Wirksamkeit des pro-aktiven Ansatz der Interventionsstellen. Je besser die Verfahren und die Zusammenarbeit von Polizei und Hilfesystem aufeinander abstimmt sind, desto mehr Betroffene von häuslicher Gewalt können erreicht werden. Den Vorschlag der LAG-Interventionsstellen, eine Interventionsstelle je Landespolizeiinspektion vorzuhalten, unterstützen wir als LIGA ausdrücklich.

Zu Abs. 1: Im ersten Satz ist für uns nicht klar, was mit "geschlechtsspezifischen Beratungsstellen" im Kontext des § 7 Interventionsstellen gemeint ist. Handelt es sich hier um eine weitere Einrichtungsart, so empfehlen wir, diese gesondert aufzuführen und Aufgabe und Fördergrundsätze zu beschreiben. Eine Gleichstellung mit Fachberatungsstellen oder ambulanter Beratung sowie mobiler Beratung halten wir nicht für zielführend.

Zu Abs 1.1: Als LIGA empfehlen wir, dass diese Förderbedingung im Gesetz grundsätzlich für alle Einrichtungsarten, die über dieses Gesetz geregelt werden, gelten.

Zu Abs. 2: Schwerpunkt der Interventionsstellen ist die pro-aktive Beratung nach Polizeieinsatz bei häuslicher Gewalt. Dieser Sachverhalt muss unbedingt im Gesetz Erwähnung finden. Da sich der Tätigkeitsbereich der Interventionsstellen über mehrere Landkreise erstreckt und die mobile Beratung, Netzwerkarbeit und die Schulung der Polizei abzudecken ist, ist es aus unserer Sicht wichtig, dass die mobile Beratung als ein Bestandteil der Aufgaben der Interventionsstellen benannt wird.

Grundsätzlich sollte auch für die Interventionsstellen eine differenzierte Aufgabenbenennung analog der Systematik nach § 5 des vorliegenden Entwurfs erfolgen. Auch bei den Interventionsstellen sollten die Inhalte und Weiterentwicklung dieser Aufgaben durch geeignete Qualitätsstandards gesichert werden.

Eine 100%ige Personalkostenförderung für mind. 2,0 VbE für die Beratungsarbeit und zusätzliche Stellenanteile für die Zusammenarbeit mit der Polizei sowie für geschäftsführende Aufgaben und Verwaltungsaufgaben müssen bei der Berechnung eines auskömmlichen Personalschlüssels miteinbezogen werden. Eine erste Orientierung bieten die Qualitätsempfehlungen der Frauenhauskoordination für Frauenhäuser und Fachberatungsstellen für gewaltbetroffene Frauen von 2014.

Die Höhe der förderfähigen Sach- und Verwaltungskosten muss im Gesetz konkretisiert werden. Da die Angebote grundsätzlich kostenfrei sind, muss hier eine 100%ige Finanzierung durch den Freistaat greifen.

Explizit möchten wir im Rahmen der Anhörung auf die Notwendigkeit einer zusätzlichen Förderung einer pro-aktiven Beratung für mitbetroffene Kinder in allen Planungsregionen hinwirken. Dieses Angebot wurde erfolgreich in der Stadt Gera erprobt, konnte aber bisher nicht auf weitere Regionen übertragen werden.

Für die pro-aktive Beratung für Kinder und Jugendliche müssen zusätzliche Personalstellen von mind. 0,5 VbE für die Interventionsstellen zur Verfügung gestellt werden. Die pro-aktive Beratung von mitbetroffenen Kindern von häuslicher Gewalt sollte in Kooperation mit den Kinderschutzdiensten erfolgen.

Die LIGA begrüßt, die Förderung der Interventionsstellen in einer Rechtsverordnung zu regeln.

Zu § 8 Anerkennung von Trägern

Zu Abs. 1: Wir schlagen folgende Formulierung des Abs. 1 vor.

"Träger von Schutzeinrichtungen, Schutzeinrichtung für nicht weibliche Personen bzw. Menschen mit non-binären Geschlechtsidentitäten, Transgender etc., Fachberatungsstellen und Interventionsstellen können auf schriftlichen Antrag des Trägers vom Land anerkannt werden, wenn sie die Anforderungen nach dem Gesetz und der Anerkennungsverordnung erfüllen. Es besteht kein Anspruch auf Anerkennung."

Zu Abs. 3: Wir schlagen vor, sich hier an die Formulierung des ThürSchKG §5 Abs. 3 anzulehnen. Es lautet:

"Das für Schwangerschafts- und Schwangerschaftskonfliktberatung zuständige Ministerium prüft im Abstand von fünf Jahren das Vorliegen der Anerkennungsvoraussetzungen. Der Träger hat hierzu unaufgefordert drei Monate vor Ablauf der Fünf-Jahres-Frist das Vorliegen der Anerkennungsvoraussetzungen durch geeignete Unterlagen nachzuweisen."

Zu Abs. 5: Das Nähere, insbesondere die Anerkennung wird durch die Rechtsverordnung des für Frauen und Gleichstellung zuständigen Ministerium geregelt.

Zu § 9 Förderung von Frauenzentren

Aus Sicht der LIGA sollte eine kurze Definition bzw. Beschreibung von Frauenzentren in Abs. 1 erfolgen. Hierzu kann auch der Text aus der Erläuterung genutzt werden. Ergänzend dazu schlagen wir vor, niedrigschwellige Informations- und Beratungsangebote für Frauen, sozialraum- und gemeinwesenorientierte Angebote für Frauen in besonderen Lebenslagen mit in die Beschreibung aufzunehmen. Mit einer Definition und einer Aufgabenstellung schafft man eine klarere Abgrenzung zu Familienzentren.

Im gesamten § 9 wird der Zusammenhang zwischen gesetzlicher Verpflichtung zur Förderung der Frauenzentren in diesem Gesetz und der bedarfsorientierten Förderung aus dem LSZ auf Grundlage einer fachspezifischen Planung nicht deutlich. Frauenzentren haben laut Gesetzentwurf einen Rechtsanspruch auf Förderung auf Grundlage dieses Gesetzes. In Abs. 1 wird von einer Landesförderung gesprochen. Was ist damit gemeint? Im Rahmen der Regelungen zum LSZ werden die Frauenzentren aus unterschiedlichen Fördermitteln finanziert (Kommunale Mittel, Fördermittel aus der Zuweisung der LSZ-Mittel an die Kommunen).

Abs. 2: zum vorliegenden Entwurf würden wir Folgendes ergänzen.

“Die Einhaltung der vom zuständigen Ministerium erarbeiteten Qualitätsstandards zur Förderung der Frauenzentren werden durch die regional zuständigen Gleichstellungsbeauftragten geprüft.”

Die Anerkennung eines Frauenzentrums sollte nicht nur ausschließlich an das Votum der Gleichstellungsbeauftragten gekoppelt sein.

Abs. 3: Wir würden hier vorschlagen, die “Personenvereinigungen” mit dem Wort “Organisationen” zu ersetzen.

Zu § 10 Verschwiegenheitspflicht

Aufgrund des hohen Schutzbedarfs für Betroffene und Fachkräfte sehen wir eine gesetzliche Verankerung zur Verschwiegenheitspflicht grundsätzlich als sinnvoll an.

Im Folgenden nehmen wir zu den Fragen der CDU Stellung:

Frage 1:

Wie wir bereits in unserer Stellungnahme dargestellt haben, wünschen wir uns im Gesetzesentwurf eine Konkretisierung eines Förderanspruchs von Fachberatungsstellen als auch den Interventionsstellen im Sinne der Istanbul-Konvention (IK). Es sollte im Gesetz so konkret wie möglich und so einfach wie nötig sein. Eine Unterteilung zwischen Schutzeinrichtungen im Sinne von stationären Einrichtungen und Beratungsangeboten im Sinne von ambulanten Einrichtungen halten wir dringend für notwendig.

Des Weiteren sollten Angebote für mitbetroffene Kinder- und Jugendliche mit Blick auf die proaktive Beratung nach Polizeieinsatz bei häuslicher Gewalt stärker in die gesetzliche Regelung mit einfließen.

Grundsätzlich sollte auch die Täterarbeit nach Artikel 16 der IK landesgesetzlich geregelt werden. In der Weiterentwicklung des Chancengleichheitsfördergesetzes halten wir es für möglich, auch diesen Bereich darin gesetzlich abzubilden.

Unabhängig von den Arbeitsfeldern im Gewaltschutzbereich fehlt aus unserer Sicht im Gesetz die Förderung von Investitionskosten.

Frage 2:

Explizit für die Frauenschutzhäuser (stationäre Schutzeinrichtungen) sehen wir derzeit keine alternative Lösung. Als Vorteil sehen wir in einer Landesfinanzierung die Finanzierung aus einer Hand und somit auch die Chance, einheitliche Rahmenbedingungen für die Träger und deren Gewaltschutzeinrichtungen und damit auch eine einheitliche gute qualitative Versorgung von Gewalt betroffenen Frauen und deren Kindern in allen Landkreisen zu schaffen.

Durch diesen Vorschlag kann aus unserer Sicht auch anders auf die regionalen Bedürfnisse losgelöst von den Landkreisgrenzen, den Fördermittelklausel und der kleinteiligeren Zuständigkeiten eingegangen werden.

Frage 3:

siehe Anlage "Übersicht Kostenaufteilung Personal- und Sachkosten zu Antwort § 6 Abs. 3. "

Grundsätzlich benötigen diese Art der Einrichtungen eine 100%ige Förderung durch den Freistaat. Eine Verrechnung zwischen Land und Kommunen bei den SGB II- und SGB XII-Fällen ist sicherlich gut denkbar.

Die ausführenden Träger haben in diesem Feld keine Möglichkeit der Erwirtschaftung von Eigenmitteln. Ein Nichtbekenntnis zu dieser Förderung bedeutet auch immer eine schlechtere Versorgung von Frauen, die Opfer von Gewalt sind.

Frage 4:

Die Kombination von Gleichstellung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen entsprechend der IK in einem Gesetz halten wir für nachvollziehbar. Die Verwirklichung der rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männer ist ein Grundpfeiler auf denen u.a. die Maßnahmen gegen häusliche Gewalt und Partnerschaftsgewalt aufbauen. Gleichstellung und Gewaltschutz bedingen sich gegenseitig.

Ergänzend dazu bietet es die Möglichkeit, in der Weiterentwicklung des Gesetzes die Täterarbeit nach Artikel 16 der IK landesgesetzlich zu regeln.

In der Weiterentwicklung des Chancengleichheitsfördergesetzes halten wir es für möglich, auch diesen Bereich darin gesetzlich abzubilden.

Frage 5:

Aus Sicht der LIGA spricht nichts gegen den Fördergegenstand, die dem Gender-Mainstreaming dienen sollen.

Nimmt man das Gesetz ernst, gibt es in jedem Landkreis oder jeder Stadt "eine Strategie zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter". In dieser befinden sich dann sicherlich Maßnahmen der Umsetzung. Die Frage wird eher sein, ist diese Bedingung zur Förderung.

Frage 6:

Die Formulierung Abs. 1 "Gewalt im Sinne des Gesetzes umfasst alle Formen psychischer, physischer, ökonomischer und / oder sexualisierter Gewalt innerhalb (häusliche Gewalt) oder außerhalb von Paar,- Familien,- oder vergleichbaren Beziehungen im sozialen Nahraum" kann mit Blick auf die Formulierung "...oder außerhalb von Paar,- Familien,- oder vergleichbaren Beziehungen im sozialen Nahraum" missverstanden werden. Im letzten Satzabschnitt ist nicht sofort klar, inwiefern Gewalt eingegrenzt ist.

Wir empfehlen folgende Formulierung:

"Geschlechtsspezifische und häusliche Gewalt umfasst alle Formen psychischer, physischer, ökonomischer, struktureller und / oder sexualisierter Gewalt innerhalb von Paar,- Familien,- vergleichbaren Beziehungen und im sozialen Umfeld oder zwischen früheren oder derzeitigen Eheleuten oder Partnerinnen beziehungsweise Partnern unabhängig des Wohnsitzes von Opfer oder Täter."

Frage 7:

siehe Antwort auf Frage 6.

Dazu ergänzend muss man feststellen, dass Personen aus Unterkünften oder Wohnheimen, in denen die Personen dauerhaft oder vorübergehend gemeinschaftlich wohnen, bisher das Angebot nicht zugänglich war. Dies sind Bewohner*innen aus der Eingliederungshilfe, aus der Wohnungslosenhilfe, teilweise auch aus Wohnsituationen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe. Dieser Teil der Frauen ist sehr klein, aber existent und darf aus unserer Sicht nicht ignoriert werden.

Frage 8:

Es bedarf hierzu grundsätzlich eine Verständigung zur Finanzierungsart und der förderfähigen Sach- und Verwaltungskosten.

Grundsätzlich benötigen diese Art der Einrichtungen eine 100%ige Förderung durch den Freistaat. Eine Verrechnung zwischen Land und Kommunen bei den SGB II- und SGB XII-Fällen ist sicherlich gut denkbar.

Die ausführenden Träger haben in diesem Feld keine Möglichkeit der Erwirtschaftung von Eigenmitteln. Ein Nichtbekenntnis zu dieser Förderung bedeutet auch immer eine schlechtere Versorgung von Frauen, die Opfer von Gewalt sind.

Wir sprechen uns grundsätzlich dafür aus, dass die Zuwendung bürokratiearm gestaltet sein muss. Eine differenzierte Ausgestaltung der förderfähigen Kosten sollte aus unserer Sicht über eine Verordnung erfolgen.

Frage 9:

Die Prüfung der Anerkennung ist in vielen Förderbereichen ein festgeschriebenes Verfahren. Aus unserer Sicht spricht nichts gegen die Formulierung, dass die Anerkennungsvoraussetzungen alle 5 Jahre durch das Vorlegen der geeigneten Unterlagen nachgewiesen werden. Allerdings sollte das Verfahren so bürokratiearm wie möglich gestaltet werden. Ein Bekenntnis zu einem diskriminierungsfreien Selbstverständnis unabhängig von politischer, weltanschaulicher und religiöser Gesinnung kann Bestandteil einer Anerkennungsverordnung sein.

Dabei ist es wichtig, ein plurales Angebot unterschiedlicher Träger über ganz Thüringen zu schaffen. In der bisherigen Praxis gab es hierbei keinerlei Probleme.

Frage 10:

Die Förderung der Frauenzentren war bisher immer an die Befürwortung der zuständigen kommunalen Gleichstellungsbeauftragten gekoppelt. Im Rahmen der Anteilsfinanzierung sind die Frauenzentren schon immer auf eine kommunale Förderung angewiesen. Die Einbindung der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in die Befürwortung und das Förderverfahren der Frauenzentren ist eine wichtige Säule mit Blick auf die Förderung der Kommunen und eine wichtige Verbindung zwischen kommunaler Gleichstellungsarbeit und öffentlich geförderter Gleichstellungsarbeit.

Für Rückfragen und Erläuterungen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Geschäftsführer

4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich eigeninitiativ beteiligt.

Bundesfach- und Koordinierungsstelle Männergewaltschutz e.V.

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligientransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes - Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes											
1.	<p>Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Bundesfach- und Koordinierungsstelle Männergewaltschutz (BFKM) bei der Landesarbeitsgemeinschaft Jungen- und Männerarbeit Sachsen (LAG) e.V.</td> <td style="border: none;">Verein</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;">Erna-Berger-Str. 17 (BFKM) Schlesischer Pl. 2 (LAG)</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;">01097 Dresden (BFKM, LAG)</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Bundesfach- und Koordinierungsstelle Männergewaltschutz (BFKM) bei der Landesarbeitsgemeinschaft Jungen- und Männerarbeit Sachsen (LAG) e.V.	Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Erna-Berger-Str. 17 (BFKM) Schlesischer Pl. 2 (LAG)	Postleitzahl, Ort	01097 Dresden (BFKM, LAG)
	Name	Organisationsform									
	Bundesfach- und Koordinierungsstelle Männergewaltschutz (BFKM) bei der Landesarbeitsgemeinschaft Jungen- und Männerarbeit Sachsen (LAG) e.V.	Verein									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Erna-Berger-Str. 17 (BFKM) Schlesischer Pl. 2 (LAG)									
Postleitzahl, Ort	01097 Dresden (BFKM, LAG)										
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</p>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Bundesweite Fach- und Politikberatung im Bereich Männergewaltschutz, Netzwerkarbeit, Öffentlichkeitsarbeit, Fortbildungen, Stellungnahmen zu Gesetzgebungsverfahren (EU, Bund, Länder), Gleichstellungsarbeit.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Der Gesetzentwurf wird grundsätzlich befürwortet. Die Etablierung eines geschlechtsneutral ausgestalteten, subjektiven Anspruchs auf Zugang zu Schutzunterkünften sowie die Vorhaltepflcht von mindestens einer Schutzunterkunft für nicht-weiblich* gelesene Personen entspricht im Grunde den verfassungs-, europa-, und völkerrechtlichen Vorgaben. Auch den ausweislich der Polizeilichen Kriminalstatistik vorhandenen Bedarfen im Bereich der männlichen* Betroffenheit wird der Gesetzentwurf im Wesentlichen gerecht.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	Als vom BMFSFJ gefördertes, bundesweit agierendes Gleichstellungsprojekt nehmen wir aktuelle Gesetzgebungen in den Blick und versuchen, die Perspektive des Männergewaltschutzes einzubringen. Da bundesweit lediglich 12 Schutzeinrichtungen mit 41 Schutzplätzen existieren, in 11 Bundesländern keine Schutzeinrichtungen für gewaltbetroffene Männer vorhanden und insbesondere in Thüringen keine solche Schutzmöglichkeiten vorhanden sind, sehen wir Anlass zur Äußerung.	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Leipzig, 17.08.2023	



Bundesfach- und
Koordinierungsstelle
Männergewaltschutz

BFKM | Erna-Berger-Str. 17 | 01097 Dresden

Per E-Mail: poststelle@thueringer-landtag.de

THÜR. LANDTAG POST
17.08.2023 14:44

21354/23

Thüringer Landtag
Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Dresden, 17.08.2023

**Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Erstes Gesetz zur Änderung des
Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes“ v. 27.06.2023,
Drucksache 7/8244**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Bundesfach- und Koordinierungsstelle Männergewaltschutz begrüßt grundsätzlich den o.a. Gesetzentwurf vom 27.06.2023.

Es wird befürwortet, dass der Gesetzentwurf einen geschlechtsneutralen Anspruch für von häuslicher Gewalt betroffene Menschen auf Zugang zu Schutzeinrichtungen statuiert. Ebenfalls wird die Vorhaltepflcht mindestens einer Schutzwohnung für nicht-weibliche* Personen grundsätzlich begrüßt. Ebenso wird das Aufgeben der Mischfinanzierung durch Land und Kommunen befürwortet.

Das Verfassungsrecht des Landes Thüringen und der Bundesrepublik Deutschland, völkerrechtliche Verpflichtungen, das europäische Primär- und in Kürze wahrscheinlich auch das europäische Sekundärrecht, gebieten die Erstreckung des Gewaltschutzsystems auf alle von häuslicher Gewalt betroffenen Personen. Insbesondere die Etablierung von Schutzunterkünften für von häuslicher Gewalt betroffene Männer liegt demnach in der staatlichen Verantwortung.

Dieser Aufgabe würde das Land Thüringen durch die Verabschiedung des vorliegenden Gesetzentwurfs nachkommen und in der Bundesrepublik eine Vorreiterrolle übernehmen. Mit der zeitnahen Verabschiedung des Ersten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes in der vorliegenden Form könnte das Land

Bundesfach- und Koordinierungsstelle Männergewaltschutz bei der Landesarbeitsgemeinschaft Jungen-und Männerarbeit Sachsen e.V.

📍 Erna-Berger-Str. 17, 01097 Dresden

📞 0351 27 56 68 89

✉ info@maennergewaltschutz.de

🌐 www.maennergewaltschutz.de



Thüringen dem staatlichen Schutzauftrag nachkommen. Auf Bundesebene wird zwar ebenfalls an einem Gesetzentwurf gearbeitet, mit Blick auf den grundrechtssensiblen Bereich des Gewaltschutzes ist jedoch zügiges Handeln angezeigt.

Die konkrete Ausgestaltung des Gesetzes, insbesondere bezüglich der zahlenmäßig angemessenen und flächendeckenden Vorhaltung von Schutzunterkünften, könnte in Teilen angepasst werden. Zudem wäre eine gesetzlich verankerte Verbesserung der Planungssicherheit für Träger wünschenswert.

Zu den einzelnen Vorschriften nehmen wir in Anlage 1 Stellung. In Anlage 2 gehen wir auf die Fragen der CDU-Landtagsfraktion ein.

Wir verweisen zudem auf die Stellungnahme des Projekt A4 (Vereint gegen Gewalt e.V.), welche wir inhaltlich teilen.

Mit freundlichen Grüßen

Geschäftsführender Fachreferent der
Bundesfach- und Koordinierungsstelle Männergewaltschutz bei der
Landesarbeitsgemeinschaft Jungen- und Männerarbeit Sachsen e.V.

Anlagen

Stellungnahme z. Gesetzentwurf, **Anlage 1**

Beantwortung Fragenkatalog d. CDU-Landtagsfraktion, **Anlage 2**

**Anlage 1: Stellungnahme im Rahmen der Anhörung zum Gesetzentwurf
„Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes
Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes**

Gesetzentwurf „Erstes Gesetz zur Änderung des
Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes –Ausbau
und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des
Gewaltschutzes“

§ 1 Ziel des Gesetzes

Ziel des Gesetzes ist es, ein tragfähiges Netz der Information, Prävention, Beratung und Hilfe zu fördern, das zur Umsetzung des Verfassungsgebotes der Gleichstellung von Frauen und Männern und zu mehr Chancengerechtigkeit beiträgt sowie der Umsetzung von Artikel 22 und 23 des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt dient (Istanbul-Konvention) dient [sic!].

Stellungnahme BFKM

BFKM

Die BFKM befürwortet das Ziel des Gesetzentwurfes.

Die Pflicht zur Etablierung eines tragfähigen Gewaltschutznetzes ergibt sich aus dem Verfassungsrecht, insbesondere dem Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit gem. Art. 3 Abs. 1 der Verfassung des Freistaates Thüringen (Verf,TH) und Art. 2 Abs. 2 Grundgesetz (GG) und der sich daraus ergebenden, staatliche Schutzpflichten.

Dieses Netz muss für alle betroffenen von häuslicher Gewalt, insbesondere für auch für Männer*, LGBTQI*-Personen, Senioren und Kinder verfügbar sein. Dies gebietet insbesondere der Gleichheitsgrundsatz gem. Art. 2 Abs. 1 u. 2 Verf,TH und Art. 3 GG. Der Gesetzentwurf entspricht diesem Grundsatz, indem er einen

* Wir berücksichtigen geschlechtliche und sexuelle Vielfalt.

**Anlage 1: Stellungnahme im Rahmen der Anhörung zum Gesetzentwurf
„Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes
Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes**

geschlechtsneutralen subjektiven Zugangsanspruch zu Schutzunterkünften für Betroffene statuiert und auch die Vorhaltepflcht zumindest im Grundsatz auch auf Schutzunterkünfte für nicht weibliche* Betroffene erstreckt.

Auch die Istanbul-Konvention dürfte eine staatliche Verpflichtung zur Etablierung von Schutzunterkünften für Männer* enthalten, hierzu wird in der Kommentierung zu § 4 und § 5 vertiefend ausgeführt. An dieser Stelle wird zudem zum Europarecht Stellung genommen.

Aus Gründen der Klarstellung und um Auslegungsproblemen im Bereich der sich offenbar aus der Istanbul-Konvention ergebenden Verpflichtungen vorzubeugen, ist aus Sicht der BFKM eine ausdrückliche Erstreckung des Gewaltschutzes auf alle Geschlechter bereits in der Zielbestimmung des Gesetzes empfehlenswert.

Diese könnte etwa wie folgt lauten:

Ziel des Gesetzes ist es, ein tragfähiges Netz der Information, Prävention, Beratung und Hilfe für alle von geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt betroffenen Menschen zu fördern, das zur

* Wir berücksichtigen geschlechtliche und sexuelle Vielfalt.

**Anlage 1: Stellungnahme im Rahmen der Anhörung zum Gesetzentwurf
„Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes
Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes**

Umsetzung des Verfassungsgebotes der Gleichstellung von Frauen und Männern und zu mehr Chancengerechtigkeit beiträgt sowie der Umsetzung von Artikel 22 und 23 des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt dient (Istanbul-Konvention) dient.

**§ 2 Finanzierung und Förderung der gesetzlichen
Aufgabenerfüllung**

Das Land finanziert und fördert Einrichtungen und Maßnahmen entsprechend der gesetzlichen Bestimmungen. Das Land stellt die zur Aufgabenerfüllung nach diesem Gesetz notwendigen finanziellen, sächlichen und personellen Mittel zur Verfügung.

BFKM

Die BFKM befürwortet ausdrücklich die gesetzliche Verankerung der Finanzierungs- und Förderpflicht für das Land Thüringen. Die Abkehr von der Mischfinanzierung, insbesondere im Bereich der Schutzunterkünfte, dürfte eine erhebliche Verbesserung für den o.a. Schutz der Grundrechte von Betroffenen bewirken. Denn die Verfügbarkeit von Beratungs- und Schutzunterkünften hängt somit nicht mehr durch Mittelbereitstellung durch Kommunen ab. Die Entscheidung wäre zudem eine gute Möglichkeit der Qualitätssicherung durch das Land.

* Wir berücksichtigen geschlechtliche und sexuelle Vielfalt.

**Anlage 1: Stellungnahme im Rahmen der Anhörung zum Gesetzentwurf
„Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes
Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes**

§ 3 Förderung von Gleichstellungsmaßnahmen

BFKM

(1) Nach diesem Gesetz können Maßnahmen gefördert werden, die

1. Menschen mit Familienpflichten konkrete lebenspraktische Hilfen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf vermitteln,
2. der Prävention von Gewalt im Sinne von Artikel 3 der Istanbul-Konvention dienen und dazu beitragen, dass von häuslicher Gewalt betroffene Menschen rasche und kompetente Hilfe und Unterstützung erfahren,
3. bei Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts über die Rechte und konkreten Handlungsmöglichkeiten beraten,
4. Bildungsangebote insbesondere für Frauen enthalten, die die berufliche Entwicklung und die berufliche Wiedereingliederung nach einer Familienpause fördern,
5. zur Entwicklung gegenseitiger Unterstützung und zu einem guten Verhältnis zwischen Frauen und Männern in allen Altersgruppen beitragen,
6. der Umsetzung von Gender-Mainstreaming dienen.

Die BFKM begrüßt diese Regelungen im Wesentlichen. Sie empfiehlt jedoch aus Klarstellungsgründen eine Anpassung von § 3 Abs. 1 Nr. 2 des Gesetzentwurfes.

Zwar wird auf den Gewaltbegriff aus Art. 3 Istanbul-Konvention verwiesen, welcher auch häusliche Gewalt definiert und grundsätzlich geschlechtsneutral ausgestaltet ist. Zum Teil wird jedoch vertreten, dass durch Art. 2 Abs. 2 Istanbul-Konvention eine Verengung des Anwendungsbereichs der Konvention besteht, welche grundsätzlich nur für weibliche* Betroffene eine staatliche Umsetzungspflicht der Konventionsvorgaben generiert. Vor diesem Hintergrund steht zu befürchten, dass bei der Anwendung des Gesetzes, mithin etwa bei Entscheidung über Förderanträge von Männern*schutz- und Beratungsprojekten, Lücken im verfassungsrechtlich, völkerrechtlich (je nach Auslegung, siehe unten) und europarechtlich (Sekundärrecht wahrscheinlich in naher Zukunft, siehe unten) offenbar gebotenen Schutzstandart entstehen.

Dem könnte etwa begegnet werden, indem in dem Gesetz eine eigenständige Gewaltdefinition in einem vorangestellten, gesonderten Paragraphen statuiert würden. Dieser könnte, wie bereits unter § 4 Abs. 1 S. 2 des Gesetzentwurfes vorgesehen, die

* Wir berücksichtigen geschlechtliche und sexuelle Vielfalt.



**Anlage 1: Stellungnahme im Rahmen der Anhörung zum Gesetzentwurf
„Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes
Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes**

(2) Antragsberechtigt sind gemeinnützige rechtsfähige Personenvereinigungen des privaten Rechts und Körperschaften des öffentlichen Rechts mit Sitz in Thüringen.

(3) Maßnahmen, die dem landesweiten Zusammenschluss und der Zusammenarbeit von Frauenverbänden in Thüringen dienen, sollen vom Land gefördert werden.

(4) Näheres, insbesondere über Art und Umfang der Förderung von Gleichstellungsmaßnahmen sowie das Verfahren, wird durch Rechtsverordnung des für Frauen und Gleichstellung zuständigen Ministeriums geregelt.

Gewaltdefinitionen der Istanbul-Konvention enthalten, ohne jedoch explizit auf die Konvention zu verweisen. Zudem könnte ebenso wie in dem Richtlinienentwurf der Europäischen Kommission und des Rats der Europäischen Union zur „Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ (vertiefend hierzu: siehe unten) eine eigenständige Definition der Opfereigenschaft statuiert und im Gesetz daran angeknüpft werden. In dem Entwurf der Europäischen Kommission lautet dieses Definition:

*„Für die Zwecke dieser Richtlinie bezeichnet der Ausdruck
[...]*

„Opfer“ jede Person, unabhängig vom biologischen oder sozialen Geschlecht, sofern nicht anders angegeben, die einen Schaden erlitten hat, der unmittelbar durch unter diese Richtlinie fallende Gewaltakte verursacht wurde, einschließlich Kinder, die Zeugen dieser Gewalt werden;“

Sollte die Einfügung eines gesonderten Paragraphen oder Absatzes zur Begriffsbestimmung aus Gründen der Übersichtlichkeit d. Neufassung des bestehenden Gesetzes aus Sicht des Gesetzgebers nicht angezeigt sein, wäre die Verweisung auf den Gewaltbegriff in § 4 Abs. 1 S. 2 des Gesetzentwurfes oder die Definition der Gewaltarten bereits an dieser Stelle aus Sicht der BFKM sinnvoll.

**Anlage 1: Stellungnahme im Rahmen der Anhörung zum Gesetzentwurf
„Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes
Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes**

**§ 4 Schutzeinrichtungen - Anspruchsberechtigte
und Einrichtungsstandards**

(1) Personen, die von Gewalt betroffen sind [sic!], sowie Kinder, die sich in ihrer Obhut befinden, sind in Schutzeinrichtungen gemäß Artikel 23 der Istanbul-Konvention, wie Frauenhäuser und Schutzwohnungen aufzunehmen, sofern sie dies wünschen. Gewalt im Sinne dieses Gesetzes umfasst alle Formen psychischer, physischer, ökonomischer und/oder sexualisierter Gewalt innerhalb (häusliche Gewalt) oder außerhalb von Paar-, Familien- oder vergleichbaren Beziehungen im sozialen Nahraum. Von Gewalt

Zu Absatz 4:

Aus Sicht der BFKM wäre zudem bereits in der Ermächtigungsnorm eine Vorgabe zu den Bewilligungszeiträumen von Förderungen sinnvoll. Dieser sollten auf drei Jahre verlängert werden, um den Trägern eine strategische und langfristige Ausrichtung ihrer Projekte zu ermöglichen und mehr Planungssicherheit einzuräumen. So könnte die Einhaltung der staatlichen Pflichten besser gewährleistet werden. Zudem könnten auf diesem Weg auch der in dem Entwurf in § 5 vorgesehene, subjektive Anspruch auf Zugang zu Schutzunterkünften gesichert werden.

BFKM

Zu Absatz 1:

Die BFKM begrüßt ausdrücklich die geplante Etablierung eines geschlechtsneutralen subjektiven Anspruchs für gewaltbetroffene Personen auf Aufnahme in Schutzunterkünfte sowie die ausdrückliche Aufführung von Schutzunterkünften neben Frauenhäusern in §§ 4, 5 des Gesetzentwurfs.

Es ist zudem, wie bereits oben angeführt, zu befürworten, dass die Definition der Gewalt aus der Istanbul-Konvention übernommen wird

**Anlage 1: Stellungnahme im Rahmen der Anhörung zum Gesetzentwurf
„Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes
Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes**

betroffen ist, wer Gewalt erlitten hat, Gewalt aktuell erleidet oder von Gewalt bedroht ist.

(2) Die Schutzeinrichtungen müssen dem Bedürfnis der betroffenen Person nach einem Hilfeangebot entsprechen, das geschlechtsspezifischen Aspekten gerecht wird. Besondere Belange, die sich aus der sexuellen Orientierung und der geschlechtlichen Identität ergeben oder mit Blick auf andere Aspekte, insbesondere Migrationserfahrung oder den Umgang mit den Folgen einer Behinderung oder einer chronischen Erkrankung (auch psychische oder Suchtkrankheit) ergeben, sind ebenso wie multiple Problemlagen zu berücksichtigen. Religiösen, weltanschaulichen und soziokulturellen Bedürfnissen ist ebenso Rechnung zu tragen wie den Unterschieden, die durch das Lebensalter bedingt sind. Dem Diskriminierungsverbot aus Artikel 4 der Istanbul-Konvention ist dabei Rechnung zu tragen. Die besonderen Belange von Kindern bezüglich Betreuungs- und Beratungsangeboten sind zu berücksichtigen. Andere Vorschriften, die dem Schutz vor Gewalt dienen, bleiben unberührt.

(3) Die Schutzeinrichtungen halten Familienplätze vor.

und an dieser Stelle keine bloße Verweisung auf die Konvention erfolgt. Dies könnte andernfalls zu Auslegungsdiskursen führen.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit könnte gegebenenfalls ein gesonderter Paragraph etabliert werden, welcher Begriffsbestimmungen enthält.

Ebenfalls aus Klarstellungsgründen könnte eine von der Istanbul-Konvention unabhängige Definition von Schutzunterkünften in dem Gesetz etabliert werden um Auslegungsprobleme zu beseitigen.

Zu Absatz 3: Aus Klarstellungsgründen könnte die Vorhaltepflcht für Familienplätzen auch an der männlichen* Betroffenheit ausgerichtet werden.

* Wir berücksichtigen geschlechtliche und sexuelle Vielfalt.

**Anlage 1: Stellungnahme im Rahmen der Anhörung zum Gesetzentwurf
„Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes
Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes**

Ein Familienplatz entspricht einem Frauenplatz sowie eineinhalb Plätzen für Kinder.

(4) Die Schutzeinrichtungen bieten persönliche, telefonische oder Online-Beratung für von Gewalt betroffene Personen, die nicht in der Schutzeinrichtung wohnen, als ambulante Beratung an. Die Schutzeinrichtungen können externe und aufsuchende Beratung für von Gewalt betroffene Personen, die keinen direkten Zugang zur Einrichtung haben, als mobile Beratung anbieten. Die Barrierefreiheit des Beratungsangebots ist zu gewährleisten.

(5) Die Schutzeinrichtungen sind 24 Stunden täglich erreichbar und stellen die Aufnahmebereitschaft sicher (24-Stunden-Rufbereitschaft).

§ 5 Schutzeinrichtungen - Aufnahmeanspruch, Aufgaben und Personal

(1) Eine Schutzeinrichtung muss Personen, die von Gewalt betroffen sind, sowie Kindern, die sich in ihrer Obhut befinden, Aufnahme bieten. Dazu gehören auch Maßnahmen, die sicherstellen, dass Schutzsuchenden Hilfe geleistet wird, auch wenn in der Schutzeinrichtung eine Aufnahme nicht möglich ist. Schutzsuchenden

BFKM

Wie bereits zu § 4 ausgeführt, befürwortet die BFKM ausdrücklich die Etablierung eines subjektiven Anspruchs von gewaltbetroffenen Menschen auf Zugang / Aufnahme in eine Schutzeinrichtung.

Mit der gesetzlichen Etablierung eines solchen Anspruchs kommt das Land Thüringen Verpflichtungen nach, welche sich aus

**Anlage 1: Stellungnahme im Rahmen der Anhörung zum Gesetzentwurf
„Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsfördergesetzes
Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes**

steht unabhängig von ihrem Wohnort die Aufnahme zu. Gleiches gilt für den Aufenthaltsstatus.

(2) Die Sicherheit der Schutzsuchenden sowie der Beschäftigten muss jederzeit gewährleistet sein. Der zusätzliche Sicherheitsbedarf von Schutzsuchenden, die von einem besonderen Risiko betroffen sind, muss berücksichtigt oder in einer anderen Schutzeinrichtung gewährleistet werden.

(3) Zu den Aufgaben einer Schutzeinrichtung gehören neben der Aufnahme von Schutzsuchenden insbesondere

1. Beratung von Betroffenen,
2. Beratung und Unterstützung der in der Schutzeinrichtung lebenden Personen, auch bei dem Übergang in den regulären Wohnungsmarkt,
3. Hochrisikomanagement,
4. Maßnahmen der Qualitätssicherung,
5. Öffentlichkeitsarbeit,
6. interdisziplinäre Netzwerkarbeit.

(4) Die Schutzeinrichtung muss über qualifiziertes Personal verfügen. Die Teilnahme an Fortbildungsangeboten und Supervision ist verpflichtend. Die Vergütung orientiert sich an dem Tarifvertrag für den

Verfassungsrecht, EU-Recht und Völkerrecht ergeben dürften. Hierzu wie folgt:

Aus Perspektive des Verfassungsrechts dürften im grundrechtssensiblen Bereich des Gewaltschutzes in engen sozialen Beziehungen und im sozialen Nahraum Schutzpflichten für den Gesetzgeber insbesondere aus dem Recht der körperlichen Unversehrtheit ergeben. Demnach dürfte ein gesetzgeberisches Handeln hier angezeigt sein.

Die Ausrichtung auf alle von Gewalt betroffenen Personen durch den vorliegenden Gesetzentwurf, mithin auch Männer*, würdigt zudem den Grundsatz der Gleichbehandlung. Antidiskriminierungsvorschriften wie der vorliegende Gesetzentwurf müssen geeignet sein, Diskriminierungen zu bekämpfen, sie dürfen jedoch nicht ihrerseits zu Diskriminierungen führen. Dies wäre jedoch der Fall, wenn männliche* Betroffene von häuslicher Gewalt oder Partnerschaftsgewalt nicht zu den Anspruchsberechtigten zählen würden. Denn in diesem Fall würde etwas wesentlich gleiches ungleich behandelt werden. Das Anknüpfungsmerkmal wäre in diesem Fall die Betroffenheit von Gewalt im sozialen Nahraum/in engen sozialen Beziehungen und die sich daraus ergebende, erhöhte Vulnerabilität der Betroffenen, welche auch für Männer* besteht.

* Wir berücksichtigen geschlechtliche und sexuelle Vielfalt.

**Anlage 1: Stellungnahme im Rahmen der Anhörung zum Gesetzentwurf
„Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsfördergesetzes
Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes**

öffentlichen Dienst der Länder. Bestehende Arbeitsverhältnisse bleiben unberührt, werden jedoch hinsichtlich Ausgestaltung und Höhe der Vergütung an die Vorgaben des Satzes 3 angepasst.

Natürlich existieren quantitative und qualitative Unterschiede, diese führen jedoch nicht zu einer Einordnung als wesentlich anderer Sachverhalt.

Zusammenfassend ist aus verfassungsrechtlicher Perspektive zu sagen, dass der thüringische Gesetzgeber mit dem Gesetzentwurf auf dem richtigen Weg ist.

Auch aus europarechtlicher Primärrechtsperspektive ist eine Einbeziehung von männlichen* Betroffenen geboten, Art. 20, 21, 23 GRC. Durch europäisches Sekundärrecht könnte zudem in naher Zukunft ebenfalls die Etablierung von Schutzunterkünften für alle von häuslicher Gewalt betroffene Personen vorgeschrieben sein. Derzeit befindet sich die „Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ im Gesetzgebungsprozess. Die Änderungsvorschläge des Rats der Europäischen Union vom 15.06.2023 zu Artikel 32 RL-E gebieten ausdrücklich die Einrichtung von Schutzunterkünften für alle Opfer von häuslicher und sexueller Gewalt.

Sollte die Richtlinie in dieser Form erlassen werden, würde der vorliegende Gesetzgebungsentwurf diese Entwicklungen bereits

* Wir berücksichtigen geschlechtliche und sexuelle Vielfalt.

**Anlage 1: Stellungnahme im Rahmen der Anhörung zum Gesetzentwurf
„Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes
Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes**

berücksichtigen und das Land Thüringen diesen Verpflichtungen bereits nachkommen.

Bei Verabschiedung des Gesetzes in der vorliegenden Form dürfte das Land Thüringen zudem der völkerrechtlichen Verpflichtungen auf Einrichtung von Schutzunterkünften auch für männliche* Betroffene gem. Art. 23 Istanbul-Konvention nachkommen.

Gemäß Art. 2 Abs. 2 Satz 1 Istanbul-Konvention werden die Vertragsstaaten ermutigt, das Übereinkommen auf alle Opfer von häuslicher Gewalt anzuwenden. Mit dieser Erläuterung zum Geltungsbereich des Abkommens wollten die Vertragsparteien mutmaßlich verdeutlichen, dass die in der IK getroffenen Vereinbarungen, insbesondere die Schutzpflichten im Rahmen der häuslichen Gewalt, grundsätzlich nicht lediglich auf Frauen* anwendbar sind. „Durch die Verwendung des Wortes „ermutigt“ [...] wird klargestellt, dass das Übereinkommen den Mitgliedstaaten großen Spielraum in der Durchführung von Maßnahmen für männliche Opfer in den Bereichen von Kapitel III („Prävention“) und Kapitel IV („Schutz und Unterstützung“) lässt“ (BT-Drucks. 18/12037, S. 47). Diese Ausführungen des deutschen Gesetzgebers deuten darauf hin, dass die Vertragsparteien im Bereich der männlichen* Betroffenheit von häuslicher Gewalt die Etablierung eines Umsetzungsspielraums

* Wir berücksichtigen geschlechtliche und sexuelle Vielfalt.

**Anlage 1: Stellungnahme im Rahmen der Anhörung zum Gesetzentwurf
„Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes
Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes**

hinsichtlich des „Wies“ der Maßnahmen und nicht des „Obs“ beabsichtigt haben dürften.

Demnach dürfte insbesondere bei Vorliegen eines Bedarfs an Schutzunterkünften auch die völkerrechtliche Verpflichtung zur Etablierung von Schutzunterkünften für männliche Betroffene bestehen.

Der Bedarf liegt vor, wie insbesondere die Auswertungen der Polizeilichen Kriminalstatistik auf Bundes- und Landesebene zur Partnerschafts- und häuslichen Gewalt zeigen (siehe unten).

Vor diesem Hintergrund ist zusammenfassend auszuführen, dass das Land Thüringen mit der Verabschiedung des Gesetzes auch völkerrechtlichen Verpflichtungen erfüllen würde.

**§ 6 Schutzeinrichtungen - Aufgabenfinanzierung
und Vorhaltepflcht**

(1) Das Land hält in eigener Verantwortung Einrichtungen im Sinne des § 4 vor. Die Fachaufsicht obliegt dem für Frauen und Gleichstellung zuständigen

BFKM

Wie bereits ausgeführt, wird die Überführung in reine Landesverantwortung ausdrücklich befürwortet.

Zu Absatz 6:

* Wir berücksichtigen geschlechtliche und sexuelle Vielfalt.

**Anlage 1: Stellungnahme im Rahmen der Anhörung zum Gesetzentwurf
„Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes
Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes**

Ministerium. Die Dienstaufsicht obliegt dem Träger der Einrichtung.

(2) Das Land finanziert 100 vom Hundert der Personalkosten. Diese beinhalten

1. einen Sockelbetrag in Höhe von jeweils 0,5 Vollzeit-äquivalenten (VZÄ) für Hauswirtschaft sowie Verwaltungstätigkeit,

2. Platzkostenpauschalen, abhängig von der Anzahl der vorgehaltenen Familienplätze nach einem Personalschlüssel von 1,5 VZÄ bei fünf vorgehaltenen Familienplätzen für die Beratung und Unterstützung der im Haus lebenden Frauen sowie 1,0 VZÄ für die Beratung und Betreuung der im Haus lebenden Kinder,

3. jeweils 0,5 VZÄ für die Leitung der Schutzeinrichtung sowie für Präventions-, Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit, eine Pauschale von 1,5 VZÄ für mobile Beratung im Sinne des § 4 Abs. 4 und ambulante Beratung im Sinne des § 4 Abs. 5, 5. eine angemessene Pauschale für die 24-Stunden-Rufbereitschaft,

6. zusätzliche Kosten, die durch die Bereitstellung einer qualifizierten 24-Stunden-Betreuung für individuellen Sonderbedarf oder durch die Kooperation mit

Mindestens eine Schutzwohnung für nicht-weibliche* Betroffene, mithin insbesondere Männer*, dürfte vor dem Hintergrund der Betroffenenanzahlen in Thüringen nicht ausreichen. Nach Auswertung der Polizeilichen Kriminalstatistik Thüringen 2019, waren 24,6 % aller von häuslicher Gewalt betroffenen Personen Männer* (592 männliche* Erwachsene, 1.810 weibliche* Erwachsene).

Demnach kämen auf eine Schutzwohnung 592 betroffene Männer* aus dem gesamten Landesgebiet. Die Auswertung der Polizeilichen Kriminalstatistik gibt zudem nur das Hellfeld der angezeigten Straftaten wieder, das Dunkelfeld dürfte weitaus höher liegen.

Gewaltbetroffenen Personen ist es zudem nicht zuzumuten, erhebliche Distanzen bis zur einer Schutzunterkunft zurückzulegen. Sofern lediglich eine Schutzwohnung für männliche* Betroffene vorgehalten würde, wäre zu befürchten, dass eine nicht unerhebliche Anzahl von Betroffenen ihren Schutzanspruch nicht geltend machen würden. Dies hätte eine faktische Aushöhlung der staatlichen Schutzpflicht zur Folge. Zudem wäre in diesem Fall ein Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz zu befürchten, da männliche* Betroffene von häuslicher Gewalt aufgrund der

* Wir berücksichtigen geschlechtliche und sexuelle Vielfalt.

**Anlage 1: Stellungnahme im Rahmen der Anhörung zum Gesetzentwurf
„Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsfördergesetzes
Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes**

Einrichtungen wie einem regionalen Pflegedienst, Psychiatrie oder Suchtklinik entstehen.

[3] Das Land finanziert im angemessenen Umfang Sach- und Unterhaltskosten der Einrichtung sowie weitere zur Erfüllung der Aufgaben notwendige Ausgaben.

[4] In allen Thüringer Landkreisen und kreisfreien Städten sind gemäß der Anzahl der Einwohnerinnen und Einwohner und nach den Vorgaben der Istanbul-Konvention Schutzeinrichtungen von jeweils mindestens fünf Familienplätzen in geeigneten Gebäuden vorzuhalten. Die barrierefreie Zugänglichkeit der Einrichtung ist zu gewährleisten. Übergangsregelungen für bestehende Einrichtungen regelt die Verordnung.

[5] Das Land finanziert die Kosten für die Bewirtschaftung und Instandhaltung der Gebäude, die den Trägern der Schutzeinrichtungen obliegen. Schutzeinrichtungen, die eine Anzahl von Plätzen vorhalten, die über die nach Absatz 4 vorzuhaltende Anzahl hinausgeht, genießen Bestandsschutz.

[6] Landesweit ist mindestens eine barrierefreie Schutzwohnung für nicht weibliche Personen vorzuhalten.

quantitativen und flächenmäßigen Unterversorgung mit Schutzunterkünften im Vergleich zu weiblichen* Betroffenen anders behandelt werden würden, obgleich ein im Wesentlichen gleicher Sachverhalt vorläge.

Es sollte vor diesem Hintergrund eine Anpassung des Gesetzentwurfes vorgenommen und eine Vorhaltepflcht für mindestens fünf barrierefreie Schutzwohnungen für nicht weibliche Personen statuiert werden. Dies insbesondere vor dem Hintergrund des Ziels des Gesetzes gem. § 1 des Entwurfes, wonach ein tragfähiges Netz zur Etablierung von Präventionsmaßnahmen geschaffen werden soll.

* Wir berücksichtigen geschlechtliche und sexuelle Vielfalt.



**Anlage 1: Stellungnahme im Rahmen der Anhörung zum Gesetzentwurf
„Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes
Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes**

§ 7 Förderung von Interventionsstellen

(1) Interventionsstellen und geschlechtsspezifische Beratungsangebote werden vom Land gefördert, wenn diese

1. unabhängig von politischer, weltanschaulicher und religiöser Gesinnung diskriminierungsfrei arbeiten und
2. allen von häuslicher, sexualisierter oder geschlechtsspezifischer Gewalt Betroffenen offenstehen.

(2) Interventionsstellen gewährleisten

1. Erst- und Akutberatung mit Vermittlung von in andere Hilfesysteme,
2. Unterstützungs-, Informations- und Beratungsangebote als Hilfe zur Selbsthilfe und in besonderen Lebenslagen,
3. Leistungen der Prävention, Multiplikation, Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit.

BFKM

Die BKFM befürwortet eine Stärkung der Interventionsstellen als Einrichtungen der Erst- und Krisenberatung. Sie sollten alle von Gewalt betroffenen Menschen beraten. Dazu muss zwingend, stärker, die Öffentlichkeitsarbeit der Interventionsstellen ausgerichtet werden. Neben Frauen sollten auch Männer und queere Menschen als Zielgruppen konkret und proaktiv angesprochen werden. Auch Kooperationspartner*innen, wie bspw. die Polizei und Justiz sollten in Fach- und Infoveranstaltungen darüber informiert werden.

Schrittweise sollten die Interventionsstellen in ihrer Personalstruktur erweitert werden. Dabei sollten auch männliche Berater für ein gemischtgeschlechtliches Berater*innenteam eingestellt werden. Betroffenen sollte ein „Wunsch- und Wahlrecht“ eingeräumt werden, ob sie von weiblichen oder männlichen Berater*innen beraten werden möchten. Ein möglicher Zwischenschritt wäre die Gewinnung

* Wir berücksichtigen geschlechtliche und sexuelle Vielfalt.

**Anlage 1: Stellungnahme im Rahmen der Anhörung zum Gesetzentwurf
„Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes
Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes**

[3] Die Beratungsangebote gemäß Absatz 1 sind für Beratungs- und Schutzsuchende kostenlos.

[4] Das für Frauen und Gleichstellung zuständige Ministerium regelt durch Rechtsverordnung

1. weitere Anforderungen, insbesondere an die personelle und sachliche Ausstattung, Organisation, Lage, Einzugsgebiet, Barrierefreiheit und Erreichbarkeit,

2. das Nähere zum Verfahren, insbesondere über die Art und den Umfang der Förderung und das Verfahren zur Gewährung der Förderung.

§ 8 Anerkennung der Träger

[1] Als Träger von Schutzeinrichtungen oder Interventionsstellen können gemeinnützige rechtsfähige Personenvereinigungen des privaten Rechts und Körperschaften des öffentlichen Rechts auf schriftlichen Antrag des Trägers vom Land anerkannt werden, wenn sie die Anforderungen nach diesem Gesetz erfüllen. Es besteht kein Anspruch auf Anerkennung.

[2] Die Anerkennung begründet keinen Anspruch des Trägers auf eine Landesförderung.

männlicher Berater und ihre Finanzierung auf Honorarbasis. Zur Sicherung der fachlichen Qualität sollten die bundesweit von verschiedenen Trägern angebotenen Männerberaterfortbildungen genutzt werden, um die Zahl männlicher Berater auch in Thüringen zu erhöhen.

BFKM

Als Erstes wird vorgeschlagen eventuelle Prüfverfahren vom Rhythmus der Legislaturperioden des Thüringer Landtages zu entkoppeln. Im Weiteren regt die BFKM an die Förderzeiträume mit den Fristen für eine Anerkennung der Träger zu verknüpfen, da in beiden Verfahren die Eignung geprüft werden sollte. Also generell eine 3-jährige Förderung mit einer Überprüfung der Anerkennung nach jeweils 3 Jahren zu verknüpfen oder Beides auf einen 5-Jahreszeitraum auszurichten.

**Anlage 1: Stellungnahme im Rahmen der Anhörung zum Gesetzentwurf
„Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes
Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes**

(3) Das für Frauen und Gleichstellung zuständige Ministerium prüft im Abstand von fünf Jahren das Vorliegen der Anerkennungsvoraussetzungen. Der Träger hat vor Ablauf der Frist nach Satz 1 das Vorliegen der Anerkennungsvoraussetzungen durch geeignete Unterlagen nachzuweisen.

(4) Bestehende Rechtsverhältnisse haben Bestandsschutz bis zum Ablauf des Rechtsverhältnisses. Bei unbefristet eingegangenen Rechtsverhältnissen besteht innerhalb einer Frist von fünf Jahren das Recht auf Beendigung durch Kündigung.

(5) Das Nähere wird durch Rechtsverordnung des für Frauen und Gleichstellung zuständigen Ministeriums geregelt.

Prinzipiell bietet die BFKM an, die 2021 mit Akteur*innen aus dem Handlungsfeld Männergewaltschutz erarbeiteten Qualitätsstandards für Männer*schutzeinrichtungen¹ in das Anerkennungs- und Förderverfahren einzubeziehen.

Ein weiterer Zugang zu Qualitätsstandards bietet die Publikation „Qualitätsstandards der Einrichtungen im Hilfesystem häuslicher Gewalt in Sachsen“².

Zur Bewertung und für Förderentscheidungen sollte bei der Landesgleichstellungsbeauftragten ein Gremium etabliert werden, dass über die Förderung von Gleichstellungsprojekten entscheidet. All diese Projekte sollten in eine integrierte Sozialplanung auf Landesebene und im kommunalen Bereich aufgenommen um ihren dauerhaften Bestand zu sichern.

¹ Siehe <https://www.maennergewaltschutz.de/bundes-netz-maennergewaltschutz/qualitaetsstandards-maennerschutzeinrichtungen/>

² https://www.lpr.sachsen.de/download/Qualitaetsstandards_Hilfesystem_HGW_SN_.pdf

**Anlage 1: Stellungnahme im Rahmen der Anhörung zum Gesetzentwurf
„Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes
Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes**

§ 9 Förderung von Frauenzentren

(1) Frauenzentren werden vom Land gefördert, wenn diese parteiunabhängig arbeiten und allen Frauen offenstehen. Sie müssen Unterstützungs-, Informations- und Beratungsangebote für Frauen als Hilfe zur Selbsthilfe und in besonderen Lebenslagen anbieten.

(2) Frauenzentren müssen von der regional zuständigen Gleichstellungsbeauftragten befürwortet und als notwendig anerkannt sein.

(3) Antragsberechtigt sind gemeinnützige rechtsfähige Personenvereinigungen des privaten Rechts und Körperschaften des öffentlichen Rechts mit Sitz in Thüringen.

(4) Die Förderung von Frauenzentren erfolgt auf der Grundlage von § 4 des Thüringer Familienförderungsgesetzes vom 18. Dezember 2018 (GVBl. S. 813) in der jeweils geltenden Fassung im Rahmen des Landesprogramms "Solidarisches Zusammenleben der Generationen.

BFKM

Grundsätzlich stellt sich natürlich hier die Frage: Warum die Förderung allein auf Frauenzentren begrenzt werden soll. Das Chancengleichheitsförderungsgesetz sollte, im Sinne einer modernen, der Lebensrealität angepassten, Gesetzgebung, die inzwischen gegebene Vielfalt von Familienkonstellationen sowie Lebens- und Partnerschaftsmodellen und -konstellationen berücksichtigen. In der Hinsicht möchte die BFKM anregen auch Väter-Kinder- Aktivitäten u. a. Männer- und Väterbildungsangebote, wie sie durchaus in Thüringen, bspw. von der LAG Jungen- und Männerarbeit und einem Teil Ihrer Mitglieder angeboten werden, fachlich zu beachten und zu fördern.

Auch queere familienbezogene Bildungs- und Begegnungsprojekte sollten als Fördergegenstand berücksichtigt werden.

Zur Bewertung und für Förderentscheidungen sollte bei der Landesgleichstellungsbeauftragten ein Gremium etabliert werden, dass über die Förderung von Gleichstellungsprojekten entscheidet. All diese Projekte sollten in eine integrierte Sozialplanung auf Landesebene und im kommunalen Bereich aufgenommen um ihren dauerhaften Bestand zu sichern.

**Anlage 1: Stellungnahme im Rahmen der Anhörung zum Gesetzentwurf
„Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes
Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes**

§ 10

Verschwiegenheitspflicht

Über sämtliche Tätigkeiten im Sinne dieses Gesetzes ist Verschwiegenheit zu wahren. Die Träger der Einrichtungen haben daher mit sämtlichen Mitarbeitenden schriftlich Verschwiegenheitsverpflichtungen abzuschließen.

BFKM

keine Anmerkungen

Begründung des Gesetzentwurfs

BFKM

Die BFKM rät zur teilweisen Anpassung der Begründung des Gesetzentwurfs. Diese ist größtenteils ausgerichtet auf die rein weibliche* Betroffenheit von Gewalt. Mit Blick auf die geplanten Regelungen des Gesetzentwurfs, mithin den geschlechtsneutral formulierten subjektiven Anspruch auf Zugang zu Schutzeinrichtungen, sowie auf die Vorgaben aus Verfassungs-, Europa- und Völkerrecht, dürfte eine Ausrichtung auf alle von den umfassten gewaltformen betroffenen Personen angezeigt sein.

* Wir berücksichtigen geschlechtliche und sexuelle Vielfalt.

**Anlage 1: Stellungnahme im Rahmen der Anhörung zum Gesetzentwurf
„Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes
Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes**

Dresden, den 17.08.2023

Geschäftsführender Fachreferent der
Bundesfach- und Koordinierungsstelle Männergewaltschutz bei der
Landesarbeitsgemeinschaft Jungen- und Männerarbeit Sachsen e.V.

Anlage 2: Beantwortung der Fragen der CDU-Landtagsfraktion

Gern nutzen wir die Möglichkeit, unsere fachlichen Positionen zu den Fragen der CDU-Fraktion zu formulieren und damit unsere Perspektive in den Aushandlungsprozess einzubringen.

Frage 1: Welche weitergehenden und inhaltlichen Änderungen der Regelungen vermissen Sie am vorgelegten Gesetzentwurf?

Grundsätzlich enthält der Gesetzentwurf viele wichtige und entscheidende Impulse für eine partnerschaftliche Gleichstellungspolitik und zur Professionalisierung des Hilfesystems gegen häusliche Gewalt in Thüringen. Es wird zur Umsetzung der Vorgaben der Istanbul-Konvention in Thüringen beitragen.

Die Bundesfach- und Koordinierungsstelle Männergewaltschutz (BFKM) erkennt eine höhere Gewaltbetroffenheit von Frauen* an und sieht auch einen höheren Bedarf bei Frauen* für Maßnahmen und Unterstützungsleistung zur Erreichung einer umfassenden Geschlechtergerechtigkeit.

Wenn das Chancengleichheitsfördergesetz umfassend ausgestaltet werden soll, dann bedarf es der Berücksichtigung des Unterstützungs- und Beratungsbedarfs für Menschen jeden Geschlechts in Thüringen.

Einen weiteren Aspekt berührt die Schaffung bedarfsgerechter Angebote. Im Hinblick darauf ist zwar die Etablierung einer Schutzunterkunft für „nicht weiblich gelesene“ Personen ein wichtiger Schritt. Er trägt aber leider nicht zur Schaffung ausreichender und bedarfsgerechter Angebote für Männer* und queere Menschen bei. In Anerkennung Ihrer Betroffenheit sollten sie auch als konkrete Zielgruppen im Gesetzestext aufgeführt werden.

Frage 2: Welche Alternativen zur hier vorgeschlagenen Lösung, die Frauenschutzhäuser in die Zuständigkeit des Landes zu übertragen, sehen Sie? Welche Vor- und Nachteile hat aus Ihrer Sicht die vorgeschlagene Lösung?

Die BFKM vertritt die Auffassung, dass die Förderung von Schutzunterkünften (Kinder- und Frauen*schutzhäuser, Männer*schutzeinrichtungen), Interventionsstellen, weiteren

Opferberatungsstellen sowie der Männer*beratung durch das Projekt A 4 des Vereins „Vereint gegen Gewalt“ grundsätzlich und als Regelförderung durch die Landesregierung Thüringen (Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie) erfolgen sollte. Diese Lösung hat keine Nachteile. Strategisch hat dieser Ansatz den entscheidenden Vorteil, fachpolitische Entwicklungen im Gewaltschutz in Thüringen konzertiert steuern zu können und notwendige Qualitätsstandards zu sichern.

Im Förderzeitraum 2020 – 2024 wurde die Ausstattung und Etablierung von Frauen*schutzhäusern auch durch den Bund über das „Bundesinvestitionsprogramm „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ gefördert. Eine Fortführung des Bundesinvestitionsprogramms über 2024 hinaus wird derzeit diskutiert und die BFKM hält dies dringend für notwendig. Jedoch ist aus Sicht der BFKM eine Erweiterung des Programms auf die Förderung der Ausstattung und Etablierung von Männer*schutzeinrichtungen und Beratungsstellen für männliche* Gewaltbetroffene bzw. ein eigenständiges Investitionsprogramm Männer*gewaltschutz auf Bundesebene gleichstellungspolitisch dringend geboten.

Frage 3: Welche finanzielle Absicherung ist nötig, um die Arbeit der Frauenschutzhäuser sicherzustellen?

Grundsätzlich wird ein zwischen den Ländern, dem Bund und den Landkreisen und Kommunen abgestimmtes Förderkonzept zur Absicherung der Gesamtfinanzierung des Hilfesystems gegen häusliche Gewalt (Schutzeinrichtungen für alle von Gewalt betroffenen Menschen, Interventionsstellen und auch täterorientierten Beratungsstellen) benötigt.

Die BFKM unterstützt die Forderung des Männerberatungsprojekts A 4, dass die Förderung eine bedarfsgerechte und einrichtungsspezifische Umsetzung der spezifischen inhaltlich-konzeptionellen Ziele, Bedarfe der Betroffenen und Ratsuchenden sowie regional- und projektspezifischen Entwicklungsbedingungen berücksichtigen muss.

Dabei sollte der Bestandsschutz bestehender und langjährig erfahrener Projekte mit Vorrang beachtet werden.

Frage 4: Wie bewerten Sie die Kombination von Gleichstellung und der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen entsprechend der Istanbul-Konvention in einem einzigen Gesetzentwurf?

Wir befürworten die Kombination dieser Bereiche in einem Gesetzentwurf. Die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt ist ein wichtiger Baustein einer gerechten Gleichstellungspolitik. Ebenso wie die bereits im aktuellen Gesetz enthaltenen Gleichstellungsmaßnahmen zielt die Bekämpfung der o.a. Gewaltformen auf eine echte Gleichstellung der Geschlechter ab. Jeder Mensch hat das Recht gewaltfrei zu leben. Dies gilt für von geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt betroffene Frauen* und auch für von häuslicher Gewalt betroffene Männer*. Durch die Anerkennung der männlichen* Opfereigenschaft im Bereich der häuslichen Gewalt (und somit auch der Partnerschaftsgewalt) können negative Auswirkungen tradiert Rollenbilder beseitigt und gleiche Chancen für alle Geschlechter etabliert werden. Vor diesem Hintergrund handelt es sich bei den Vorschriften in dem Gesetzentwurf um thematisch zusammengehörende Regelungsbereiche.

Geschlechtergerechtigkeit ist nur im Dialog aller Geschlechter und Akteur*innen im Gewaltschutz zu erreichen. Deshalb ist die Bekämpfung von allen Formen von Gewalt, insbesondere häuslicher und sexualisierter Gewalt aus Sicht der BFKM Teil einer „partnerschaftlichen Gleichstellungspolitik“ zwingend erforderlich. Mit dieser Sicht- und Handlungsweise wird verhindert, dass einzelne Betroffenenengruppen, z.B. gewaltbetroffene Männer* und queere, von Gewalt betroffene Menschen mit Ihren Schutz- und Beratungsbedarfen aus dem Blick geraten. Das Handeln muss dabei geprägt sein von der „Erkenntnis, dass häusliche Gewalt Frauen* unverhältnismäßig stark betrifft und dass auch Männer Opfer häuslicher Gewalt sein können“¹.

Dies gilt insbesondere mit Blick auf das derzeit laufende Gesetzgebungsverfahren der „Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ auf europäischer Ebene. Es zeichnet sich ab, dass dieser Sekundärrechtsakt die Mitgliedsstaaten zur Einrichtung von Schutzunterkünften für alle von häuslicher Gewalt betroffenen Geschlechter verpflichten wird, vgl. Änderungsvorschläge des Rates der Europäischen Union vom 15.06.2023 zu Artikel 32 RL-E.

¹ Vgl. Präambel Istanbul-Konvention, S. 4

* Wir berücksichtigen geschlechtliche und sexuelle Vielfalt.

Frage 5: Wie bewerten Sie die Förderung von Maßnahmen, die dem Gender-Mainstreaming dienen sollen § 3 (1), Abs. Nr. 6), im Rahmen dieses Gesetzentwurfs?

§ 3 beinhaltet Forderungen, die in ein gesamtgesellschaftliches Konzept von Gleichstellung/ Gendermainstreaming eingeordnet werden müssen. Diese gehen über das Handlungsfeld Gewaltschutz hinaus. Sollte zur Ausführung dieses Gesetzes zur Umsetzung und Konkretisierung eine Förderrichtlinie erlassen werden, müssen die Fördergegenstände Gewaltschutz, Antidiskriminierung, Partizipation, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Bildungsangebote sowie Kommunikation der Geschlechter gut beschrieben, ausformuliert und dort wo notwendig, abgegrenzt werden.

Frage 6: Wie bewerten Sie die in § 4 Abs. '1 formulierte Definition von Gewalt und welche Auswirkungen dieser Definition auf die praktische Umsetzung in den Einrichtungen des Gewaltschutzes erwarten Sie?

Im Grunde entspricht diese Definition den Vorgaben der Gewaltbegriffe aus der Istanbul-Konvention. Demnach ist diese Definition zu befürworten.

Mit Blick auf die Vielschichtigkeit der umfassten Lebenssachverhalte ist eine Konkretisierung des Begriffs zudem nicht angezeigt. Dynamische Entwicklungen der Alltagspraxis können so umfasst werden. Im Diskursfall können Rechtsprechung und Fachliteratur die Konkretisierung vornehmen.

In Schutzeinrichtungen sollten alle Menschen aufgenommen werden, welche von häuslicher und sexualisierter Gewalt betroffen sind. Mehrfach Betroffenheiten in den Bereichen psychischer, physischer, ökonomischer und sozialer Gewalt sollten bei der Aufnahme beachtet werden.

Frage 7: Mit welchem Betroffenenkreis rechnen Sie insbesondere bei Frauen, die nach § 4 Abs. 1 "außerhalb von Paar-, Familien-, oder vergleichbaren Beziehungen im sozialen Nahraum" von "psychischer, physischer, ökonomischer und/oder sexualisierter Gewalt" betroffen sind? Inwieweit halten Sie eine Überforderung des existierenden Hilfesystems angesichts dieser Definition für wahrscheinlich?

Dieses Tatbestandsmerkmal dürfte durch den Zusatz „im sozialen Nahraum“ deutlich eingengt werden und ebenso eng auszulegen sein: demnach dürfte hiervon etwa Gewaltbetroffenheit durch Nachbar*innen oder durch andere Nutzer*innen von Wohnunterbringungen umfasst sein, welcher sich das Opfer nicht ohne weiteres entziehen kann. Die BFKM befürwortet diese Definition.

Aus den bisherigen Erfahrungen in Männer*schutzeinrichtungen sollten, neben heterosexuellen Männern insbesondere folgende Aufnahmekriterien anerkannt werden:

- Gewaltbetroffenheit bei homosexuellen Männern*,
- Gewaltbetroffenheit bei Menschen mit Migrationshintergrund, insbesondere bei drohender Zwangsverheiratung und Androhung von Ehrenmord,
- gewaltbetroffene Männer* mit Behinderungen²,
- Gewaltbetroffenheit im Rahmen von Menschenhandel.

Dies dürfte von der Definition im Gesetzentwurf umfasst sein.

Weitere Betroffenenengruppen, wie bspw. Betroffene von Gewalt in der Pflege, Nutzer*innen von Sport- und Kultureinrichtungen, Gemeinschaftsunterkünften, in religiösen Bezügen würden im Rahmen der aktuellen Nutzungskonzepte das Leistungsvermögen der Einrichtungen übersteigen³. Hier könnte die Exekutive eine inhaltliche Bestimmung der konkreten Anwendbarkeit der Norm vornehmen.

² Dazu sollte bei der Etablierung von Männerschutzeinrichtungen auf barrierefreie Zugänge und Nutzung geachtet werden und entsprechende Fördermittel zur Etablierung und Ausstattung bereitgestellt werden.

³ Siehe dazu auch Stellungnahme Projekt A 4: Die formulierte Definition von Gewalt im Gesetzentwurf orientiert sich weitgehend an der Gewaltdefinition der Istanbul-Konvention. Fraglich ist, wie sinnvoll die Erweiterung auf „außerhalb von Paar-, Familien- oder vergleichbaren Beziehungen im sozialen Nahraum“ ist. Dies würde ggf. auch Gewalt in Wohn-, Pflege- und Betreuungseinrichtungen einschließen. Auch Angehörige in Sporteinrichtungen, Kirchen, Gemeinschaftsunterkünften oder Behörden und Betroffene von Menschenhandel müssten mit der Erweiterung des Schutzbegriffes mitgedacht werden. Sehr wahrscheinlich würde das aktuelle Thüringer Hilfesystem schnell an Kapazitätsgrenzen geraten. Um dem erweiterten Schutzauftrag gerecht werden zu können, wären grundlegende konzeptionelle Neuausrichtung des Thüringer Gewaltschutzsystems notwendig. Sinnvoll wären mehrere Gewaltschutzzentren in Thüringen, deren Aufgabe es ist, gewaltbetroffenen Menschen Schutz und Unterstützung zu bieten ganz gleich, von welcher Form der Gewalt sie betroffen sind.

Frage 8: Wie bewerten Sie die Nichtdefinition der Angemessenheit von Sach- und Unterhaltskosten nach § 6 Abs. 3?

Da die Miet- und Betriebskosten standortbezogen variieren, lässt die offene Regelung genügend Spielraum sowohl für Zuwendungsgeber als auch für Einrichtungen.

Ergänzung zu § 6:

Männerschutzeinrichtungen benötigen aufgrund ihrer Platzkapazität⁴ andere Personalschlüssel. Auch hier sollten 100 von Hundert der Personalkosten gefördert werden. Ansonsten werden folgende Pauschalen vorgeschlagen.

- Platzkostenpauschalen, abhängig von der Anzahl der vorgehaltenen Familienplätze nach einem Personalschlüssel von 2,0 VZÄ bei fünf vorgehaltenen Familienplätzen für die Beratung und Unterstützung der im Haus lebenden Männer, davon 0,5 VZÄ für die Leitung der Schutzeinrichtung
- einen Sockelbetrag in Höhe von 0,5 VZÄ für die Beratung und Betreuung der im Haus lebenden Kinder
- einen Sockelbetrag in Höhe von jeweils 0,5 Vollzeitäquivalenten (VZÄ) für Hauswirtschaft sowie Verwaltungstätigkeit
- einen Sockelbetrag in Höhe von 0,5 VZÄ für Präventions-, Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit
- eine Pauschale von 1,5 VZÄ für mobile Beratung
- eine Pauschale für die 24-Stunden-Rufbereitschaft
- zusätzliche Kosten, die durch die Bereitstellung einer qualifizierten 24-Stunden-Betreuung für individuellen Sonderbedarf oder durch die Kooperation mit Einrichtungen wie einem regionalen Pflegedienst, Psychiatrie oder Suchtklinik entstehen.

⁴ Bundesweit bieten Männerschutzeinrichtungen i.d.R. 3 – 5 Plätze für gewaltbetroffene Männer und bei Bedarf deren Kinder.

Frage 9: Wie bewerten Sie die Anerkennungsprüfungen für Träger nach § 7 Abs. 1 durch das Ministerium in Verbindung mit § 8 (insb. Abs. 3), der eine Prüfung der Anerkennungsvoraussetzungen alle fünf Jahre vorschreibt? Welche Konsequenzen könnte diese Prüfung auf die (nicht nur, aber auch politische) Unabhängigkeit der Träger und ihre Arbeit haben?

Zunächst wird vorgeschlagen, eventuelle Prüfverfahren vom Rhythmus der Legislaturperioden des Thüringer Landtages zu entkoppeln. Im Weiteren regt die BFKM an, die Förderzeiträume mit den Fristen für eine Anerkennung der Träger zu verknüpfen, da in beiden Verfahren die Eignung geprüft werden sollte. Also generell eine dreijährige Förderung mit einer Überprüfung der Anerkennung nach jeweils drei Jahren zu verknüpfen oder beides auf einen Fünfjahreszeitraum auszurichten.

Prinzipiell bietet die BFKM an, die 2021 mit Akteur*innen aus dem Handlungsfeld Männergewaltschutz erarbeiteten Qualitätsstandards für Männer*schutzeinrichtungen⁵ in das Anerkennungs- und Förderverfahren einzubeziehen.

Ein weiterer Zugang zu Qualitätsstandards bietet die Publikation „Qualitätsstandards der Einrichtungen im Hilfesystem häuslicher Gewalt in Sachsen“⁶.

Frage 10: Wie bewerten Sie die Vorbedingung, dass Frauenzentren durch die regionalen Gleichstellungs-beauftragten befürwortet und als notwendig anerkannt werden müssen (§ 9 Abs. 2)? Welche Konsequenzen könnte diese Prüfung auf die (nicht nur, aber auch politische) Unabhängigkeit der Träger und ihre Arbeit haben?

Grundsätzlich stellt sich natürlich auch hier die Frage, weshalb die Förderung alleinig auf Frauenzentren begrenzt werden soll. Das Chancengleichheitsförderungsgesetz sollte, im Sinne einer modernen, der Lebensrealität angepassten Gesetzgebung, die inzwischen gegebene Vielfalt von Familienkonstellationen sowie Lebens- und Partnerschaftsmodellen und -konstellationen berücksichtigen. In dieser Hinsicht möchte die BFKM anregen auch Väter-Kinder- Aktivitäten u. a. Männer- und Väterbildungsangebote, wie sie durchaus in Thüringen, bspw. von der LAG Jungen- und Männerarbeit und einem Teil Ihrer Mitglieder angeboten werden, fachlich zu beachten und zu fördern.

⁵ Siehe <https://www.maennergewaltschutz.de/bundes-netz-maennergewaltschutz/qualitaetsstandards-maennerschutzeinrichtungen/>

⁶ https://www.lpr.sachsen.de/download/Qualitaetsstandards_Hilfesystem_HGW_SN_.pdf

Auch queere familienbezogene Bildungs- und Begegnungsprojekte sollten als Fördergegenstand berücksichtigt werden.

Zur Bewertung und für Förderentscheidungen sollte bei der Landesgleichstellungsbeauftragten ein Gremium etabliert werden, welches über die Förderung von Gleichstellungsprojekten entscheidet. All diese Projekte sollten in eine integrierte Sozialplanung auf Landesebene und im kommunalen Bereich aufgenommen werden, um ihren dauerhaften Bestand zu sichern.

Dresden, den 17.08.2023

Geschäftsführender Fachreferent der
Bundesfach- und Koordinierungsstelle Männergewaltschutz bei der
Landesarbeitsgemeinschaft Jungen- und Männerarbeit Sachsen e.V.

5. Weitere Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

6. Diskussionsforum

(Keine Dokumente vorhanden)